

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Benennungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort fett). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

# Auf zur Maifeier! Der Maifeier folgt die Wahlschlacht!

## Die Armee.

Fünf Jahre. IX. \*)

Dah der letzte Reichstag, wie die meisten seiner Vorgänger, dem Volke auch eine ganze Schachtel voll neuer Soldaten geschenkt hat, wird niemand leicht wundernehmen, der seine Zusammensetzung und seine sonstigen Thaten kennt. Erst im Jahre 1893 war unter schweren Kämpfen eine Erhöhung der Präsenzstärke um 70 100 Köpfe durchgeführt worden, ein Jahr später wurden 144 Millionen Mark für neue Kanonen bewilligt — im Dezember 1898 war aber auch die Regierung schon wieder da, um dem neuen Reichstag eine neue Rechnung zu präsentieren. Die Vorlage forderte abermals wie die von 1893 die Bindung des Reichstags auf fünf Jahre hinaus (Quinquennat), sie forderte ferner die Verstärkung der Artillerie um 80 Batterien, der Kavallerie um 17 neue Schwadronen.

Insgesamt sollte die Friedenspräsenzstärke um 24 000 Mann vermehrt werden. Die außerordentlichen Ausgaben, die aus dieser Vorlage erwachsen, betragen die Kleinigkeit von 135 Millionen Mark; um 27,3 Millionen Mark sollten die fortdauernden Ausgaben des Etats vermehrt werden. Die Militärverwaltung berief sich im Reichstage auf die Entfallungen, die sie insgesam in der Kommission machen werde — er nicht mehr ungewöhnliches Taschenrechner-Fläschchen; aber es nährt noch immer seinen Mann. Wenn der Kriegsminister seine bedeutende Miene aufstieß, darf man höchstens noch bescheiden nach dem Biebel, nie nach dem Bozo oder Warum fragen. Würde die Diplomatie nicht nach allem reaktionärem Muster mit allen Kinkerlitzchen der Geheimhuerei behangen sein, so würde die Öffentlichkeit oft mit Stauern erfassen, was alles als Argument für die Verstärkung des Militarismus dienen muß.

Der Reichstag schloß alles. Nur 7006 Mann wollte das Centrum seinen Wählern zuliebe herunterhandeln. Die Stimmung der Centrums-wähler, namentlich der bayerischen, war und ist antimilitaristisch. In ihnen leben die gesunden Ueberlieferungen der Reichensperger und Malinowski noch fort, während die Gewählten alle Künste der Demagogie aufbieten müssen, um ihre unfromme Militärfrömmigkeit den Massen gegenüber zu verschleiern. Der Schluß war, wie gewöhnlich, daß das Centrum zwischen zweiter und dritter Lesung umfiel. Es wurden sämtliche Forderungen der Regierung bewilligt, bis auf die erwähnten 7006 Mann, aber in einer Resolution wurde nachträglich noch erklärt, daß die Regierung auch die gestrichlenen Mannschaften später bekommen könne, sobald sie wollte. Vierzehn bayerischen Centrumsabgeordneten wurde es im Interesse der Mandatserhaltung gestattet, gegen die Vorlage zu stimmen.

Der neue Reichstag muß sich aber ernstlich auch auf eine neue Militärvorlage gefaßt machen. Einerseits wollen die Gerichte nicht vermissen, daß auf den Knappschon Berken eine neue patriotische Aktion zur Verbesserung der Massenmord-Maschinen im Gange sei, andererseits hat die Regierung beim Reichstag noch die Erhöhung der Präsenzstärke um 7006 Mann „gut“. Der Wunsch nach einer Vermehrung der Kavallerie macht sich bei der bekannten Vorliebe, die man heutzutage für schneidige Reiterangriffe hegt, immer lauter geltend.

Wie wenig militaristische Neigungen allen Spiegelfechtereien der offiziellen Presse zum Trost in den Massen vorhanden sind, das beweist allerdings schon der Ausgang der Reichstagswahl vom Jahre 1893. Damals waren für die Parteien, die sich der seitigen Militärvorlage widersetzen, 4,4 Millionen Stimmen, für die Anhänger der Vorlage aber nur 3,2 Millionen Stimmen abgegeben worden. Durch die ungerechte Wahlkreisverteilung wurde freilich die Volksmehrheit zur Reichstagsminderheit. Das Volk wird darum diesmal lauter noch als vor zehn Jahren dem Militarfanatismus sein „Halt!“ zurufen müssen, wenn es sich wirklich vor neuen Abgaben an Gut und Blut bewahren will. Zu welchen Zwecken übrigens der oberste Kriegsherr das Heer in erster Linie erlesen hält, wurde neuerdings durch die berühmte Alexandriner-Mede vom Jahre 1901 bewiesen, in der der Kaiser seine Soldaten zur Hilfeleistung gegen das Volk aufforderte, wenn es sich wieder einmal „unbotmäßig“ benehmen sollte.

Zu diesem Sinne wird auch das Heer tatsächlich jahraus jahrein bearbeitet. Ein im „Vorwärts“ veröffentlichter und später im Reichstag ausführlich erörterter Erlaß schärft ein, daß bei eventuellen Straßenaufmärschen nicht zuerst in die Luft, sondern sofort in die Menschenleiber geschossen werden sollte. Schriften, die die Soldaten über das Wesen der Socialdemokratie „aufklären“, wurden massenhaft im Heere verbreitet. Wehe dem, der ihren Inhalt zu kritisieren wagte! Man ging so weit, Soldaten unter Eid nach ihrer politischen Gesinnung zu fragen und sie zu bestrafen, wenn sie sagten, sie seien im Civil Socialdemokraten! Als selbstverständlich gilt in der Armee, die sich angeblich von aller Politik fernhält, die Agitation für die Kriegervereine, deren Vorstand sich belamlich auch nicht scheute, die That des Epileptikers Weiland in Bremen als Waffe gegen die Socialdemokratie zu benutzen.

So viele Mühe umsonst! Die Armee ist auch in den letzten fünf Jahren wieder unsere beste Agitatorin gewesen. Nirgends tritt der Klassenunterschied in so brutaler Weise zu Tage wie in ihr. Der Offiziersstand ist wohl von einem sächsischen Gerichtshof in einem Urteilspruch für den ersten Stand erklärt worden, dadurch wird nicht verhindert, daß eine fast ununterbrochene Reihe von militärischen Skandalaffären fortwährend die Öffentlichkeit beschäftigt.

Den Reigen eröffnete der Falschspieler-Prozess des Klubs der Harmlosen. Als ein bürgerliches Blatt Berlins die Vorgänge in diesem Klub der Edelsten und Besten erörterte, lief der Graf Günther v. Königsmark zum damaligen Polizeidirektor v. Meerschmidt-Hällessem, um ihm zu eröffnen, daß diese Veröffentlichungen auf irgend eine Weise unterdrückt werden müßten, da sonst 200 Offiziere und überhaupt fast die ganze „vornehme“ Gesellschaft Berlins unheilbar kompromittiert würden. Die Trinitäten der Liebesmahle führten zu den peinlichsten Exzessen, der Duellmord von Mörchingen bietet ein typisches Beispiel dafür. Eine Reihe von andern Duellmorden schließt sich ihnen an; die bekanntesten Fälle, aber durchaus nicht die einzigen sind die von Straßburg, Jasterburg und Jena. Ein Leutnant Erich v. Hollmann tobt nach einem Trunkenheitsbegehe nach Bräsewitzer Art. Da es knapp ohne Todschlag abging, wurde er zu einer Freiheitsstrafe von 2 1/2 Monaten verurteilt. Der Witwenkrieger Graf Stolberg-Bernigerode erstach aus nichtigen Ursachen seinen Sergeanten und wurde für diesen Mord an einem Untergebenen zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Dagegen wurden, um von vielen Hunderten von Beispielen nur ein einziges anzuführen, die Soldaten Puls und Hoh zu sieben und acht Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie mit radfahrenden Offizieren in Civil in einen Kaufhandel geraten waren.

Die teilweise Öffentlichkeit des militärgerichtlichen Verfahrens, die durch die unzureichende Reform der Militär-Strafprozedur herbeigeführt wurde, deckte eine ungeheure Menge von Mißhandlungen auf, die die Soldaten von Offizieren und Unteroffizieren erleiden mußten. Mißhandlungen in achtzig, neunzig, hundert Fällen sind durchaus keine Seltenheiten; was eine kamibalische Phantastie kaum ersinnen kann, ist an deutschen Vaterlandsverteidigern verübt worden.

Aus den Zeiten des verfallenden römischen Reiches, mit denen die unsren so viele Ähnlichkeit haben, ist auch die bestialische Grausamkeit auf einzelne unsrer „militärischen Vorgefetzten“ übergegangen. Eine blutrünstige Phantastie, die vor den entsehltesten Wildern nicht zurückschreckt, tobt sich mitunter in militaristischen Reden aus, und Hummngreuel im eignen Lager sind keine Seltenheit. Wie sehr es den Urteilen, die über Soldatenmißhandlungen gefällt werden, an der nötigen Schärfe fehlt, ist bekannt.

Der Prozess von Gumbinnen setzte dem Ganzen die Krone auf. In ihm kam das ganze Verhältnis zwischen den Herren und den Sklaven der Armee zu furchtbar ausdrucksvoller Prägung. Die Befestigung eines Soldatenjähnders durch verbrecherische Mittel, die tobenende Freude der Mannschaft über die schreckliche That, die hartnäckigen und furchtbaren Verfolgungen, denen zwei Unschuldige, Marx und Sidel, im Interesse der alleinseligmachenden Disziplin ausgesetzt waren, die Eigenmacht der Gerichtsherren, der verfehlte Spruch einer militärgerichtlichen Instanz — das alles hat vor nicht zu langer Zeit alle Gemüter im deutschen Volke so tief erregt, daß bei der bloßen Erwähnung des Falles alle aufregenden Erinnerungen sofort wieder lebendig werden.

Die Socialdemokratie will das Vaterland durchaus nicht wehrlos machen. Darum tritt sie für die allgemeine Bewaffnung des Volkes und für ein großes freies Volkshöer ein. So unbrauchbar ein solches Volkshöer auch sicherlich zur Ausführung imperialistischer Eroberungspläne wäre, so wenig man von ihm erwarten dürfte, daß es im Dienste der herrschenden Klassen die eignen Brüder belämpfen würde, so unüberwindbar wäre ein solches Heer, wenn es die nationale Freiheit gegen die Angriffe eines tyrannischen Eroberers verteidigen sollte.

Das Kostenwesen des Kriegerstandes aber mit seiner Einschachtelung der „vornehmen“ Gesellschaft in den Offiziersstand und des gewöhnlichen Volkes in den „gemeinen“ Soldatenstand, dieses Kostenwesen, das seine Grundzüge auf Kinder und Kindeslinder überträgt, und die Tochter eines Feldwebels nicht für voll halten will, dieses Kostenwesen, das sich täglich durch die tollsten Possen lächerlich und durch blutige Tragödien abscheulich macht, und das da immer noch neuen äußeren Machtmitteln lästern ist, weil es sich der Ohnmacht seiner inneren Gespaltenheit bewußt ist — ihm gilt der Kampf, den die Socialdemokratie führt, solange sie lebt, und den sie auch in diesem Wahlkampf mit Rücksicht zu führen bereit ist. Die wachsende „Präsenzstärke“ der Socialdemokratie ist ein besserer Schutz aller freien und friedlichen Kulture als hunderttausend neue Soldaten, als Maschinengewehre und Kofyrüchlauf-Kanonen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. April.

### Reichstag.

Es hatte am Mittwoch den Anschein, als hätten sich die konservativen Interpellanten eines Besseren Besonnen, als verzichteten sie darauf, noch kurz vor Schluß der Session sich mit der Regierung über die Kündigung der Handelsverträge herumzustritten. Jedenfalls willigten sie zunächst ohne weiteres in den Vorschlag des Centrums ein, die Interpellation hinter die zweite Lesung der Krankenkassen-Novelle zurückzustellen, schließlich aber kam es doch anders. Der Kampf um den Anmeldeparagrafen 42 wurde zu Ende geführt. Mit großer Verbe griff Wollenbutz das Centrum an, das nicht nur in den bedenklichen Regierungsvorschlag gewilligt, sondern aus seinen Reihen in Herrn Savigny noch einen besonders gefährlichen Verschleierungskünstler gestellt hat. Seine Gründe schienen nicht ohne Eindruck auf diejenigen Mitglieder der Centrumpartei zu bleiben, die sich keine Verbesserung ihrer Wahlausichten bei den katholischen Arbeitern versprechen, wenn sie aus ganz richtigen Gründen einen sozialen Fortschritt, wie ihn die Ausführung der Abde zwischen Kranken- und Invalidenversicherungsbefehl immerhin darstellt, mit reaktionären Maßnahmen verquiden, die der politischen Öffnung Thor und Thür öffnen. Jedenfalls verzweifelte sich Herr Trimbom heftig dagegen, daß hier ein Ausnahmegefeh gegen die Socialdemokratie beabsichtigt sei, auch Graf Vosadowsky bestritt, daß irgend welche politischen Tendenzen mit der Novelle verfolgt würden. Aber diese Erklärungen konnten selbstverständlich für uns ebenso wenig genügen, wie eine kleine Verbesserung der Bestimmungen des angefochtenen Paragrafen, die Herr Lenzmann vorschlug. Die Abwegungsbezugnis der Behörden den Massen vorständen gegenüber soll danach nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ sein. Wieder fand sich ein Vollparateller, Herr Wedh-Goburg, der mit der Rechten und dem Centrum in dem Bemühen, die Arbeiterklasse zu knebeln, Hand in Hand ging. Er trennte sich auch bei der Abstimmung von seinen übrigen Parteigenossen, die mit uns zusammen für die Befestigung der negativen Bestimmungen des § 42 eintraten.

Unsre Fraktion war entschlossen, ihrem entschiedenen Widerstand gegen die Klausur-Bestimmungen des Paragrafen durch eine namentliche Abstimmung auf das deutlichste Ausdruck zu geben. Die namentliche Abstimmung fand statt und ergab, wie vorauszusehen war, die Beschlußfähigkeit des Hauses. Für die Aufrechterhaltung des § 42 stimmten 66, dagegen 51 Abgeordnete, während sich ein Abgeordneter der Stimme enthielt. Durch die Taktik unsrer Fraktion ist der Verabschiedung der Krankenkassen-Novelle in dieser Form ein Block in den Weg gestellt worden, der nur durch verändertes Entgegenkommen der Freunde der Vorlage beiseitigt werden kann.

Die Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses hatte die erste Sitzung zum Ausfliegen gebracht. Eine neue Sitzung, die dreihundertste, mußte anberaumt werden. Auf die Feier dieses Jubiläums war man für heute offenbar nicht gerüstet gewesen. Obwohl der Beginn der neuen Sitzung hinausgezögert wurde, traf der oblige Blumenstrauß doch eine Viertelstunde zu spät ein, so daß Graf Ballestrem um eine Dankrede gebracht war. Die Sitzung war ganz mit der Besprechung der Interpellation ausgefüllt, auf die die Rechte den Diktator des Bundes der Landwirte gehorsam nur doch nicht verzichtete. Wie zu erwarten stand, lehnte Graf Vosadowsky im Auftrage des Reichskanzlers jede Auskunft über die Frage ab, wann die Regierung die bestehenden Handelsverträge zu kündigen gedenke. Die Erklärung klang sehr entschieden und Graf Vosadowsky unterstrich sie noch dadurch besonders, daß er alsbald mit seinen Kommissaren das Haus verließ. Gegen die Besprechung stimmten mit der Linken auch die Mehrzahl der Rationalliberalen. Die große Aktion der Konservativen, die am nächsten Freitag im Herrenhause durch eine Anfrage des Grafen v. Bismarck ein mehr humoristisches Nachspiel finden wird, verlief höchst lässlich. Der zur Begründung der Interpellation ausersene Graf Limburg-Sturum legte eine beneidenswerte politische Unfähigkeit an den Tag. Die Ungeschicklichkeit, mit der er für den Zollkrieg eintrat, suchte Graf Kanitz nachher vergebens wieder gut zu machen. Herr Dr. Varrh verstand die günstige Situation sehr gut auszunutzen. Er unterstrich mit besonderer Boosheit die Thatfache, daß das Zollactuell zwischen Regierung und Agrariern aller Schattierungen am Schluß dieser Session so offenkundig in die Brüche gegangen ist. Unsere Partei hatte keinen Anlaß, in die Verhandlungen einzugreifen, die ein temperamentvolles Gepräge durch einen ganz unmotivierten persönlichen Angriff des Centrums-Agrariers Herold gegen die Linke erhielt.

Morgen geht die zweite Beratung der Krankenkassen-Novelle weiter. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß die Thätigkeit dieses Reichstags morgen ihren Abschluß findet.

\*) Vergl. Nr. 95 des „Vorwärts“.

**Landtag.**

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch einige kleine Vorlagen in dritter Lesung und trat dem Beschluß der Unterrichtskommission über den Antrag des Abg. Jhrn. v. Jedlich (frk.) betr. die Umwandlung der Gesittungsschulen für das Hauptgebiet Trakehnen in öffentliche Volksschulen bei. Der ursprüngliche Antrag Jedlich forderte die Regierung auf, die Gesittungsschulen in Trakehnen baldigst in öffentliche Volksschulen umzuwandeln. Dieser Antrag ging der Kommission zu weit, sie begnügte sich mit dem tendenzreichen Beschluß, die Regierung zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob die Umwandlung der Gesittungsschulen sich empfiehlt, insbesondere auch, ob sie event. ohne Verschlechterung der gegenwärtigen Lage der Schulinteressenten und der Lehrpersonen durchgeführt werden kann und über das Resultat der Erwägungen dem Abgeordnetenhaus in der nächsten Session Mitteilung zu machen.

Im übrigen beriet das Haus nur Petitionen, u. a. die betreffend Verlegung des Wahlorts für den Landtags-Wahlkreis Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg. Diese Petition wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Die nächste Sitzung findet erst am Freitag statt.

Das Herrenhaus beriet nur Petitionen, zum Teil solche, die auch das Abgeordnetenhaus in den letzten Tagen beschäftigt haben, zum Teil solche ohne Allgemeininteresse.

Am Donnerstag stehen kleinere Vorlagen und der Gesetzentwurf über die Ausbildung der Verwaltungsbeamten auf der Tagesordnung.

Am Freitag will das Haus hohe Politik treiben; es wird dann einen Antrag des Grafen Mirbach beraten, der den Ministerpräsidenten auffordert, im Bundesrat dafür einzutreten, daß eine Kündigung der bestehenden Handelsverträge und der künftigen Meistbegünstigungs-Verträge alsbald erfolgt.

**Wahsvorbereitungen.**

**Hülle selig Raab.**

Der Pastor Hülle, der berühmteste Traktatfäher-Jadrikant gegen den Auflauf, hat den Wahlkampf von 1908 nicht mehr erlebt. Aber seine Firma, die sich hocharistokratisch und — wenigstens früher — auch recht zweifelhaft Gönner erfreute, ist deshalb nicht erloschen. Es wird immer noch in anstrengendster Weise geistig gearbeitet. Nach dem Tode Hüllens scheint sich die „Schriftenvertriebsanstalt“ mit dem Verfasser des „Schorschtter Krauts“ und ähnlicher Erzeugnisse der Kunst in Verbindung gesetzt zu haben, und der Mann hat, nachdem er seine Phantasie durch die Lektüre dreißigjähriger Reden blutig gepfeift, wahrhafte Schandergemälde von den Umstürzern gemalt.

Berlin neuerdings mit zwei dieser Kollportage-Romane in Flugblattform behelligt. Allerdings hat sich der Verfasser die Sache insofern allzu leicht gemacht, als er seine „Motive“ durchweg der alten Hülle'schen Hausapothek entnahm.

Das eine Flugblatt heißt sich: „Das wahre Gesicht“, das andre: „Wählt keinen Sozialdemokraten“.

In Nr. 1 wird der Sozialdemokratie die „Waste“ abgerissen und unser „wahres Gesicht“ gezeigt. Unser „wahres Gesicht“ ist nicht als schiefmüßig. Niemals haben wir „zu Gunsten des erwerbsfähigen Volkes irgend etwas zu stande gebracht“. Wir haben höchstens genörgelt und unerfüllbare Forderungen aufgestellt. Wenn die Sozialdemokraten aber beweisen sollten, daß es ihnen „emst mit der Volkshilfsbereitschaft sei, dann versagten die Sozialdemokraten stets“. Der Phantast denkt offenbar an die Zuchtanstalt, die wir zu Tode genörgelt haben.

Dann wird von den Sozialdemokraten enthüllt, daß es ihnen gleichgültig sei, ob Viehstuden eingeschleppt werden oder nicht, ihnen ist es egal, ob die Menschen krankes Fleisch essen. Sicher denkt der Verfasser an die sozialdemokratische Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus, die es verhinderte, daß Vieh und Fleisch in den städtischen Schlachthöfen noch einmal untersucht wird. Sozialdemokraten sind auch augenscheinlich die Genossen Graf Kanitz und Wangenheim, die gegen den Widerspruch der sich fälschlich Sozialdemokraten nennenden Bebel und Singer es im Reichstag durchsetzten, daß Hauschlachtungen nicht der gesundheitlichen Prüfung unterliegen. Und endlich ist auch vermutlich der Centrumsplaner Grafenberger so ein gesundheitsfeindlicher Sozialdemokrat, der eben im Reichstag auf dem Wege der Interpellation wünschte, daß zu Fleischbesamern Leute genommen werden, die nichts von der Sache verständen. — Weiter wird dann erzählt, daß der „deutsche Landwirt kaum noch die Futterkosten für seine Schweine“ erzielt. Wieder sind es die „Sozialdemokraten“ Kanitz, Wangenheim, Dertel und die übrigen Konservativen, Merkmalen und Nationalliberalen gewesen, die gegen den Widerspruch der Bebel und Singer für die verteuerten Futterzölle stimmten, welche allein es bewirken könnten, daß trotz der stetig und stark steigenden Schweinepreise — die eben erwähnener Statistik der Viehzucht beweist die große Zunahme des Verkaufswertes der auch zahlenmäßig ungeheuer gewachsenen Viehproduktion — der kleine Landwirt minderen Nutzen hat.

Es folgt die „Handwerker-Vernichtung“. Die Sozialdemokraten haben die zu Gunsten der Handwerker bestimmten Gesetze abgelehnt. Selbstverständlich; denn sie sind eitel Schwindler. Die Handwerker unterliegen der Uebermacht des Großkapitals, und das unter der Herrschaft der konservativ-merkalen Mehrheit. Wenn die Sozialdemokratie selbst wollte, könnte sie den „Mittelstand“ gar nicht ruinieren, da sie ja noch nie die politische Macht gehabt hat. Der „Kain“ hat sich unter der Herrschaft der Mittelstandsreiter vollzogen. Und in Berlin kandidiert als Mittelstandsreiter der Schwiegersohn des toten Warenhandelsbesizers Rudolf Hertog, der mehr noch wie die Tieg und Wertheim für den Niedergang des Mittelstandes gewirkt hat, da die Firma ein riesenhaftes Versandgeschäft betreibt und dadurch auch den kleinen Geschäftsleuten in den abgelegenen Orten eine tödliche Konkurrenz bereitet.

Es folgt eine Abschrift aus Eugen Richters „Socialistenpiegel“: Die Reichstags-Abgeordneten sind keine Arbeitervertreter, sondern Hebelwerke, Schriftsteller, Unternehmer. Gemüß die rechten Vertreter der Arbeiter sind Professoren wie Herr v. Wendt und Generalmajor wie der Schwiegersohn Rudolf Hertogs. Was sollen die Arbeiter mit Proletariern, die durch das Vertrauen ihrer Genossen berufen, statt für die kapitalistischen Unternehmer weiter zu stunden, mit der Feder die Sache des Volkes verstehen!

Schließlich wird das „wahre Gesicht“ noch durch die Dresdener Kaiserrede beleuchtet, die von der „guten und gesicherten Existenz der Arbeiter“ sprach. „Kein braver Deutscher läßt seinen Kaiser im Stich!“ So endigt Flugblatt Nr. 1. Es ist die konservative Fußnote vergessen: Aber wenn es keinen 750 Mark-Zoll giebt, dann lassen die Vaterländischen die Throne tragen!

Zoller noch ist Flugblatt II. Hier wird verraten, daß die Sozialdemokraten, wenn sie aus Acker kommen, Hans, Pof, Feld, Vieh, Handwerkszeug, Maschinen, Geräte, Rogtrocken und Erbsenrisse auf Ackerweiden wegnemen. Das Ziel der Sozialdemokratie ist augenscheinlich die Einrichtung eines großen Trödelgeschäfts. Ferner werden wir natürlich Ehe und Familie besitzigen, nach dem Vorbild hoher und höchster Herrschaften, ebensolennpflichtiger Offiziere und profitorientierter und profitorientierter erzogender Kapitalisten, welche den Arbeiterinnen Hungerlöhne zahlen. Auch rotten wir die Religion aus und betrachten Gott als das größte Uebel in der Welt. „Statt der Könige, die als Landesväter für uns sorgen und sich mühen, denen wir nahezu alles verdanken, was wir haben, sollen die größten Schreier herrschen, die nur an sich selbst denken.“ Werwirdig, in der freien Republik der Vereinigten Staaten herrschen ja bereits seit jeher die „größten Schreier“, und trotzdem werden sie von

unsern Landesvätern mit Liebeswürdigkeiten überschüttet, mit Freundschaftsbeweisen überhäuft. Es scheint, als ob selbst die Monarchen geheime Agitatoren der Republik sind und der unvereinlich in ihnen herrschenden „größten Schreier“.

Bevorzogen weit ist in dem Flugblatt, daß gutmütig auch an einen unzer größten Erfolg erinnert wird, an die Kritik der weltpolitischen Abenteuer, in der wir anfangs allein standen, die aber jetzt von allen geteilt wird, insgeheim selbst von der Regierung. Auch Graf Wälow will nichts mehr von der Schöneprinzen-Politik wissen. Sogar für Venezuela wird geschwärmt und unsre Kritik als vaterlandlos gerügt, da doch „unsre Stammesgenossen beraubt“ worden seien. Die Konserwativen sind da über Nacht zu begeisterten Judenschülern geworden; denn eben las man noch in antisemitischen Organen gegen die Venezuela-Politik: „Soll deutsches Pulver verbrannt werden? Soll zur Rettung jüdischen Kapitals deutsches Blut fließen?“ Die Hülleschen Patrioten bejahen die Frage unbedingt und finden den Sozialdemokraten, die sie bezeichnen. Daß von der „Erfindung“ der Humenbriefe die Rede ist, aber die der angebotene Wahrheitsbeweis von den Gerichten erschredt abgelehnt wurde, nimmt nicht weiter Wunder.

Dafür werden aber die Sozialdemokraten, wenn sie zur Macht gelangen, rauben, morden, brandstiften, Kunstwerke zerstören, Schwedenscenen aller Art anstellen, kurz, wie die Humen haufen und „die bestehende Gesellschaft abschlagen“.

Das ist der Schlusssatz! Wir Sozialdemokraten sind ja zwar „vaterlandlos“, aber so verächtlich denken wir doch nicht über das deutsche Volk, so schänden wir das Deutsche Reich nicht vor dem Auslande, daß wir, wie die patriotische Firma Hülle selig Raab, fallen Blutes die Behauptung aussprechen würden: daß bereits im Jahre 1898 fast zweieinviertel Millionen wahlfähiger Deutscher auf ein Programm des Mordes, Raubes und des Aretinismus obendrein eingeschworen waren!

**Liberaler Wirrwarr.**

Das liberale Bürgertum bietet einen gar trübseligen Anblick. Der holde Traum von der „geeinigten liberalen Partei“ ist zerfallen und die Wirklichkeit zeigt den Kampf aller Liberalen gegen alle Liberalen. Und das jetzt kurz vor den Wahlen!

In einigen freisinnigen Blättern war die Weile erklingen: Seid einig! Es wird auch bekannt, daß vor längerer Zeit schon aus den Reihen der Parlamentarier von der Süddeutschen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung der Vorkämpfer gekommen war, daß alle freisinnigen und bürgerlichen Demokraten eine gemeinsame Aktion gegen die Reaktion betreiben mögen. Allerdings wollten die Urheber dieser Vorschläge nicht die berühmte Phrase gelten lassen vom „Kampf nach zwei Fronten“ und sie wollten nicht die Sozialistenfronterei als hauptfachliche Wahlaufgabe ansehen. Aber das Unternehmen scheiterte völlig und zwar, wie die „Volls-Zeitung“ offenbar durchaus zurecht schilbert, an der freisinnigen Volkspartei, in der „man sich in die Vernichtung der Sozialdemokratie und die Abzanzelung alles dessen, was nicht voll und ganz und unentwegt zu dem kleinen Katechismus der Gruppe Richter-Kopich schwoört, von vornherein zu sehr verbißten, als daß man das löbliche Werk der Sozialistenfronterei im Sinne des anonymen „Socialistenpiegels“ plötzlich mit Halbdruck hätte betreiben mögen.“ An der politischen Kurzsichtigkeit derer um Richter und an der Reizung der freisinnigen Volkspartei, lieber Anschlag nach rechts zu nehmen, scheiterte die einheitliche Aktion des freisinnigen Liberalismus. Die „Freis. Ztg.“ des Herrn Richter versucht natürlich, alle Schuld von sich abzuwälzen. Aber — es sei nebenbei darauf gewiesen — es charakterisiert den Richterschen Wahlkampf schon durchaus, daß er eingeleitet wurde durch die Entlassungen und Insumpttionen des „Socialistenpiegels“. Einen Centrumspiegel, einen Spiegel der Reaktionsparteien in die Wahlbewegung zu werfen, hat Herr Richter nicht für nötig erachtet!

So ist denn auch jüngst auf dem Parteitag der Badischen Volkspartei in Bruchsal lebhaft Klage gegen die freisinnige Volkspartei geführt worden und die drei linksliberalen Gruppen — freisinnige Vereinigung, freisinnige Volkspartei und Süddeutsche Partei — polemisierten wider einander mit einem Jargon, an dem die Reaktionsparteien ihre helle Freude haben dürfen. Nach der „Freis. Zeitung“ ist der Jargon soweit gediehen, daß die Anhänger ihrer Partei sich kaum bewegen lassen wollen, für Kandidaten der freisinnigen Vereinigung in solchen Kreisen einzutreten, in denen die freisinnige Volkspartei keine eigne Kandidatur hat.

Hätte das, was an den liberalen Idealen dauernd und wertvoll ist, nicht bei der Sozialdemokratie Zukunft gefunden, es wäre traurig darauf bestell!

**Der „Feind“ der Nationalliberalen.**

Wir haben seiner Zeit den geheimen Kartellplan der nationalliberalen Parteileitung veröffentlicht, in dem die Nationalliberalen mit konservativen und Centrum zusammen, bei gelegentlicher Hinzuziehung auch des Freisinn, die Welt unter sich verteilen und die Sozialdemokratie vernichten.

Aus dem Geiste dieses heilig abgelegneten Kartellplanes ist nun ein nationalliberales Flugblatt geboren, das wir nur aus einem Jubelartikel der „Arenz-Zeitung“ kennen. Ein Exemplar des schönen Dokumentes selbst zu erlangen, war unumgänglich. Das Bureau der nationalliberalen Partei verweigerte uns die Auslieferung, vermutlich weil sich die Angestellten des Bureaus schämten.

Es genügt, die folgenden Schlusssätze des nationalliberalen Flugblattes, das den Titel führt: „Die Sozialdemokratie ist der Feind“ der „Arenz-Zeitung“ zu entnehmen.

„Die vaterländisch geeinigten Wähler insgesamt mögen sich gesagt sein lassen, was es bedeutet, wenn die Sozialdemokratie in dem Wahne befaßt wird, daß ihre Zeit näher und näher komme. In demselben Maße wächst die Unsicherheit aller Verhältnisse im Innern. Dann hat es eines Tages ein Ende damit, daß wir uns über Merkmal oder national, konservativ oder liberal, über Volkstum oder Freiheit, Kunst oder Gewerkschaft unterhalten und streiten. Denn wenn die Sozialdemokratie erst einmal glaubt, das Fest an sich reißen zu können, wird sie es auch versuchen, der Herr im Hause zu werden. Dann sind über Nacht die inneren Unruhen da. Und jede einzelne Stimme kann das Maß der sozialistischen Zukunftserwartungen voll machen.“

Die Kaiser und Reich, sozialer Frieden und soziale Reform —, die Singer und Zukunftstaat, innere Erschlitterungen und Arbeiterelend! Die Sozialdemokratie strebt vor allem nach der politischen Macht. Was sonst in der Welt vorgeht, wird lediglich danach bewertet, ob es dem Machtbestreben dienlich ist oder nicht. Wir sollten vor allem einig sein, die politische Macht uns nicht entreißen zu lassen. Was sonst an Meinungsverschiedenheiten bei uns besteht, sollte nur so weit sich entwickeln dürfen, daß es der obersten Pflicht der Staatserhaltung nicht zum Schaden werden kann.“

Das ist das Ende der vielbesprochenen großen „liberalen Sammlung“ gegen die juristisch-agrarische Reaktion und eine Verstärkung der sozialdemokratischen Auffassung, daß es im Grunde doch nur eine reaktionäre Masse giebt. Alles ist den Liberalen gleichgültig. Zollwucher und Merkmalismus, Zinstreuer und Junkerherrschaft — wenn sie nur den Profit gegen das Proletariat retten! —

Auf dem Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, der die Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf, Köln und das westfälische Industrie- und Kohlengebiet umfaßte, wurde auch die Disposition der katholischen Arbeiter in Sachen des Zolltarifs erwähnt. Arbeitersekretär Giesberts wies darauf hin, daß die Centrumpartei in Rheinland eine steigend schwierige Stellung habe; Unterlassungssünden den vor 20-30 Jahren würden dem Centrum heute noch vorgeworfen. Obwohl die katholischen Arbeitervereine keine politischen Vereine sein wollen, nahm der Delegiertentag einstimmig eine Resolution an, worin es für die „unbedingte Pflicht aller katholischen Arbeiter“ erklärt wird, für die Centrumpartei als die zuverlässigste und kräftigste Förderin einer christlichen Sozialreform mit aller Energie einzutreten und dieselbe in ihrem schweren

Kampfe gegen ihre Gegner auf das nachdrücklichste zu unterstützen und opferwillig an der Agitations- und Werbearbeit im bevorstehenden Wahlkampf sich zu beteiligen. — Der Vorsitzende, Kaplan Dr. Pieper (M.-Glabach) leitete den Delegierten mit: Es sei von einer Reihe von Wahlkreisen Rheinlands und Westfalens die Anfrage an den Centralvorstand ergangen, ob man Arbeiter als Reichstagskandidaten empfehlen könne; leider aber sei man heute nicht in der Lage, mit solchen zu dienen, weil man jetzt noch keine geeigneten Leute zur Verfügung habe; aber infolge der Einführung der Unterrichtskurse werde man in einigen Jahren eine Anzahl passender Kandidaten empfehlen können. Vorläufig müssen sich die katholischen Arbeiter also gedulden und in Berlin nun mit der Entsendung des schlichten Mannes aus der Werkstätte noch einige Jahre warten. — Was sagen denn die katholischen Gewerkschaftsführer Westdeutschlands zu dieser geringen Einschätzung ihrer Intelligenz? Die Herren haben dem Centrum bei der Verteilung seiner Brotwunderpolitik treue Dienste geleistet und nun werden sie als unfähig hingestellt, im Reichstag als schlechte Männer aus der Werkstätte Statisten abzugeben. Die Wahrheit ist die: erstens fürchtet sich das Centrum, seinem Bürger, Bauern und kleinen Beamtenum Arbeiter als Reichstagskandidaten zu präsentieren; zweitens darf es nicht wagen, den Arbeitern die christlichen Gewerkschaftsführer als Kandidaten aufzustellen, weil sich diese Knechte der ultramontanen Brotwunderpolitik bei einem großen Teil der katholischen Arbeiter zu sehr verhaßt gemacht haben.

Der Abg. Dr. Wiemer hat mehreren unserer Parteigenossen im Reichstage gegenüber erklärt, daß er die auch im „Vorwärts“ wiedererlebene, angeblich in einer Altenburger Versammlung gemachte Behauptung „für die freisinnige Volkspartei sei die Sozialdemokratie nicht das kleinere Uebel“ nicht gemacht, sondern nur gesagt habe, daß die freisinnige Volkspartei in jedem einzelnen Falle bei Stichwahlen zu prüfen haben werde, welche Partei von ihr als das kleinere Uebel zu betrachten sei.

„Zerungen“ bei Aufstellung der Wählerlisten scheinen in Dortmund vorgekommen zu sein. Dortige Blätter berichten, es seien ihnen Mitteilungen darüber zugegangen, daß an behördlichen Stellen die Meinung bestehe, man müsse zwei Jahre im Orte wohnen, um in die Liste aufgenommen werden zu können. Weiter ist aus dem Bericht über eine Versammlung des dortigen Demokratischen Vereins zu erhellen, daß man diejenigen von der Aufnahme in die Wählerliste ausgeschlossen haben soll, die keine eigne Haushaltung haben. Es ist dringend zu raten, daß die Behörden noch rechtzeitig auf die Unzuverlässigkeit dieses Verfahrens mit allem Nachdruck hingewiesen werden und daß die Fehler ausgebeßert werden und zwar von Amts wegen. Wie es nämlich aus einer Notiz meines Dortmunder Parteiblattes den Anschein gewinnt, sollen sich dort die Wahlberechtigten zur Aufnahme in die Wählerlisten melden und sich dazu erst noch einen Aufnahmechein von der Polizeibehörde verschaffen. Die Listen sind aber von Amts wegen richtig und vollständig aufzustellen ohne Zutun der Wähler und wenn dabei ungeschicklich verfahren wird und infolgedessen Wähler geschwächt von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen werden, so wird das die Ungültigkeit der Wahl zur Folge haben.

Kompromißschmerzen haben die „Liberalen“ in Posen. Von den 15 Wahlkreisen der Provinz Posen ist nur einer „liberal“, das heißt durch ein Mitglied der freisinnigen Vereinigung vertreten. Es ist der Wahlkreis Czarnikau-Pilehne, wo der Schuldirektor Ernst 1898 in der Stichwahl mit Hilfe der Polen gegen den Konservativen gewählt wurde. Dieses Mandat wünschten nun die „freisinnigen aller Schattierungen“ oder „Liberalen“, wie sie sich dort selbst nennen, unter der Parole „Deutsche gegen Polen“ zu erhalten, bedürfen aber dazu natürlich der Konservativen. Diesen jedoch ist jede Spur liberaler Selbstlosigkeit fremd und man kann es ihnen nicht verdenken; bieten doch die Liberalen aller Schattierungen das abschreckendste Beispiel dafür, wozu die Selbstlosigkeit in der Politik führt. Ueberdies waren die Konservativen auch in diesem Kreise 1898 fast doppelt so stark wie die Freisinnigen. Während die Freisinnigen in der ganzen Provinz Posen selbstlos zu Gunsten der Konservativen auf eigne Kandidaten verzichteten und nur auf ihr bisheriges Mandat Anspruch machen, denken die Konservativen gar nicht daran, in Czarnikau-Pilehne den Freisinnigen Wahlhilfe zu leisten. Darüber jammert nun ein liberales Blatt in Posen gewaltig und sucht die Freisinnigen scharf zu machen zu selbständiger Politik. Was wohl vergeblich sein wird.

Wenn die Freisinnigen das Mandat in Czarnikau-Pilehne verlieren, so haben sie das reichlich verdient durch ihre jetzige Haltung. Sie haben das Mandat 1898 nur als Oppositionspartei mit polnischer Hilfe erlangt und jetzt wollen sie es sich erhalten durch ein Kompromiß mit ihren damaligen Gegnern unter Verlämpfung der Polen, denen sie es verdanken. Eine solche liberale Politik verdient wirklich Zustritte von allen Seiten.

Auf der Insel Rügen, zum Kreise Rügen-Franzburg-Stralsund gehörend, dürften wir diesmal mit recht erfreulichen Resultaten zu rechnen haben. In zwei Wählerversammlungen, in denen am Sonntag in Bergen und Garz unser Genosse Storch-Settlin sprach, waren Landarbeiter, Bauern und Handwerker stundenweit herbeigekommen. Sie spendeten dem „Socialdemokratischen Heer“ lebhaften Beifall und eine stattliche Anzahl derselben ließ sich sofort in den socialdemokratischen Wahlzettel aufnehmen. Kommt es in diesem Kreise diesmal zur Stichwahl, was leicht möglich ist, dann sitzt der Agrarier nicht mehr fest auf seinem Sessel.

Politik in der Kirche. Wie unser Königsberger Parteiblatt berichtet, werden in Danzig, Stadt und Landkreis, seit Wochen in den Vorräumen der katholischen Kirchen politische Flugblätter verteilt. Der „Königsberger Volkszeitung“ haben mehrere dieser Flugblätter, die sich mit der Sozialdemokratie beschäftigen, vorgelegen. Wenn die Centrumsleute die Verteilung ihrer Flugblätter in der Kirche nicht als eine Verletzung der Kirchenbesucher ansehen, so werden sie sich auch nicht beschweren können, wenn die socialdemokratischen Antworten wenigstens an der Kirche den Kirchenbesuchern eingehändigt werden.

Eine socialdemokratische Versammlung in einer Gasthaus des Centrums hielt auf einer Agitationstour in Westfalen unser Genosse Adolf Hoffmann kürzlich in Lippstadt, achter Wahlkreis des Regierungsbezirks Arnsberg (Lippstadt-Verlön), ab. Dieser Kreis hat noch niemals anders wie ultramontan gewählt. Socialdemokratische Stimmen werden dort erst seit 1890 abgegeben, und zwar ganze 259 im Jahre 1898. Auch für andre Parteien werden dort so gut wie gar keine Stimmen abgegeben. Seit kurzer Zeit hat sich jedoch auch dort die Arbeiterbewegung gehoben, und jüngst gelang es den Parteigenossen, sich in Lippstadt einen Saal zu sichern. Bisher fanden darin nur zwei Versammlungen der ebenfalls wachsenden freien Gewerkschaften statt; die Redner wurden jedoch von den unter Führung der Kapläne erscheinenden katholischen Gefolten niedergebrellt. Für die erste socialdemokratische Versammlung hatten die Kapläne ihre Truppen wieder mobil gemacht, da aber auch die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter zahlreich erschienen waren, war der große Saal um 8 Uhr schon nebst allen Nebenräumen überfüllt.

Wider alles Erwarten durfte Genosse Hoffmann ungehindert sprechen. Er schenkte dem Centrum nichts und Gelegenheit, gründlich mit den schwarzen Herren ins Gericht zu gehen, war ihm reichlich geboten. Arbeitet doch die ultramontane Presse der Gegend mit den allerabgedruehtesten Kolaxen gegen die Sozialdemokratie. Stürmische Heiterkeit entsetzte der Redner, als er veranlaßt wurde die Behauptung dortiger Centrumsblätter, Stadthagen wohne in Berlin wie ein Fürst, Stadthagens Junggesellenwohnung schilderte. Niemand wagte den Redner zu unterbrechen, als er die völkerverräterische Politik des Centrums mit änderer Schärfe geißelte, und als er schließlich, erhob sich ein Beifallsturm, den die Centrumsleute nicht zu stören wagten.

Nach dem Vortrage wurde freie Diskussion angeboten, und da sich niemand meldete, ließ der Vorsitzende auf Hoffmanns Wunsch eine Pause von zehn Minuten eintreten, um den Gegnern Zeit zur Sammlung zu geben. Als sich auch danach niemand meldete, nahm Hoffmann das Schlusswort und nun wurde die Versammlung erst dramatisch. Hoffmann zog nämlich aus dem Schweigen den Schluss, daß er alle anwesenden Gegner des Centrums befehlet habe. Da sprang Professor Hesse laut auf und bat ums Wort. Hoffmann trat ihm bereitwillig das Wort ab. Der Herr Professor sagte, er wolle nur zeigen, daß er den Mut habe und nicht befehlet wäre, er könne heute nichts gegen die Socialdemokratie sagen, weil der Referent von dem, was er an derselben belämpfe, nichts vorgebracht habe, er solle nur erst diese schrecklichen Töne nennen, dann wolle der Professor schon dazu etwas sagen. Als dem Herrn Genosse Hoffmann klar machte, daß diese „schrecklichen“ Töne nur in der Phantasie der Gegner lebten, blieb der Herr Professor trotzdem dabei, Herr Hoffmann solle erst was Schreckliches nennen, dann wolle er es widerlegen. Ein schallendes Gelächter war die Quittung darauf; Genosse Hoffmann nahm zum zweitenmal das Schlusswort. Dabei meldete sich ein katholischer Arbeiter zum Wort. Genosse Hoffmann trat abermals zurück und der Arbeiter kam nun dem Herrn Professor dadurch zu Hilfe, daß er die Centrumsblätter gegen die Socialdemokratie aus einem Flugblatt, welches unter der Ueberschrift: „Der neue Kulturkampf der Socialdemokratie“ dort verstreut worden ist, vorlas, Lügen, die zum Teil schon im Referat widerlegt waren, aber unserm Redner Gelegenheit gaben, die „Wahrheitsliebe“ des Centrums im dritten Schlusswort unter jubelndem Beifall der Versammlung und tiefer Schweigensamkeit der Centrumsblenden in das rechte Licht zu rücken. Dem Appell an die Versammlung, am 16. Juni nur dem Kandidaten der Socialdemokratie, Genossen Sigelhof, ihre Stimme zu geben, folgte tüchtigste Zustimmung, und ein dreifaches Hoch auf die völkervertreuende Socialdemokratie schloß die Versammlung, bei welcher das Centrum „schlechte Geschäfte“ gemacht hat.

Eine lächerliche Wahlliste verbreitete die „Nürnische Volkszeitung“ indem sie behauptete, unsre Parteigenossen in Wiesbaden beabsichtigten, dem Centrum im ersten Wahlgange 1000 Stimmen zuzuwenden, um mit ihm als dem weniger gefährlichen Gegner in die Stichwahl zu kommen. Das socialdemokratische Wahlkomitee in Wiesbaden erklärt in nachdrücklichster Weise, daß solche Absicht niemals bestanden hat.

Die Lorenz-Korrespondenz betreibt die Socialdemokratiebefehdung in staunenswerthem Reffim. Der Herr beehrt und nicht durch Zufallung seiner gewerblichen Erzeugnisse; da aber die Leser nicht um ein nicht geringes Vergnügen gebracht werden sollen, so citieren wir den Lorenz gern aus andren Zeitungen. Die „Volks-Ztg.“ teilt aus einem Aufsatz über Vaterlandsliebe und allgemeines Wahlrecht folgende Köstlichkeit mit:

„Die Menschen werden bei der Reichstagswahl alle darum einander gleichgesetzt, weil sie alle von derselben, gleichartigen Liebe zum gemeinsamen Vaterlande erfüllt sein sollen. Um sein Vaterland zu lieben, braucht man weder reich noch hochgestellt zu sein. Man liebt sein Vaterland, weil diese Liebe jedem guten Menschen angeboren ist, — so wie man seine Eltern liebt. Auch die Eltern liebt man, ohne Rücksicht auf Reichtum oder hohe Stellung. Alle Eltern werden von ihren Kindern geliebt. So sollen und können auch dem Vaterland alle seine Söhne in gleicher Liebe zugehen sein. Wie nun die Eltern in der Regel keinem ihrer Kinder den Vorzug geben, so umfaßt auch das Vaterland alle seine Söhne in gleicher Liebe. Und der stärkste und edelste Ausdruck dieser Liebe ist mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gegeben.“

Die Socialdemokraten sind entartete Söhne des Vaterlandes. Sie vergelten die Liebe mit Haß. Das Reichstagswahlrecht sollte der festeste Kitt sein, der das Gebäude des Reichs durch die aufopferungsvolle Liebe aller Deutschen für alle Zeiten zusammenhält. Die Socialdemokratie aber benützt das Reichstagswahlrecht, als ob es ein Sprengstoff wäre, um das Reich zu zerstören. Wenn man bedenkt, welches der wahre Sinn und Grund des Reichstagswahlrechtes ist, und dann überlegt, wie die Socialdemokraten davon Gebrauch machen, dann muß man doch fragen: Kann es ein größeres Unrecht und einen abscheulicheren Unfug geben?

Die nichtsocialdemokratische „Volks-Zeitung“ höhnt das lächerliche Geschreibsel: „Nüßlich, nicht wahr? Also das Vaterland liebt alle mit gleicher Liebe. Und das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist der Ausdruck dieser Liebe. Wenn das wahr ist, wie liebt denn dann die V. das preussische Vaterland seine artigen Kinder, wenn dieses Vaterland drei nach dem Geldbeutel abgestufte Arten von Liebe für die Landesfinder hat? Oder ist die Dreiklassen-Wahlrechtssystem dadurch der Ausdruck der unterschiedenen Liebe des Vaterlandes, daß es dem einen das Hundert- und Tausendfache dessen giebt, was dem andern gegeben wird?“

Und, um wieder von dem Deutschen Reich zu sprechen, wo ist die allgemeine Wahlrechts-Liebe gewesen bei dem Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie; wo ist die Liebe gewesen bei dem Zucht-hausgesetz?

Indessen, es lohnt sich nicht, auf den Unsin von den „entarteten Söhnen“, auf das Geschimpfe über den „abscheulichen Unfug“ einzugehen. Das Grotteskomische dieser Art von Socialistenvernichtung bedarf keiner besonderen Belandung. Nur um zu zeigen, mit wie wenig Hirn die scharfmarkenartige Ordnungsfähigkeit eine weltgeschichtliche Bewegung wie die socialdemokratische abthun zu können meint, haben wir von der neuesten Konfessionsleistung der „Staats-erhaltenden“ Notiz genommen. Die Socialdemokratie hat ein Schweineglück.“

## Deutsches Reich.

### Der verantwortliche Redakteur.

Das Reichsgericht arbeitet seit geraumer Zeit daran, das ohnehin reaktionäre Vorkrecht durch Auslegungen noch reaktionärer zu gestalten. Ihm verdanken wir die Auslegung des § 193 dahin, daß „berechtigter“ Interessen des Redakteurs nur solche seien, die seine persönlichen Interessen sind oder mit deren Vertretung er formell beauftragt ist. So genießt ein Redakteur, der sein Blatt mißbraucht, um seinen persönlichen Vorteil zu finden, den Schutz des § 193, während er, wenn er selbstlos aus idealen Motiven öffentliche Interessen vertritt, schulplos bleibt. Dieses Urteil wirkt also als Prämie auf den Eigennutz und als Bestrafung des Idealismus.

Jetzt hat nun das Reichsgericht eine Entscheidung über den Begriff des verantwortlichen Redakteurs gefällt, die nicht nur eine fast unbegreifliche Unkenntnis der Verhältnisse verrät, sondern auch den Begriff des verantwortlichen Redakteurs heillos verwirrt und die Rechtsicherheit jedes an einer Zeitung beschäftigten Mitarbeiters bedroht.

Aus Leipzig wird uns darüber geschrieben:

Das Landgericht Thorn hat am 16. Dezember v. J. den verantwortlichen Redakteur der „Gazeta Lorcinska“, Wojciechowski, sowie den Chefredakteur jenes Blattes, Wrejski, wegen Verleumdung zu Gefängnis verurteilt. Inkriminiert waren zwei Artikel in verschiedenen Nummern jenes Blattes, welche beide von W. als verantwortlichem Redakteur geseichnet waren. Das Gericht hat festgestellt, daß durch jene Artikel preussische Richter und ein Schulinspektor beleidigt worden sind. Das Landgericht hat W. als Verfasser des zweiten Artikels und als Veröffentlichender des ersten verurteilt, W. dagegen als „wahren“ Redakteur. Wrejski sei, so heißt es im Urteil, vom Verleger und Eigentümer der Zeitung zum verantwortlichen Redakteur (das heißt verantwortlich dem Verleger gegenüber) bestellt worden und habe diese Stellung auch während der Zeit der Veröffentlichung der beiden Artikel bekleidet. Dieser Angeklagte sei deshalb, obwohl er auf keiner der beiden Nummern als verantwort-

licher Redakteur genannt ist, doch als solcher gemäß § 20 Absatz 2 des Preßgesetzes anzusehen.

In der Revision der beiden Angeklagten wurde diese Ansicht als rechtsirrtümlich bezeichnet.

Der Reichsanwalt erachtete die Revision insoweit für begründet. Er vertrat die Ansicht, daß verantwortlicher Redakteur derjenige sei, welcher auf dem Blatte als solcher genannt ist, da sich wohl niemand finden werde, der als verantwortlich zeichne, ohne vorher genau geprüft zu haben, was veröffentlicht wird.

Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung der Revisionen. Der 2. Strafsenat billigte also die Ansicht, daß als verantwortlicher Redakteur der vom Verleger bestellte Leiter des Blattes anzusehen ist, auch wenn er nicht als verantwortlicher Redakteur auf dem Blatte genannt ist. In der Begründung des Urteils wurde noch besonders betont, daß die Nennung auf der einzelnen Zeitungsummer und der Nachweis, daß der Benannte die Redaktionshätigkeit auch wirklich in Bezug auf die bestimmte Nummer des Blattes, in der sich der Artikel strafbaren Inhalts befand, ausgeübt habe, keine für den Begriff des verantwortlichen Redakteurs wesentlichen Momente bilden. Die Vermutung des § 20 Abs. 2 des Preßgesetzes richte sich nur gegen den wirklichen, von zuständiger Seite berufenen verantwortlichen Redakteur.

Durch dieses Urteil — wenn die Begründung durch den Bericht wiedergegeben ist — wird die Institution des verantwortlichen Redakteurs überhaupt aufgehoben; denn es wird nur selten in der großen Presse vorkommen, daß der verantwortliche Redakteur der „wahre“, der „wirkliche“, der „leitende“ Redakteur ist. Der verantwortliche Redakteur ist in der Regel nicht mehr strafbar, und es wäre zweckmäßig, wenn bei der nächsten Auflage eines verantwortlichen Redakteurs dieser unter Berufung auf die Reichsgerichts-Entscheidung seine Strafbarkeit bestreitet und den Prozeß zur reichsgerichtlichen Entscheidung der Frage bringen würde.

Schon nach der bisherigen Spruch-Praxis genügte die bloße Benennung des verantwortlichen Redakteurs nicht; es wurde verlangt, daß er nicht bloß „Sikredakteur“ sei, sondern auch die Thätigkeit eines verantwortlichen Redakteurs ausübe, d. h. den Inhalt der Zeitung nach seiner juristischen Seite prüft und ändert. Jetzt genügt auch die Kusübung der Thätigkeit eines verantwortlichen Redakteurs nicht mehr; er muß auch der „wirkliche“, „wahre“, der „leitende“ Redakteur sein. Freilich scheint es, als ob das Reichsgericht auch den benannten verantwortlichen Redakteur nicht für straflos erklärt hat. So gäbe es also 3 v e i verantwortliche Redakteure, einen, der die Thätigkeit des verantwortlichen Redakteurs ausübt, und einen, der das Blatt leitet und „wirklich“ verantwortlich ist. Dazu kommt dann noch die Strafbarkeit des Täters (Verfassers) und der diversen Mitthäter. Kurz, jede an einer Zeitung angestellte Person ist strafbar als „wirklicher“ verantwortlicher Redakteur, als verantwortlicher Redakteur, als Verfasser oder wenigstens doch als Mitthäter und Verbreiter.

Indessen, 3 v e i verantwortliche Redakteure kann es nicht geben. Will man den „leitenden“ Redakteur als wirklich verantwortlichen Redakteur fassen, so ist der als verantwortlich benannte Redakteur eben nicht mehr verantwortlich. Das Gericht wird also künftig die Aufgabe haben, den „wirklichen“, „wahren“, „leitenden“ verantwortlichen Redakteur zu ermitteln — ein Geschäft — das vielfach nicht ganz leicht ist; denn es giebt auch demokratische Redaktionen, in denen niemand „leitet“. Hat man aber den „leitenden“ Redakteur festgestellt, der in der Regel eben nur leitet und sich um den Strömungs des Blattes nicht kümmert, dann kann er auch wegen eines Inzerates angeklagt und verurteilt werden. Und weiter: Wer sind die eigentlichen „Leiter“ offizieller Blätter? Zweifellos doch der Chef des Preßbüreaus oder noch „wirklicher“ der Minister. Also wird man künftig etwa bei Verleumdungen von Socialdemokraten den Minister als den „wahren“ verantwortlichen Redakteur zur Verantwortung ziehen können.

Biernard hat einmal geäußert: „Ich laufe aus einem tüchtigen Redakteur leichter einen Staatssekretär des Äußeren oder des Innern machen, als aus einem Duzend Geheimräten einen gewandten leitenden Redakteur.“ — Ich gebe Ihnen gleich einen Leiterwagen voll von diesen Geheimräten, Juristen, Theologen oder auch Philosophen mit lauter ersten Ruten in die Lehre, und Sie können aus ihnen nicht viel mehr als einen Schneider machen, der mit der Schere irgend ein geistloses Blatt zusammenstellt. Das Zeug zum Redakteur, der selber denkt, schafft und schreibt mit Schwung und Kraft, muß man mitbringen.“

Troydem sollte man es versuchen, die Verfasser der neuesten Reichsgerichts-Entscheidung für ein Jahr in irgend einer Redaktion unterzubringen, damit sie wenigstens die Verhältnisse kennen lernen, über die sie „entscheiden“. —

### Centrum und Mittelstand.

Die „Germania“ hat wieder einmal eine Entdeckung gemacht; sie schreibt:

„Mit wünschenswerter und rüchhaltiger Offenheit wird im Schuhmacher-Jahrbuch vom 26. April die Stellung der Socialdemokratie zum Mittel- und im besonderen zum Handwerkerstand dargelegt. Das Schuhmacher-Jahrbuch erscheint in Göttingen und wird von dem socialdemokratischen Abgeordneten Bod herausgegeben. Es heißt dort in einem Artikel über „Die Gewerkschaften und die Konjunktionsgesellschaften“: „Uns als Arbeiter kam der Untergang des sogenannten Mittelstandes gleichgültig sein, im Gegenteil, je eher er verschwindet, desto besser ist es, denn derselbe ist der größte Hemmschuh in ökonomischer, sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Bewegung, überall tritt er uns hindernd in den Weg, und darum können wir dessen Untergang nicht früh genug herbeiwünschen.“ Ein jedes Wort der Kritik würde dieses unverblühte Bekenntnis socialdemokratischer „Mittelstandsfreundlichkeit“ abschwächen. Die Handwerker werden hoffentlich bei den Wahlen den socialdemokratischen Volkszerstörern die gebührende Antwort erteilen.“

Zunächst sei doch festgestellt, daß dieser Artikel in dem Gewerkschaftsjahrbuch keine Redaktionsäußerung, sondern eine vom Einfender persönlich unterzeichnete Meinungsäußerung ist. Wäre schon für die Meinung der Redaktion eines Gewerkschaftsblattes die Socialdemokratie nicht verantwortlich zu machen, so noch weniger für die Äußerungen eines Einzelnen, der ganz gelegentlich einen Artikel veröffentlicht.

Die Stellung der Socialdemokratie zu der sogenannten Mittelstandsfrage ist bekannt. Die Socialdemokratie hat niemals den demagogischen Schwundel mitgemacht, den kleinen Gewerbetreibenden goldene Berge zu versprechen und damit ihren Blick von den wirklichen Ursachen ihrer Not und den Mitteln zur Besserung abzulenken. Wir haben stets ohne Verschleiierung darauf hingewiesen, daß das Großkapital es ist, die großen Industrie- und Handelsunternehmungen, die Maschinenzäre und Maschinenfabriken, die Aktienunternehmungen, durch die der kleine Gewerbetreibende erdrückt und seines Eigentums beraubt wird und daß Steuererhöhte, Zimmungen, Befähigungsnachweise und dergleichen dagegen gar nichts helfen können. Niemals aber hat die Socialdemokratie die Vernichtung des Mittelstandes gepredigt oder etwas gethan, was die Vernichtung des Mittelstandes herbeiführen könnte. Wohl aber hat sie den vom Centrum betriebenen Brot- und Fleischwucher, der den kleinen Gewerbetreibenden ebenso bedrückt wie den Arbeiter, mit allen Mitteln bekämpft und sie ist stets eingetreten für alle Maßregeln zum Schutze der politischen Freiheiten, die auch dem kleinen Gewerbetreibenden dienen, sich gegen polizeiliche Bedrückungen zu wehren und ihre Rechte als Staatsbürger wahrzunehmen.

Vernichtet wird der Mittelstand nur von den politischen Freunden des Centrums; das Centrum aber macht den kleinen Gewerbetreibenden blauen Dunst vor mit Schuhmachern, an deren Wirk-

samkeit kein einziger der gewerbsmäßigen Mittelstandsbreiter glaubt und nur den Zweck haben, die kleinen Gewerbetreibenden an der Wahrnehmung ihrer wirklichen Interessen zu hindern. —

**Krankenkassen-Novelle.** Die namentliche Abstimmung, welche die socialdemokratische Fraktion im Reichstag zu § 42 der Krankenkassen-Novelle gestellt hat, zwingt, wie es scheint, die bürgerlichen Parteien, da sie ein beschlußfähiges Haus nicht mehr zu stande bringen, zum Verzicht einiger der bedenkenlichsten Bestimmungen der Krankenkassen-Novelle. Das Centrum will, so verlaute, die Jämmerung machen, daß in dem Postus, wonach ein Vorstandsmitglied, Rechnungs- oder Kassensührer durch die Aufsichtsbehörde seines Amtes enthoben werden kann, wenn Thatsachen bezüglich einer dieser Personen bekannt werden, welche sich als grobe Pflichtverletzung darstellen, hinter „Thatsachen“ der Zusatz gemacht werde: „in Bezug auf die Kassensührung“. Ferner soll es bereit sein, den auf Antrag des Centrums-Abgeordneten v. Savigny von der Kommission angenommenen Zusatz zu streichen, wonach die Kasse eine Dienstordnung für die Kassenbeamten zu beschließen hat, welche der Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterliegt. Statt dieser Bestimmung bringt das Centrum eine Resolution, in der die Erfüllung des in ihr liegenden Wunsches von dem zuständigen „Gesetzgeber“ erwartet wird. Auf diese Weise kann das Centrum annehmen, die Novelle durch das beschlußfähige Haus durchzubringen. —

Die am 7. Mitglieder verstärkte Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages trat heute vormittag zusammen, um über den Antrag Dr. Sattler (natl.) zu verhandeln: „Alle Anfragen der Rechnungs-Kommission zur weiteren Aufklärung der in den Uebersichten und Rechnungen der Reichshausgaben und -Einnahmen gegebenen Erklärungen sind an den Herrn Reichskanzler zu richten.“ Die Kommission beschloß jedoch, in eine Beratung des Antrages wegen seiner großen materiellen Bedeutung nicht einzutreten, sondern die Entscheidung dem neuen Reichstage zu überlassen. —

**Im Zeitalter der Orden.** Eine Korrespondenz berichtet: „Die Reichen des Reichs ins Ausland zum Besuch fremder Fürstlichkeiten sind bekanntlich mit mehr oder weniger zahlreichen Ordensverleihungen verknüpft, und in vielen Fällen liebt es der Monarch, hohen Persönlichkeiten die Auszeichnung selbst zu überreichen. Im allgemeinen ist schon vor der Ankunft des Kaisers bestimmt, wem das Bild einer Dekorierung erblickt. Um aber auch „für alle Fälle“ gerüstet zu sein, befinden sich im Gepäc des Kaisers stets einige mit Orden aller Art besetzte Kisten. Die Bewandlung dieser wertvollen Gepäcstücke wird vom kaiserlichen Hofmarschallamt besonders eprobieren Beamteten übertragen. Auch gelegentlich der bevorstehenden Reise des Kaisers nach Italien werden in dem kaiserlichen Gepäc jene Ordenbehälter nicht fehlen. Während die höheren Orden darin verhältnismäßig gering an Zahl vertreten sind, haben die für Unterbeamten, Arbeiter u. zu vergebenden Orden eine mehrhundertfache Auflage. Durch die Verfügung von Orden mit Brillanten, die nicht immer zur Vereichung gelangen brauchen, erhält dieser Ordensschatz einen sehr hohen Wert, der fast bis an eine halbe Million Mark reicht. Beiläufig bemerkt wird der Reichtum des Kaisers an in- und ausländischen Orden in Bezug auf Gold- und Silbergehalt, sowie Brillanten und sonstigen Edelsteinen auf über eine Million Mark geschätzt. Die Orden des Kaisers werden in besonderen Tresors aufbewahrt und durch einen Geheimen Hofrat verwaltet. —

**Die Wiederaufhebung des englischen Kornzolles.** Als im vorigen Jahre die englische Regierung zur Dedung der Kosten, die der Boerenkrieg erforderte, dem Parlament einen Kornzoll von 3 Pence (25 Pf.) pro Centner vorschlug und dieses den Antrag annahm, ging ein Jubel durch die deutsche agrarische Presse. Da könne man sehen, hieß es, daß auch das freibändlerische England wieder in agrarisch-zöllnerische Bahnen einzulenken willens sei; und Graf Kanitz verbandete mit Genehmigung in der Zolltarif-Kommission, England habe nunmehr auch den ersten Schritt zur Abwendung vom Freihandel gethan. Zwar betrug der englische Zoll nur 50 Pf. pro Doppelcentner Weizen, während der bestehende deutsche Vertragszoll 3,50 M. beträgt und der von den Agrariern als viel zu niedrig verschriebene Mindestzoll sich auf 5,50 M. stellt, also auf das Einfache des englischen Zolles. Aber, so argumentierten die edlen ostelbischen Junker, indem sie von ihrer eignen Unwegenigkeit auf die der englischen Grundbesitzer schloßen, mit dem Offen werde schon der Appetit kommen — dem 50 Pfennig-Zoll werde bald in England der 1 Mark- und 2 Mark-Zoll folgen.

In diese schöne Hoffnung hat das Vorgehen der englischen Regierung bittere Bitterkeit gestreut. Kaum ist der Krieg vorbei und die Staatsüberschläge lassen erkennen, daß auf einen Einnahmehelbeschuß im nächsten Jahre, zu rechnen ist, so tritt auch schon der Schatzkanzler, Mr. Ritchie, mit dem Antrag hervor, den Kornzoll wieder abzuschaffen.

Ein einästiges Land, dieses Großbritannien; in Preußen-Deutschland könnte so etwas nicht vorkommen! —

**Der Kampf um Korum.** Der Privatsekretär Dabbach, der stud. jur. Ehler erklärt in einer, allerdings anspruchsfähigen Erklärung, die Raadriat der „Ndn. Ztg.“, er sei Verfasser der Kulturkampf-Artikel gegen Korum für unwahr.

Die „Kraunk. Ztg.“ wird ja leicht in der Lage sein, die Richtigkeit dieser Erklärung zu bestätigen. —

**Herr Richter** erfreut sich nun jeglichen Tag des Beifalls der äußersten Reaktion. Selbst seine Vergangenheit findet jetzt Gnade vor ihr. Die „Post“ erzählt aus der Geschichte der liberalen Parteien, die sie auf antisemitische Gesichtspunkte hin beurteilt; nachdem sie von der Seceffion aus der nationalliberalen Partei und der Vereinigung der Seceffionisten mit der Partei Richters gesprochen, besingt sie den trostigen „deutschen Oppositionsmann Richter“ also: „Beiden Seiten blühte bekanntlich nur Enttäuschung, den Seceffionisten aber besonders auch deshalb, weil Eugen Richter, ein Führer von Charakter und Willensstärke, wohl jedes harte Wort gegen das Judentum vernied, aber doch keineswegs geneigt war, ihm die allein maßgebende Rolle in der neuen zusammengebrochenen freisinnigen Partei einzuräumen.“

Man glaubt Herrn Richter also auch bereits als Schwurzeugen des Antisemitismus anrufen zu dürfen! —

**Die mit so viel Freiheit abgelesene Wahltermins-Regel** wird nun auch durch eine Verhandlung in der Essener Stadtverordneten-Versammlung bekräftigt. Während der Berliner Magistrat der bedrängten Regierung seine diplomatischen Dienste leistet und der Dezerent gegenüber der Interpellation unsrer Genossen eine völlig orakelhafte Antwort gab — im amtlichen Stenogramm ist die „Erklärung“ des Dezerenten absolut unverständlich —, hat man in Essen ziemlich reinen Wein eingeschaut. Dem Essener „Vorbader“ entnehmen wir den folgenden Bericht:

Die Vorlage betrifft **Bewilligung der Kosten für die Reichstagswahl.** Der Referent, Beigeordneter Brandt, führt aus: Durch Erlass des Herrn Ministers des Inneren vom 22. März d. J. war angeordnet worden, die Aufstellung der Wählerlisten für die Reichstagswahl so zu beschleunigen, daß sie spätestens bis Ostern zur Auslegung fertig würden. Um die umfangreiche Arbeit in so kurzer Zeit fertig zu stellen, mußten Ueberstunden in solchem Umfange gemacht werden, daß eine Vergütung für die Beamten in möglichem Umfange als angemessen erscheint. Inzwischen ist durch kaiserliche Verordnung der 16. Juni als Wahltag bestimmt worden. Die Auslegung der Wählerlisten hat am 18. Mai d. J. zu beginnen. Infolgedessen sind zahlreiche Nachträge zu den Listen infolge Ab- und Zugewinns wahlberechtigter Personen notwendig. Für die Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der auf diese Weise hergestellten Listen kann bei dem starken Wechsel der Bevölkerung keine Gewähr übernommen werden. Mit Rücksicht hierauf erscheint es zweckmäßig, der Anregung verschiedener Herren Stadtverordneten entsprechend eine besondere Auf-

nahme aller wahlberechtigten Personen zu veranlassen und auf Grund dieser Aufnahme, deren Ergebnis mit dem Material des Einwohner-Meldeamtes verglichen werden soll, eine neue Wählerliste aufzustellen. Durch diese Zettelaufnahme, welche am 24. April stattfinden soll, entstehen gleichfalls besondere Kosten a) für Formulare, b) für Ueberstunden. Dies Ergebnis der Aufnahme muß in kürzester Frist zum Teil durch außerordentliche Hilfskräfte verarbeitet werden.

Beigeordneter Brandt bemerkt noch, daß durch die Verfügung des Ministers, die Wählerlisten bis Ostern (Hals über Kopf) fertig zu stellen, 3000 Ueberstunden zur Bewältigung dieser Arbeit gemacht werden müßten. Diese Ueberstunden müssen doch vergütet werden. Kurz nach Ostern kam die Nachricht, daß die Reichstagswahl erst im Juni stattfinden würde. Würde nicht vorher der kürzere Termin bestimmt gewesen, hätte die Aufstellung der Wählerlisten in aller Ruhe gemacht werden können.

In Essen sind also unter Aufwendung von 3000 Ueberstunden die inzwischen wieder unbrauchbar gewordenen Wählerlisten bereits vor Ostern fertig gestellt worden. Um sie fertig zu stellen, mußte doch der Wahltag angegeben werden. Vermutlich hat man auch in Essen „nach Gubdanken“ den 17. Mai als Endpunkt der Wahlberechtigung angenommen. Daß man darüber nicht sprach, beweist schon allein die Richtigkeit unserer Vermutung.

Bei der Gelegenheit sei bemerkt, daß in Berlin die früher angefertigten Wählerlisten nicht — wie der Deputierte erklärte — nur revidiert, sondern völlig neu ausgearbeitet werden. Die Order der „Revision“ bestand nur während der Tage der Interpellation und wurde nach überstandener Schreden zu Gunsten der Neubearbeitung zurückgezogen. Der Berliner Magistrat ist nicht ohne diplomatisches Talent, wenn er einen sensationellen Vorgang möglichst harmlos erscheinen lassen will. Die Essener „Reaktionäre“ zeigten übrigens für die Kosten der Affaire ein lebhafteres Interesse als der Berliner Kommunal-Freiwirt.

Der internationale statistische Kongress findet vom 21.—25. September in Berlin statt. — Der Verein für Socialpolitik hält seine Generalversammlung vom 11.—17. September ab, und zwar in Hamburg.

### Monarchismus aus diplomatischer Klugheit.

Zur Dresdener Empfangskomödie liegt wieder ein prächtiges Alibi vor. Neben den Beamten waren auch allerlei patriotische Vereine mobil gemacht worden und natürlich wurden die Gesangsvereine nicht fehlen. Wie sich die Sache im sächsischen Elbgau-Sängerbund abspielt, enthält folgendes Schriftstück, das der Presse mitgeteilt wird.

Sächsischer Elbgau-Sängerbund. 1903. Rundschreiben O. Gruppe Dresden. Dringlich!

Liebe Herren Sangesbrüder!

Obwohl in der Sitzung der Herren Vereinsvorstände am 15. April durch das Ergebnis der Abstimmung — 22 für, 25 gegen — eine offizielle Beteiligung der Gruppe Dresden unseres Bundes abgelehnt worden ist, glaubt der ergebnis unterzeichnete Bundesausführer nach erfolgter Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Bundesausführers, Herrn Dr. Nowak, und mit Rücksicht darauf, daß die beiden anderen Sängerbünde Dresdens tatsächlich an der Debatte sich ebenso beteiligen wie die Turnerschaft und die Militärvereine, unsrer sehr geehrten Sängerschaft dringend ans Herz legen zu müssen, einzig und allein im Interesse unsres Bundes (!) und aus diplomatischer Klugheit sich dennoch gefällig an der Debatte zu beteiligen und wenigstens die beiden Proben am 27. April und 1. Mai im Ausstellungs-palast zu besuchen. (Bundeshefte! Die andern Noten werden geliefert.)

Vertrauen Sie — wir bitten recht herzlich — der wohlmeinenden Einsicht des Ausschusses und lassen Sie denselben nicht im Stich! Zweihundert Sänger werden sich doch trennen zum Bunde finden! Eine Erläuterung der oben erwähnten Aussprüche zwischen Herrn Dr. Nowak und dem Bundesvorsitzenden wird später gegeben.

Dresden, 25. April 1903.

Mit herzlichem „Grüß Gott!“

Der Bundes-Ausführer, Gebauer.

Die Heiligkeit der Sachsen leuchtet weithin durch die Lande; nur aus diplomatischer Klugheit werden sie singen „Den König segne Gott.“ Was auf die Knochen — diplomatisch! —

### Huoland. Frankreich.

Trennung von Staat und Kirche. Der Deputierte Pressensé hat im Namen der parlamentarischen socialistischen Gruppe einen Gesetzesentwurf eingebracht, der eine vollständige Trennung von Staat und Kirche vorseht. Derselbe ist von 50 Deputierten — 27 Socialisten und 23 Radikalsocialisten — unterzeichnet; unter den letzteren befinden sich Jaurès und Millerand. In der Begründung des Entwurfs wird gesagt, daß, um den Einfluß der Kirche im Staatsleben endgültig zu brechen, es nur ein Mittel gebe, das einer vollständigen Trennung beider. Es verleihe die persönliche Freiheit eines Staatsbürgers, wenn er gezwungen würde, durch Steuer zur Unterhaltung irgend eines Kultus beizutragen. Mit dem ausländischen Chef einer Kirche, deren Mitglieder französische Staatsangehörige sind, über Kultusangelegenheiten verhandeln, ihm gegenüber persönliche oder andere Verbindlichkeiten eingehen, heiße einen Teil der Souveränität des Staates aufgeben.

Der ausführlich begründete Gesetzesentwurf umfaßt 48 Artikel. Durch das Gesetz soll die Freiheit der Meinung, des Wissens und der Religionsübung vor jedem Zwange geschützt werden. Niemand darf gezwungen werden, an Religions- und Kultusübungen teilzunehmen, einer Religionsgemeinschaft beizutreten, Religionsunterricht zu nehmen oder solchen zu erteilen. Es soll ferner niemand zur Unterhaltung religiöser Gesellschaften und Einrichtungen herangezogen werden können. Ein weiterer Artikel bestimmt: Niemand kann gezwungen werden, weder positiv noch negativ seiner religiösen Meinung Ausdruck zu geben. Die Scheidung von Staat und Kirche soll durch folgende Bestimmungen herbeigeführt werden: Die Republik untersteht, bezahlt, subventioniert in Zukunft keinen Kultus, privilegiert keinen derselben, mischt sich in keinerlei Gewissensfragen und stellt der Kirche und ihren Dienern zur Ausübung ihres Kultus bez. zur Wohnung mietsfreie Räume nicht mehr zur Verfügung. Ferner wird bestimmt, daß die Kirchen und sonstigen kirchlichen Gebäude den Kommunen gehören und verbleiben. Jedoch ist es den Religionsgesellschaften überlassen, den Nachweis zu führen, daß diese Gebäude lediglich aus den Mitteln der Kirche bez. durch freiwillige Gaben ohne Subvention des Staates oder der Kommunen entstanden sind und darum der betr. Religionsgesellschaft gehören. Weitere Bestimmungen regeln die Verhältnisse auf den Friedhöfen, das Begräbniswesen usw.

Marseille, 29. April. Die Kundgebungen vor dem Kapuzinerkloster setzen sich gestern abend fort. Etwa 10 000 Personen hatten vor dem Kloster Aufstellung genommen; es wurden abwechselnd Hufe gegen die Kongregationen und Hochrufe auf die Republik ausgebracht. 500 Gendarmen sind mit der Aufrechterhaltung der Ordnung beauftragt. Die Lage wird bedenklich, da die Arbeiter aufeinander einen Angriff auf das Kloster planen. Während der Nacht wurde das Kloster von Fremden der Wache verproviantiert; man schaffte Lebensmittel und Bettzeug in das Kloster, da zahlreiche Anhänger der Wache die Nacht dort zubrachten.

Saint Laurent du Port (Dep. Hérault), 29. April. Die Ausweisung der Mönche aus dem Kloster der Grande Chartreuse ist heute früh durchgeführt worden. Die Mönche befanden sich in der Kapelle und, um zu ihnen zu gelangen, mußten sechs Thüren

eingeschlagen werden. Ungefähr 1000 Personen waren aus allen Richtungen herbeigekommen und veranstalteten eine Kundgebung für die Mönche. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung war eine Anzahl Truppen herangezogen, irgend ein ernstlicher Zwischenfall ist nicht vorgekommen.

### Belgien.

Zur Maifeier. Die Stadtverwaltung von Brüssel (Vorstadt von Brüssel), in der die Liberalen und Socialisten die Mehrheit bilden, hat beschlossen, den städtischen Arbeitern am 1. Mai einen halben Tag Urlaub zu gewähren. Auch werden die Schulen am Nachmittag geschlossen sein.

### Schweden.

Keine Einigungsämter. Die Erste Kammer hat mit 76 gegen 59 Stimmen den von der Zweiten Kammer angenommenen Gesetzesentwurf der Regierung, die Anstellung von Vergleichsmännern für Arbeitsvertritten betreffend abgelehnt. Der Beschluß ist kennzeichnend für die Rücksichtslosigkeit, die das schwedische Herrenhaus sozialen Fragen gegenüber auszeichnet.

### Amerika.

Das Venezuela-Abkommen. Aus Washington meldet vom 28. April das Reutersche Bureau: Die verbündeten Mächte haben sich mit den Bedingungen des Protokolls einverstanden erklärt, durch welches die Frage der vorzugsweisen Behandlung der Verbündeten seitens Venezuelas dem Haager Schiedsgericht unterbreitet wird. Das Abkommen soll am 4. Mai unterzeichnet werden.

Aus dem Haag wird zu dieser Angelegenheit gemeldet: Die Königin hat zu Schiedsrichtern in der Kommission zur Prüfung der Ansprüche der Gläubiger Venezuelas auf Bunsch Amerikas und Venezuelas des früheren Gouverneur von Curaçao, Borge, und auf Bunsch Frankreichs und Belgiens den ehemaligen Präsidenten des obersten Gerichtshofes in Niederländisch-Indien, Fitz, ernannt.

### Aus Industrie und Handel.

Klage der Kommerz- und Diskontobank gegen die Reichsbank. In den vielen Prozessen, die der Leipziger Bankrott bisher zur Folge gehabt hat, gehört auch eine Klage der hiesigen Kommerz- und Diskontobank gegen die Konsumverwaltung der Leipziger Bank und die Reichsbank auf Herausgabe von 81 000 M. nebst Zinsen vom Juni 1901. Diese Summe hatte nämlich, wie das „Leipziger Tageblatt“ in einer Mitteilung der jüngst gefällten Reichsgerichts-Entscheidung berichtet, die Reichsbank auf einen sogenannten roten Chek der Klägerin am 25. Juni 1901 der Leipziger Bank auf ihr Girokonto gutgeschrieben. Die Klägerin machte nun geltend, daß die Reichsbank nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns gehandelt habe, indem die Reichsbank zur Zeit der Aufforderung schon selbst der Leipziger Bank ihr Konto gesperrt hatte. Das Landgericht Berlin hatte die Klagenansprüche für berechtigt angesehen und demgemäß erkannt, weil der Vorwurf für berechtigt angesehen wurde, daß die Reichsbank der Leipziger Bank das Konto gesperrt hatte, als die Uebertragung stattfand. Gegen dieses Urteil hatte die Reichsbank mit Erfolg Berufung beim Kammergericht in Berlin eingelegt. Das Urteil wurde aufgehoben und die Klage abgewiesen. Der Berufungsrichter ging von der Ansicht aus, daß die Reichsbank verpflichtet war, die angeordnete Umschreibung vorzunehmen. Die Klägerin hatte gegen dieses Urteil das Rechtsmittel der Revision beim Reichsgericht ergriffen und machte geltend, daß die Reichsbank an jenem Tage schon um 9 Uhr erklärt hatte, daß sie der Leipziger Bank keine Verfügung über das Giro mehr lasse. Unter diesen Umständen sei es mit Treu und Glauben nicht vereinbar, daß die Bank dann noch einen solchen Auftrag ausführe. Die Vertreter der Beklagten stützten sich darauf, daß mit Recht von Berufungsrichter angenommen sei, daß das Geschäft mit der Eintragung auf das Girokonto beendet war. Die Schnelligkeit des Giroverkehrs würde darunter leiden, wenn die Beklagte erst überlegen wolle, ob sie den Auftrag ausführen soll.

Auf eine beim Reichsgericht von der Kommerz- und Diskontobank eingelegte Revision hat jetzt dessen erster Zivilsenat das Urteil des Kammergerichts bestätigt, da kein Rechtsirrthum in diesem Urteil zu erkennen sei. Die Kosten wurden der Kommerz- und Diskontobank auferlegt.

Die Lage der Kleinsten-Industrie des Solinger Bezirkes, aus dem noch bis vor kurzem lebhaft Klagen über mangelnden Absatz ertönt, ist nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“ zur Zeit eine ziemlich günstige. Selbst die Waffen-Industrie, die in den letzten Jahren am meisten unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden hatte, hat nicht unbedeutende ausländische Aufträge in Seitengewehren — vornehmlich „Türken“ — zu erledigen, wenn auch von einer andauernd guten Beschäftigung noch nicht die Rede sein kann. Regelmäßiger sind die Bestellungen und Aufträge in den Exportzweigen der hiesigen Messerwaren-Industrie, die bekanntlich fast zwei Drittel ihrer Erzeugung ins Ausland schickt. Die Taschen- und Federmesser-, die Scheren- und die Rasiermesser-Branche, die hauptsächlich für den Export arbeiten, sind gut beschäftigt. Die Preise haben allerdings ihren früheren Stand noch nicht wieder erlangt. Doch auch der Inlandmarkt für die hiesige Industrie sich gebessert hat, geht daraus hervor, daß die Tafelmesser- und Gabelbranche, deren Hauptabsatzgebiet das Inland ist, bedeutend besser beschäftigt sind als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Kaiser Wilhelm-Nord-Deise-Kanal. Während des Vierteljahres vom 1. Januar bis 31. März 1903 haben 5727 Schiffe (gegen 3949 Schiffe in demselben Vierteljahre 1902) mit einem Nettovermögen von 808 028 Registertons (1902: 665 209 Registertons) den Kaiser Wilhelm-Kanal benutzt und, nach Abzug des auf die Kanalabgabe in Anrechnung zu bringenden Elbflotsgeldes, an Gebühren 404 182 M. (4002: 341 800 M.) entrichtet. Im Rechnungsjahre 1902 haben 32 010 Schiffe (gegen 30 181 Schiffe in 1901) mit einem Nettovermögen von 4 573 834 Registertons (1901: 4 285 301 Registertons) den Kanal benutzt und, nach Abzug des Elbflotsgeldes, an Gebühren 2 217 492 M. (1901: 2 118 526 M.) entrichtet.

Der Berliner Spar- und Bauverein (E. G. m. b. H.) hielt am Sonntag, den 26. April, seine 11. ordentliche Generalversammlung ab, die von fast 500 Genossen besucht war. Der Geschäftsbericht giebt einen Ueberblick über die Verhandlungen, die der Verein in dem bekannnten Konflikt mit der Gemeinde Tempelhof betrefis Bewahrung seines dortigen Grundstücks gepflogen hat. Es geht daraus hervor, daß nunmehr eine günstige Entscheidung in dieser Angelegenheit in naher Aussicht steht. Mit nicht geringerer Befriedigung wurde von der Versammlung die Mitteilung des Vorstandes aufgenommen, daß der Verein aus der König-Friedrich-Stiftung der Stadt Berlin ein Darlehen in Höhe von einer halben Million Mark erwarben könne. Dem Verein gehören über 2500 Genossen an, darunter 1800 Arbeiter. In den sechs Häusern der Genossenschaft wohnen 1389 Personen. Die sechs Grundstücke haben einen Nutzwert von 2 096 455 M.; an Mieten gingen daraus ein rund 115 700 M.; nach Abzug der Verwaltungskosten blieb ein Reinertrag von fast 90 000 M. Das Geschäftsguthaben-Conto belief sich auf rund 172 000 M., das Sparvermögen-Conto auf über 388 000 M. Diese letzte Ziffer bedeutet gegenüber der vorjährigen eine Zunahme von über 114 000 M. Die Generalversammlung beschloß wie bisher eine 3-prozentige Dividende zu verteilen. Die Gesamtsumme sämtlicher Mitglieder betrug am Ende des Jahres 1902 784 500 M., was eine Steigerung von 12 600 M. gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Ein Antrag auf Aenderung wichtiger Punkte des Statuts wurde seitens der Genossen abgelehnt, so daß das bisherige Statut in Kraft bleibt.

Kriegsgesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens in Dresden. Nach dem Rechenschaftsbericht betrug der Gesamtumsatz im vergangenem Geschäftsjahre nach Abzug der Prämien und Zölle 11 378 000 M. (im vorausgegangenem Jahr 11 802 000 M.), der Bruttogewinn mit Gewinnvortrag und Agio auf fremde Valuten

4 412 077 M. (3 778 728 M.). Davon gehen ab für Geschäftsausgaben 1 113 672 M., Zinsen 254 722 M., Verluste 50 570 M., Abschreibungen 909 742 M., so daß ein Reingewinn von 1 852 014 M. verbleibt, der folgende Verwendung findet: Lantien an den Aufsichtsrat 80 427 M., 18 Proz. Dividende auf 9 Millionen Mark alte Aktien und 4 Proz. auf eine Million neue Aktien 1 600 000 M., Gratifikation an die Beamten 15 000 M., Dotierung der Beamten- und der Arbeiter-Pensionskasse 30 000 M., zu Gunsten der Arbeiter 30 000 M. Ferner als Vortrag auf neue Rechnung bleiben 37 486 M.

Die Zuweisung von 30 000 M. an die Beamten- und Arbeiter-Pensionskasse und von weiteren 30 000 M. für Arbeiterzwecke nimmt sich recht schön aus, wenn diese Aufwendungen auch der Gesellschaft bei ihren hohen Gewinnen und Dividenden keine sonderlichen Einbußen auferlegen. Wer jedoch daraus schließen wollte, daß zwischen der Direktion und der Arbeiterchaft ein gutes Verhältnis existiert, würde fehl gehen. Die Firma hat fortwährend Streitigkeiten mit ihren Arbeitern, und es findet ein beständiger Arbeiterwechsel statt.

### Verfammlungen.

In der Wähler-Versammlung für den dritten Wahlkreis, die am Dienstag bei Vuggenhagen am Korißplatz tagte, stellte sich der Reichstags-Abgeordnete Wolfgang Heine wiederum als Kandidat des Wahlkreises vor und betonte dabei, daß er als Abgeordneter nach seiner eignen freien Ueberzeugung gehandelt habe und auch in Zukunft handeln werde, daß aber jeder, der ihm seine Stimme gäbe, sich auch klar sein solle, daß er sie einem Socialdemokraten gäbe, einem Rame, der in der Socialdemokratie diejenige Partei erblickt, die am besten die Sache des Volkes vertritt. In einem mehr als zweistündigen gehaltenen Vortrage äußerte sich der Redner über die hauptsächlichsten Fragen der äußeren und inneren Politik, wandte sich scharf gegen das Junkertum, kritisierte die gegnerischen Parteien und wies zum Schluß auf die idealen Ziele der Socialdemokratie hin, die unser Volk stark, frei und glücklich machen will. — Gegner meldeten sich trotz der Auf-forderung des Vorsitzenden nicht zum Wort. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung nahm eine Resolution an, worin sich die Anwesenden verpflichten, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß am 16. Juni unser Kandidat Wolfgang Heine wiedergewählt wird.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielt am Sonntag eine kombinierte Mitgliedserversammlung aller zum Lohngebiet Berlin gehörigen Zahlstellen ab, in der D. Wötter über die Verhandlungen und Beschlüsse des zweiten Arbeiterkongresses berichtete. Die Versammlung erklärte sich mit dem Verhalten ihrer Delegierten einverstanden. Ueber den Stand der Verhandlungen mit den Unternehmern berichtete Heine mann. Danach sind in der letzten Sitzung mit den Vertretern der Unternehmer-Organisation verschiedene Differenzpunkte ausgeglichen worden, so daß es sich eigentlich nur noch um einen, allerdings sehr wesentlichen Punkt, und zwar betrifft derselbe die Transportweite für die Accordträger, handelt. Die freie Vereinigung der Bauarbeiter hat inzwischen den Vorschlägen der Unternehmer zugestimmt und sich bereit erklärt, den Tarifvertrag auf dieser Grundlage abzuschließen. In der hierauf folgenden Diskussion wurde das Verhalten der „freien Vereinigung“, die von Anfang an höhere Forderungen als der Verband stellte, lebhaft kritisiert und außerdem verschiedene Bestimmungen des Tarifs bemängelt. Im übrigen sprachen sich alle Redner für Tarifvereinbarungen aus und die meisten befristeten, um endlich einigermassen geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen und in Rücksicht darauf, daß der Vertrag zunächst nur auf die Dauer von 11 Monaten abgeschlossen werden soll, den gemachten Vorschlägen zuzustimmen. Der Lohnkommission wurde schließlich ohne gebundenen Mandat Vollmacht gegeben, am Dienstag die weiteren Vereinbarungen zu erledigen.

Hierauf wurden Rob. Heinemann, Jr. Duade, D. Schmidt, E. Heinemann und E. Roak in den Verbands-ausschuss gewählt.

Sodann wurde nach einem Referat von R. Heldemann über die Bedeutung des 1. Mai, einstimmig eine ausführlich motivierte Resolution beschloffen, nach welcher der 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe gefeiert werden soll. Außerdem wurde beschlossen, auf die Unterstützung für den 2. Mai, an dem die Unternehmer sämtliche Arbeiter auspietern wollen, zu verzichten und erst vom 4. Mai ab, falls Maßregelungen vorgenommen werden, die übliche Unterstützung zu bezahlen. Die Wählerversammlung wird in der Brauerei Friedrichshain stattfinden und werden an die Feiernenden Marken verausgabt. — Nach kurzer Diskussion wurde der Lohnkommission aufgegeben, noch eine weitere Summe an die Parteikasse zur Reichstagswahl abzuführen. — Sodann wurde über die Lohnbewegung der Radbispammer und die der Stukkateure berichtet und aufgefodert, die Berufsgenossen insbesondere auch dadurch zu unterstützen, daß die Arbeitenden nach der Arbeitsberechtigungs-Karte befragt werden.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Abgeordnetenhaus in Ungarn.

Budapest, 29. April. (B. Z. B.) Im Verlaufe der Debatte über die Indemnitäts-Vorlage weist der Ackerbauminister Daranyi auf die schweren Folgen hin, die sich aus der Obstruktion ergeben würden. Er zählt die wichtigsten Fragen seines Ressorts auf, deren Erledigung durch die Obstruktion vereitelt wird. Die Opposition unterbricht den Minister wiederholt mit dem Ruf: Wir dotieren alles, falls Sie die Rekrutenerhöhungsvorlage zurückziehen. Daranyi verweist darauf, daß auswärtige Staaten schon Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen begonnen hätten, nur mit Oesterreich-Ungarn werde nicht verhandelt, weil die Obstruktion die Erledigung des Zolltarifs verhindere. Der Minister bemerkt schließlich, daß die hiesige Aufregung, die mit allen möglichen Mitteln gemährt werde, dem Organismus der Nation unheilbaren Schaden zufüge.

Ausland der sächsischen Arbeiter in Triest.

Triest, 29. April. (B. Z. B.) Die Arbeiter der hiesigen sächsischen Wasserleitung sind heute in den Ausstand getreten, weil ihnen die Sonntags- und Feiertage von der Direktion nicht als Arbeitstage angerechnet werden. Der Bevölkerung wurde mitgeteilt, daß vorläufig keine Wassermangel-Gefahr vorliege, da die Reservoire gefüllt seien.

Die Auslieferung Karbenkötters.

London, 30. April. (B. Z. B.) Der Richter des Bow-Street-Polizeigerichts hat heute die Auslieferung des aus Berlin geflüchteten Kurpfuschers Karbenkötter verfügt.

London, 29. April. (B. Z. B.) Der hiesige Oberkommissar für Kanada erklärt, um Zweifel über das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen des kanadischen Zolltarifs betreffend deutsche Waren zu beseitigen: In Kanada dürfen bis 30. Juni ohne Zuschlagsteuer Waren eingeführt werden, welche in Deutschland von kanadischen Importeuren hauptsächlich bis einschließlich 16. April gekauft wurden, so daß die Bestellung an diesem Tage in den Händen der deutschen Exporteure war.

London, 29. April. (B. Z. B.) Eine Depesche des Reuterschen Bureaus aus Hokkaido meldet, Rußland habe amlich die Zurückziehung seiner Truppen aus der Provinz Schantung angekündigt. Das japanische Ministerium des Innern veröffentlicht auch ein Telegramm, welches besage, das Rußland die Provinz vollständig geräumt hat, ohne indes Einzelheiten anzugeben.

London, 29. April. (B. Z. B.) Das Unterhaus nahm die zweite Lesung der Vorlage betreffend das Unterrichts-wesen in London mit 300 gegen 163 Stimmen an.

Reichstag.

290. Sitzung. Mittwoch, den 29. April 1903, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky, Frhr. von Zhielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Limburg-Stirum (L.) und v. Normann (N.): „Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben, wann die bestehenden Handelsverträge seitens des Deutschen Reiches gekündigt werden sollen?“

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. Trimborn (T.): Ich möchte auf meine gestrige Anrede zurückkommen und beantrage, zunächst die Krankenlasten-Novelle weiter zu beraten und erst dann zur Interpellation überzugehen. Ich habe mich inzwischen überzeugt, daß seitens der Vertretung des Reichskanzlers dem kein Hindernis entgegensteht.

Präsident Graf Ballestrem: Ich könnte mich diesem Antrage nur für den Fall anschließen, daß auch die Interpellanten nichts dagegen haben.

Abg. v. Normann (N.): Da wir wissen, daß der Wunsch des Abg. Trimborn sich mit dem der großen Mehrheit des Hauses deckt, so sind wir bereit, seinem Antrage nicht zu widersprechen, aber unter der Voraussetzung, daß die Interpellation zwischen der zweiten und dritten Beratung der Krankenlasten-Novelle an die Reihe kommt.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Dann könnte es ja wieder so kommen wie heute. (Unruhe rechts.) Je früher wir mit der Interpellation fertig werden, um so mehr Zeit wird sein für die ausgiebige Verhandlung über die Krankenlasten-Novelle. Wenn aber die Interpellanten selbst keinen Wert darauf legen, daß die Interpellation heute dran kommen soll, will ich natürlich nicht widersprechen.

Präsident Graf Ballestrem: Ich halte es für selbstverständlich, daß die Interpellation zwischen der zweiten und dritten Beratung der Krankenlasten-Gesetzes kommt. Wenigstens ich werde es so vorschlagen. — Ein Widerspruch gegen den Vorschlag des Abg. Trimborn erhebt sich nicht.

Das Haus tritt demnach zunächst in die Fortsetzung der zweiten Beratung der Novelle zum Krankenlasten-Gesetz ein. Die Beratung über § 42 (Bestimmung der Aufsichtsbekanntmachungen wegen der Entscheidung von Krankenlastenmitgliedern) und die dazu vorliegenden Anträge wird weitergeführt.

Abg. Lenzmann (fr. Bg.):

Herr v. Savigny behauptete gestern, Herr Stadthagen habe sich großer Uebertreibungen schuldig gemacht. Das braucht Herr v. Savigny von mir nicht zu befürchten, aber auch ich muß mich gegen die Beschuldigungen, die die Kommission in diesen Paragraphen in das Gesetz gebracht hat, entschieden stränken. Wir müssen alle Gesetze verwalten, bei denen ein politischer Mißbrauch auch nur möglich ist. Es liegt auf der Hand, daß in diesen Paragraphen ein flagranten Eingriff in die Selbstverwaltung der Krankenkassen enthalten ist. (Sehr richtig! links.) Geheimrat Hoffmann hat durch eine Reihe von Fällen zu beweisen gesucht, daß man der Generalversammlung nicht die Regelung der Verwaltungsangelegenheiten überlassen darf. Es ist aber schon darauf hingewiesen, daß diese Fälle eine verurteilte Verantwortlichkeit mit den seiner Zeit in der Denkschrift zur Haushaltsvorlage angeführten Fällen haben. Es handelt sich um gewiß bedauerliche Mißgriffe, die aber nicht im geringsten einen derartigen Eingriff in die Selbstverwaltung begründen können. Ich mache kein Hehl daraus, daß mir die Regierungsvorlage immerhin noch besser gefallen hat als die auf Antrag des Abg. Dr. Spahn in der Kommission formulierten Fassung. Die Bestimmung, daß seines Amtes entsetzt wird, wer der bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärt worden ist, ist noch am wenigsten bedenklich, weil damit immer eine mindestens 6monatliche Gefängnisstrafe verbunden ist. Um so bedenklicher sind die übrigen Bestimmungen des Kommissionsantrages. Es ist vorgekommen, daß Gerichte auf Gefängnis statt auf Festung erlauft haben, nur um den Verurteilten die Ausübung derartiger Vertrauensämter unmöglich zu machen. Bei dem Antrage v. Savigny auf Schaffung einer Dienstordnung für die Kassenbeamten hat sich der Antragsteller gestützt auf eine Petition des Verbandes der Kassenbeamten. Jetzt hat das Organ dieses Verbandes, die „Volkswirtschaftliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“, ausdrücklich erklärt, daß die Interpretation, die Herr v. Savigny dieser Petition gegeben hat, vollständig falsch ist. Herr v. Savigny darf sich also auf diese Petition nicht mehr berufen. Der Kommissionsbeschluß darf unter keinen Umständen mit der Maßgabe Annahme finden, daß der Betreffende seines Amtes enthoben werden muß. Ich beantrage daher in Absatz 4 und 5 statt „so ist zu erheben“ zu sagen: „so kann der Betreffende u. s. w. seines Amtes enthoben werden.“

Abg. Volkensbueh (Soz.):

Man hat diesen Paragraphen so gestaltet, weil man ihn politisch gegen die Sozialdemokratie ausrichten will, das ist zweifellos. Thatsache ist ja, daß eine große Anzahl von Sozialdemokraten in der Verwaltung von Krankenkassen sitzen, aber ebensowenig läßt sich leugnen, daß die bisherige Verwaltung durchaus im Interesse der Kassen gearbeitet hat. Sie ist von allen Verwaltungen der Versicherungs-Gesetzgebung die billigste, ohne daß nennenswerte Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Bei den ganzen 20 000 Kassen konnte Herr Geheimrat Hoffmann trotz eifrigster Nachforschung nur ganze 14 Fälle von Unregelmäßigkeiten aufweisen, und darunter waren Fälle, die man nicht einmal als Unregelmäßigkeiten bezeichnen kann. So ist die Gewährung einer etwas verlängerten Ausgehzeit durch den Vorstand gar nicht besonders Seltenes, als Unregelmäßigkeit wurde diese Erlaubnis erst hingestellt, als es sich dabei um streitende Tabakarbeiter handelte. In 20 Jahren hat man hier etwa 40-50 Fälle von Unterschlagungen feststellen können. Allein im Jahre 1900 aber sind 910 Unterschlagungen von Beamten konstatiert worden. (Hört! hört! links.) Es ist auch nicht in geringsten bewiesen worden, daß die wenigen Unterschlagungen von Personen verübt worden sind, die auf Grund des § 42 von dem Amt eines Kassenbeamten vorher entfernt werden können. Auch bei den Berufsangehörigen, deren Zahl etwas über 60 beträgt, sind zahlreiche Unterschlagungen vorgekommen. Mit der Bestimmung von der „groben Pflichtverletzung“ kann man die politisch mißliebigen Kassenratsmitglieder jederzeit aus ihrem Amte entfernen.

Die Centrumsmitglieder haben in der Kommission die Bestimmungen der Regierungsvorlage noch verschärft. Heute stellt das Centrum Anträge, wie wir sie vor 10 Jahren von Herrn v. Stamm gewohnt waren! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Forderung des in der Kommission angenommenen Antrages v. Savigny, daß die Kassen eine Dienstordnung über die Rechts- und Anstellungsverhältnisse der Kassenbeamten zu beschließen und der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen haben, kann leicht dazu führen, daß die Aufsichtsbehörde nur solche Dienstordnungen genehmigt, nach denen nur civilbedienstetene Personen in den Vorständen der Krankenkassen angestellt werden dürfen. Wir hatten es für unmöglich gehalten, die Verschlechterungen der Regierungsvorlage noch weiter zu verschärfen. Das Centrum aber hat dieses Ansehen wirklich fertig gebracht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe im Centrum.)

Die (zum Centrum) haben bisher alle von uns vorgeschlagenen Verbesserungen abgelehnt, trotzdem diese bei den erhöhten Beiträgen sehr wohl hätten ausgeführt werden können. Sie haben zugestimmt, daß z. B. die Beiträge für die Gemeindeversicherung um sechs Millionen erhöht werden, während nach Ihren Beschlüssen die

Leistungen um höchstens 1 1/2 bis höchstens 2 Millionen erhöht werden können. Sie haben jede, auch die kleinste Ausdehnung der Selbstverwaltung abgelehnt, dagegen sind Sie stets bereit gewesen, Verschlechterungen der allerhöchsten Art, die die Krankenversicherung schädigen müssen, in das Gesetz aufzunehmen. Wenn also Ziel dieser Politik der seiner Zeit von Herrn Hoffmann in seinen Artikeln angekündete Zweck erreicht wird, daß in den Krankenkassen ein Beamter als Vorsitzender und ein Beamter als Kassensführer sitzen soll, so werden die Verwaltungskosten weit höher werden als jetzt; sie werden zu der Höhe der Verwaltungskosten bei der Unfallversicherung steigen. Sie (zum Centrum) haben durch Ihre früheren Beschlüsse bereits dafür gesorgt, daß die Versicherten die Gelder für diese Militärwärter, die dann im Vorstand sitzen, aufbringen müssen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Centrum.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Zweck dieser Bestimmung ist lediglich der, eine geordnete Kassensführung zu sichern. Die Krankenkassen sind öffentliche Einrichtungen, und selbst die Herren von der Sozialdemokratie werden zugeben, daß die Möglichkeit und Notwendigkeit vorhanden sein kann, Vorstandsmitglieder wegen grober Pflichtverletzung von ihrem Posten zu entfernen. Der Unterschied in der Auffassung ist nur der: Was wird man unter grober Pflichtverletzung verstehen? Es sind doch zahlreiche Fälle vorgekommen und werden noch vorkommen, wo wegen grober Pflichtverletzung sofort ein Mitglied entfernt werden muß. Ich glaube aber, daß da ein zweifaches Beschwerdeverfahren gegen solche Maßnahmen möglich ist, von denen eine Instanz kollegialisch zu entscheiden hat, wo öffentlich entschieden wird, wo das für und Wider vollkommen erörtert wird, wo der Beteiligte seine Gründe anführen kann, wo Zeugen vernommen werden können, damit die beste Gewähr dafür geboten ist, daß diese Bestimmung nicht zu den beabsichtigten Zwecken verwendet wird, die das Gesetz — das wiederhole ich — nicht beabsichtigt. Ich kann im Interesse der Sache nur dringend raten, diese Bestimmung nicht zu streichen. Mit dem Antrage Lenzmann könnte sich die Regierung einverstanden erklären.

Abg. Trimborn (T.):

Wir können in keiner Weise anerkennen, daß es sich hier um irgend ein Ausnahmefälle, insbesondere gegen die Sozialdemokratie handelt. (Widerspruch des Abg. Köstke-Deffau.) Jawohl, Herr Köstke, nach ruhiger objektiver Erwägung sind wir dieser Ansicht. Einem solchen Ausnahmefälle gegen irgend eine Partei würden wir auch niemals unsere Zustimmung geben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich hier darum, gemeines Recht für alle zu schaffen. (Abg. Stadthagen: Sehr gemeines Recht! Heiterkeit.) Wir sind prinzipiell der Ansicht, daß wer öffentliche Gelder verwaltet, es sich gefallen lassen muß, bei grober Pflichtverletzung eventuell je nach Grade des Falles auch durch die Behörde von seinem Posten entfernt zu werden. Dazu kommt, daß es sich hier lediglich um Arbeitergrößen handelt. Wir dürfen aber gerade im Interesse der Arbeiter hier am allerwenigsten von diesem Prinzip abgehen. (Zuruf des Abg. Herzfeld: Die Arbeiter wollen es gar nicht! — Ruf im Centrum: Nicht die Arbeiter, sondern die Sozialdemokraten!) Im Hinblick darauf, daß allerdings der Begriff der „groben Pflichtverletzung“ etwas Dehnbares ist, begründen wir den Antrag Lenzmann, wonach die Amtsenthebung nicht obligatorisch, sondern fakultativ ist.

Herr Lenzmann hat gemeint, der Begriff der Vermögensbeschränkung könnte dahin interpretiert werden, daß es auch als solche gilt, wenn nur ein einzelnes Vermögensobjekt z. B. gepfändet worden ist. Ich muß ausdrücklich feststellen, daß es in der Kommission niemand eingekommen ist, die betreffende Bestimmung in diesem Sinne zu interpretieren. Hier soll nur die Rede sein von Beschränkungen des gesamten Vermögens, wobei nur die beiden Fälle des Konkurses oder der Vormundschaft in Betracht kommen.

Herr Volkensbueh hat von einer prinzipiellen Wandlung in den Anschauungen des Centrums gesprochen. Man könnte viel eher von einer Wandlung in den Anschauungen der Sozialdemokraten sprechen. Als es sich um die Beamten der Berufsvereinigungen handelte, haben Sie (zu den Sozialdemokraten) darauf gedrungen, daß solche Vorschriften für die Anstellung dieser Beamten erlassen würden, die das Reichs-Versicherungsamt zu befüllen habe. Was Sie bei diesen Selbstverwaltungsorganen (Abg. Stadthagen: Das sind Sie nicht!) wollten, müssen Sie auch hier wollen! Ob es sich um Selbstverwaltungsorgane der Unternehmer oder der Arbeiter handelt, muß gleich sein. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig! (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Rittshofen (L.): Der Antrag Lenzmann ist geeignet, einen Teil der Bedenken, die ich gestern gegen den Paragraphen äußerte, zu beseitigen, ich werde deshalb für den Antrag stimmen.

Abg. Beth-Koburg: Ich kann einen wirklichen Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen in dem § 42 nicht erblicken, es handelt sich um wesentlichen um Kontrollbestimmungen, die berechtigt sind, da Malversationen vorgekommen sind. — Im übrigen nimmt Redner den Würdiger Magistrat gegen die Angriffe des Abg. Stadthagen in Schutz.

Abg. Köstke-Deffau (fr. Bg.):

Will mit Rücksicht auf die vorgedachte Zeit (Große Heiterkeit), ich meine, die vorgedachte Zeit der Session, sich nur auf die kurze Bemerkung beschränken, daß seine Bedenken gegen den § 42 nicht widerlegt worden seien. Der Antrag Lenzmann bringt eine gewisse Milderung, aber diese Milderung reicht nicht aus. Der § 42 stellt einen starken Eingriff in die Selbstverwaltung dar. Besonders bedenklich ist die auf Verreiben des Abg. v. Savigny angenommene Bestimmung über die Dienst- und Anstellungsverhältnisse der Kassenbeamten. Wenn nicht Redners Absichten mit diesem Antrag verstoßen werden, so wird diese Bestimmung doch jedenfalls überflüssige Scherereien für die Aufsichtsbehörden mit sich bringen. Ich stelle fest, daß aus dem Hause, von Herrn v. Savigny abgesehen, niemand für diese Bestimmung eingetreten ist. Auch die Regierung hat geschwiegen, vermutlich aus Hochachtung vor dem Centrum, das, wie Graf Ballestrem jüngst gesagt hat, die Kräfte ist, um die sich alles dreht. (Heiterkeit.) Wir haben diese Hochachtung vor dem Centrum nicht und hoffen, daß es uns wenigstens in der dritten Beratung gelingen wird, diese Bestimmung zu beseitigen. (Bravo! links.)

Abg. v. Savigny (L.) verzichtet aufs Wort.

Abg. Schwärze-Lippstadt (L.) wird als Redner aufgerufen, ist aber nicht antwortend.

Damit schließt die Diskussion.

Die Gesamtsitzung über den § 42 soll auf Antrag der Sozialdemokraten u. a. m. e. t. l. i. c. sein.

Zunächst werden die Anträge der Sozialdemokraten und des Abg. Köstke auf Beseitigung der „groben Pflichtverletzung“ als Grund zur Amtsenthebung gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. (Abg. Beth-Koburg (fr. Bg.) stimmt mit der Mehrheit.) Auch die weiteren Anträge der Sozialdemokraten zu diesen Paragraphen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Einstimmig angenommen wird der Antrag Lenzmann, der die Amtsenthebung fakultativ macht. Gleichfalls angenommen wird ein Antrag Savigny, wonach die Dienstordnung der Genehmigung nicht der Aufsichtsbehörde, sondern der höheren Verwaltungsbehörde unterliegt.

In der nunmehr folgenden namentlichen Abstimmung stimmen für den § 42 95 Abgeordnete, dagegen 51, einer enthält sich der Stimme.

Das Haus ist somit beschlußfähig.

Präsident Graf Ballestrem beraumt die nächste Sitzung an auf nachmittags 2 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Interpellation des Abg. Graf Limburg-Stirum über die Kündigung der Handelsverträge. 2. Rest der Krankenlasten-Novelle.

Schluß 1 1/2 Uhr.

300. Sitzung. Mittwoch, den 29. April 1903, 2 Uhr 20 Minuten nachmittags.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky. Präsident Graf Ballestrem: Ich eröffne die dreihundertste Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die folgende Interpellation des Abg. Graf Limburg-Stirum (L.) und Gen.:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben, wann die bestehenden Handelsverträge seitens des Deutschen Reiches gekündigt werden sollen?“

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt auf die Frage des Präsidenten, ob und wann der Reichskanzler bereit sei, die Interpellation zu beantworten: Ganz abgesehen von den staatsrechtlichen Bedenken, die in dieser Tagung des hohen Hauses wiederholt eingehend erörtert worden sind, kann der Reichskanzler zur Zeit aus dringenden sachlichen Gründen, die besonders die landwirtschaftlichen Interessen nahe berühren, keine Auskunft darüber geben, wann die bestehenden Handelsverträge durch neue ersetzt oder gekündigt werden. Der Reichskanzler muß deshalb die Beantwortung der Interpellation ablehnen.

Nach dieser Erklärung verläßt Graf Posadowsky mit seinen Kommissaren den Saal.

Auf Antrag des Abg. v. Normann (N.), für den die Rechte und das Centrum stimmt, erfolgt Besprechung der Interpellation.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.):

Man hat unsere landwirtschaftlichen Interessen bisher schwer durch geschädigt, daß man Politik und Handelspolitik nicht voneinander zu trennen verstand. (Sehr richtig! rechts.) Nach den Besprechungen der Regierung mußten wir erwarten, daß die bestehenden Handelsverträge rechtzeitig gekündigt werden würden. (Sehr richtig! rechts.) Es muß einen außerordentlich tiefen Eindruck vor dem Lande machen, wenn der Reichskanzler es ablehnt, über den Zeitpunkt der Kündigung der Verträge Auskunft zu geben. Wir brauchen es uns nicht gefallen zu lassen, daß uns andre Staaten schlecht behandeln. Das gilt besonders von Amerika, dessen Bröckelungen wir mit Komplimenten erwidern. (Sehr richtig! rechts.) Man spricht immer von der Notwendigkeit, die freundschaftlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten, aber freundschaftliche Beziehungen können da nicht in Betracht kommen, wo es sich um die wichtigsten wirtschaftlichen Interessen des Landes handelt. Seit dem Inkrafttreten der Caprivischen Handelsverträge ist ein wirtschaftliches Elend über das Deutsche Reich gekommen, darüber sind sich alle Parteien des Hauses einig. (Widerspruch links. Abg. Köstke-Deffau: Kommt alle Parteien? Heiterkeit.) Wir dürfen nicht darauf warten, bis die andern Länder die Handelsverträge kündigen. Am besten dienen wir dem Frieden, wenn wir uns zum Siege rufen. (Während dieser Rede wird dem Präsidenten Grafen Ballestrem ein Blumenstrauß zur Feier der 300. Sitzung nachträglich überreicht.) Ich kann es nicht für richtig anerkennen und nicht verstehen, daß die Regierung die Beantwortung dieser Interpellation abgelehnt hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Land wird daraus schließen, daß die Regierung dem Auslande gegenüber nicht die nötige Energie anwendet. (Lebhafte Beifall rechts. Große Unruhe links.)

Abg. Dr. Barth (fr. Bg. — mit lauten Ausrufen rechts empfangen): Wir können den Interpellanten nur sehr dankbar sein, daß sie noch die Gelegenheit in diesem Reichstage benutzt haben, um sich vor dem Lande recht gründlich zu kompromittieren. (Sehr gut! links.) Es ist ihnen das auch in einer ganz überraschenden Weise gelungen. Sie haben offenbar der Regierung mit der Interpellation keine Gefälligkeit erweisen wollen; dieselbe Partei, die sich vor den Wählern immer als die eigentliche Stütze der Regierung und des Reiches bezeichnet, bringt hier eine Situation zuwege, die es der Regierung unmöglich macht, überhaupt noch eine Antwort zu erteilen. (Sehr richtig! links.)

Daraus geht wohl zur Genüge hervor, daß die Agrarier und Ueberagrarien keineswegs besondere Stützen der auswärtigen Politik der Regierung sind, sondern im Gegenteil bei den Handelsvertragsverhandlungen die denkbar größten Schwierigkeiten machen wollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Da es sich hier um so ausgezeichnete Patrioten handelt — alle die Herren aus der Rechten sind ja berufsmäßige Patrioten (Heiterkeit und Beifall links; Unruhe rechts) — so muß hier einmal drastisch konstatiert werden, was das für Freunde der Regierung sind. Der Reichskanzler kann sich für diese Freunde bedanken. Graf Limburg meinte, das ganze Land erwarte die Kündigung der Handelsverträge. Was versteht der Herr Graf unter dem „ganzen Land“? (Zuruf links: Sich selbst! Heiterkeit.) Wenn er nur dasjenige Land meint, wo die Agrarier noch den maßgebenden Einfluß haben, so mag er recht haben. Aber das Deutsche Reich besteht doch nicht nur aus Jählern. Das deutsche Volk würde eine Reichsregierung, die eine so frivole Mißachtung der wesentlichen Interessen des Reiches zu erkennen gäbe, wie sie die Kündigung der Handelsverträge bedeuten würde, gar nicht begreifen. Die Kündigung der Handelsverträge ohne Aussicht auf neue müßte zu den schlimmsten handelspolitischen Misereen führen, wir würden Zollkriege mit Rußland, Desterreich und Italien bekommen, die die ganze deutsche Volkswirtschaft ins Ungeheure stellen müßten. Welcher geradegu überhörte Leichtsinns würde zu einer solchen Zollpolitik gehören! (Sehr richtig! links.) Diese Zustimmung, Zollkriege vom Jamme zu brechen, ist geradezu beleidigend für die Regierung! (Sehr richtig! links.) Schon der gegenwärtige Zollkrieg mit Kanada, der von der kanadischen Regierung ganz im Sinne des Grafen Limburg provoziert worden ist, schädigt uns empfindlich. Solche Verhältnisse wollen die Interpellanten zur allgemeinen Regel machen! Mit dieser Interpellation haben die Agrarier ihr Herz enthüllt, und deshalb war es sehr erwünscht, daß die Interpellation auch zur Besprechung gelangte. Wenn ein Zollkrieg ausbrechen sollte, den Sie (nach rechts) herbeiführen (Widerspruch rechts) — Graf Limburg hat ja ausdrücklich hervorgehoben, daß es eine politische Feigheit sei, wenn das Deutsche Reich sich vor einem Zollkrieg fürchte — ein solcher Zollkrieg würde eine schwere Schädigung der Industrie, des Handels, aber auch der Landwirtschaft bedeuten. (Lachen rechts.) Darüber, daß die gegenwärtigen Handelsverträge unserer gesamten Volkswirtschaft großen Nutzen gebracht haben, ist ja überhaupt nur eine Stimme (Widerspruch rechts.) unter denjenigen, die noch in der Lage sind, sich ein unbefangenes Urteil über die Dinge zu bewahren. Für die Herren vom Bunde der Landwirte freilich ist es ja seit einer Reihe von Jahren ich möchte fast sagen zum politischen Geschäft geworden, die Handelsverträge als schädlich hinzustellen. Sie (nach rechts) besagen sich ja stets über den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Es muß aber auch Ihnen bekannt sein, daß noch niemals die Auswanderung so kolossal zurückgegangen ist wie in der Zeit der Handelsverträge, und die Auswanderer rekrutieren sich zum größten Teil aus den östlichen Bezirken. Graf Caprivi hat mit Recht gesagt: entweder müssen wir Waren oder Menschen exportieren. Wenn es nach Ihnen ginge, müßten wir Menschen in Unmengen exportieren. (Sehr richtig! links.) Wir wollen aber Waren exportieren.

Was würden denn die Interpellanten erreichen, wenn wirklich die Verträge gekündigt würden? Glauben Sie etwa, daß die Regierung den Zolltarif in Kraft setzen könnte, den Sie kurz vor Weihnachten durchgepeitscht haben? Das war ja gerade Ihr Fehler, daß Sie einen Zolltarif beschlossen haben, der so absurd ist, daß ihn die Regierung gar nicht in Kraft setzen kann. (Sehr wahr! links.) Gerade die Uebertreibungen des Tarifs, seine Abundanz schlägt uns glücklicherweise vor seinem Inkrafttreten, das ist das Beste an ihm. (Heiterkeit.) Die Herren vom Bunde, die wir ja als durchaus vernünftige Menschen kennen (Heiterkeit), werden diesen Tarif sicher nicht in Kraft setzen. Es würde also an Stelle der jetzigen Verträge der alte Generalzolltarif treten, mit dem Ihnen (nach rechts) aber wenig gedient wäre. Weil er Ihnen zu schwächlich erschien, darum haben Sie ja gerade den Droh-Tarif beschlossen. Was diesen Droh-

Solltarif betrifft, so halte ich es eines großen Reiches nicht für würdig, eine Handelspolitik zu treiben und anzukündigen, die auf die Methode des Handels herauskommt, wie sie früher in den jetzt abgerissenen Mäulen üblich war. Man darf nicht nur das eigene Interesse im Auge haben, sondern muß auch das wohlverstandene Interesse desjenigen, mit dem man Geschäfte macht, berücksichtigen. (Lachen rechts.) Ihr Lachen ist sehr bezeichnend: Sie kennen überhaupt nur einen Handel, bei dem man den andern über's Ohr haut. (Zehr wahr! links, Lurche rechts.) Das beste, was man den Capribitischen Handelsverträgen nachsagen kann, ist, daß sie nicht auf einem solch niedrigen moralischen Niveau stehen, auf das Sie (nach rechts) unsere ganze Handelspolitik bringen wollen. (Zehr richtig! links.) Kein Handelsvertrag kann auf die Dauer bestehen, wenn der eine nur den andern überhölet, es muß vielmehr jede der Parteien begreifen, daß sie ein Interesse an den Verträgen hat. Das Deutsche Reich sollte sich dafür bedanken eine armenliche elende Krämerpolitik zu treiben. (Lebhafte Bravo! links, starkes Fischen rechts, ernstes Bravo! links und wiederholtes Fischen rechts. Auf rechts: „Fui!“)

Abg. Herold (L.):

Ich will nur kurz den Standpunkt meiner Freunde darlegen und bedauern auch nicht näher auf die Rede des Vorredners eingehen. Aber eine Bemerkung kann ich mir nicht versagen: Herr Dr. Barth ist überaus vielseitig. Vor Weihnachten ging er Hand in Hand mit der Socialdemokratie, jetzt geht er wieder mit der Regierung. (Weiter rechts und im Centrum.) Auch was die von ihm betonte Moral im Handel betrifft, so haben doch die Prozesse der letzten Zeit bewiesen, daß darüber in seiner Partei auch andere Anschauungen herrschen. (Großer Lärm links. Lebhaftes Aufse: Fui! Was für Prozesse? Was haben Prozesse mit unsrer Partei zu thun? (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte um Ruhe. Der Redner kann nicht weiter sprechen. (Auf im Centrum: Maul halten. Erneuter Lärm links. Aufse: Wir lassen uns nicht verleunden. Welche Prozesse?)

Abg. Herold (L.) fortfahrend: Prozesse der letzten Zeit, in die Anhänger Ihrer Partei verwickelt waren und die jeder kennt. (Großer Lärm links. Aufse: Keine Verleumdungen. Was haben Prozesse mit unsrer Partei zu thun. Runter von der Tribüne. Lebhaftes Protestrufe rechts.) (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Sie können ja antworten, der Redner muß aber ausprechen dürfen und wollen Sie hier die Redefreiheit illusorisch machen. Nachdem nur einigermaßen die Ruhe wieder hergestellt, fährt

Abg. Herold fort: Wir sind der Meinung, daß ein vertragsloser Zustand möglichst zu vermeiden ist und halten es nicht für angebracht, sämtliche Handelsverträge auf einmal zu kündigen. Aber die Handelsvertragsverhandlungen müssen möglichst beschleunigt werden, da die jetzigen Verhältnisse Deutschlands zu den Vertragsstaaten nicht günstig reguliert sind, weder für die Landwirtschaft noch für die Industrie. Wenn der Vorredner auf die jetzigen Handelsverträge ein so großes Loblied gesungen hat, so befindet er sich damit übrigens in Widerspruch mit der Regierung, denn diese hat die Reformbedürftigkeit der jetzigen Verträge ausdrücklich anerkannt. Sollten bei den Verhandlungen mit dem Ausland die Anforderungen an uns zu hoch gestellt werden, so sind auch wir allerdings für rücksichtlose Kündigung, denn wir haben ja in dem neuen Zolltarif eine ausgezeichnete Waffe für die Erlangung günstiger Handelsverträge. Wir meinen also, allzu große Kenglichkeit ist nicht von Räten. Vor allem liegt uns daran, daß die Regierung in Bezug auf die nicht durch Minimalzölle gebundenen wirtschaftlichen Produkte zu große Nachgiebigkeit zeigt. Wir haben ja eine entsprechende Resolution gestellt, und wenn dieselbe auch nicht zur Abstimmung gekommen ist, weil es an einem beschlußfähigen Hause fehlte, so weiß doch die Regierung durch die Unterschriften, wie die Mehrheit des Hauses denkt. (Weifall im Centrum.)

Abg. Dr. Baasche (nat.): Meine politischen Freunde haben in ihrer großen Mehrheit gegen die Besprechung der Interpellation gestimmt. Der bisherige Verlauf der Debatte hat ihnen recht gegeben. Es ist sehr übersichtlich, daß jetzt am Schluss der Session noch die Organische so hart aufeinander schlagen. Herr Dr. Barth hat aber in die Rede des Herrn Grafen Limburg-Stürum mehr hineingelegt als darin enthalten war. Graf Limburg ist nicht für die sofortige Kündigung der Verträge eingetreten, ohne daß vorher neue Verträge abgeschlossen würden. (Aufse links: Doch! doch!) Dann teile ich die Ansicht des Grafen Limburg nicht. Wir brauchen neue und bessere Handelsverträge. Der neue Zolltarif ist geschaffen, um neue günstige Handelsverträge zu ermöglichen. Wir haben die Zollfrage erhöht, weil andere Nationen mit diesem Beispiel vorangegangen sind. Wir wünschen, daß Handelsverträge zu Stande kommen und daß wir recht bald über neue Verträge an Stelle der alten beschließen können. (Weifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Das ganze Land ist sehr darüber beunruhigt, daß wir noch nichts von der Kündigung der Handelsverträge gehört haben, und es wird durch die freisinnige Presse fortgesetzt in seiner Lurche befährt. Dr. Barth rühmte die „weiße“ Regierung, die unsre Interpellation nicht beantwortet habe. Aber dieselbe Regierung ist nach der Ansicht des Dr. Barth so unabweisbar thöricht gewesen, einen solchen „abdurten“ Zolltarif dem Reichstage vorzulegen! (Zehr gut! rechts.) Es ist bedauerlich, daß die Regierung über die Frage der Handelsverträge bisher noch gar kein Zeichen dem Lande gegenüber gegeben hat. Diese Haltung der Regierung dient nicht dazu, die staatserkhaltenden Parteien zu stützen. (Große Lurche und Lachen links), diejenigen Parteien, auf die sich die deutsche Regierung immer gestützt hat und immer stützen wird. (Weifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Herr v. Kardorff hat von staatserkhaltenden Parteien gesprochen. Er meint wohl die Parteien, die vom Staate etwas erhalten (Zehr gut! links), die Liebesgaben und Subventionen. Wir haben nicht minder den Wunsch, möglichst bald zu sicheren internationalen Handelsbeziehungen zu kommen. Aber wer hat denn die Schwierigkeiten bei den Handelsvertrags-Verhandlungen herbeigeführt? In dem Maße, wie sich die Säge des Zolltarifs über die heutigen Säge erhöht haben, sind auch die Schwierigkeiten gewachsen, um von der hohen Leiter, auf die man sich verließen hat, wieder auf den Boden herunter zu kommen. (Zehr richtig! links.) Herr v. Kardorff meinte, daß die Regierung die konservativen Parteien schlecht behandelt habe. Damit meinen Sie wohl die Sicherung des Wahlgeheimnisses? Haben Sie denn solche Furcht davor, daß Sie gleich auf den Verlust von 30 selbstbewußten Mandaten rechnen? (Lachen rechts.) Herr Herold hat gegen die Freisinnigen gewisse allgemeine Beschuldigungen erhoben mit dem Hinweis auf Prozesse, bei denen Parteigehörige beteiligt gewesen seien. Ich weiß nicht, daß irgend jemand, der in unsrer Partei als ein Führer oder Vertrauensmann in der Öffentlichkeit bekannt ist, in einem der vorgelommenen Prozesse verwickelt gewesen wäre. Solche allgemeine Verdächtigungen, solche Beseligmungen der Privatlebe, zumal ohne Nennung von Namen, sollte man unterlassen! (Lebhafte Zustimmung links.) Das Interessanteste an den Verhandlungen ist, daß die Legislaturperiode noch kurz vor den Wahlen abschließt mit einem scharfen Zusammenstoß zwischen der Rechten und der Regierung. Wäre die Regierung daraus die Lehre ziehen, daß sie bei den Wahlen ihren Apparat nicht den Wählern zur Verfügung stellt und denen, die ihnen unterthun sind. (Lurche rechts, Weifall links.)

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich kann nur wiederholen, daß es dem Wunsche der großen Mehrheit des Hauses entspricht, daß die jetzigen Handelsverträge möglichst bald ihrem Ende entgegengehen. Die Handelsverträge sind lediglich unter dem Druck einer Forderung zu Stande gekommen, auch der Vertreter des Centrum hat später erklärt, seine Partei hätte den Verträgen nicht zugestimmt, wenn es die Schädigung der Landwirtschaft vorausgesehen hätte. Weiter möchte ich Herrn Barth fragen, wo wie jemals das Verlangen nach einem Zollkrieg ausgesprochen haben? Wir wissen ganz genau, daß die Industrie schwer unter einem Zollkrieg leiden würde, und daß die Interessen von Industrie und Landwirtschaft solidarisch sind, auch die Landwirtschaft. Daß beide Teile bei der Handelsvertrags-

politik auf ihre Rechnung kommen sollen, ist auch unsere Meinung, es fragt sich nur, ob Deutschland bei den jetzigen Verträgen auch wirklich auf seine Rechnung gekommen ist und ob nicht vielmehr den Vorteil davon die andern Vertragsländer und noch viel mehr diejenigen Länder gehabt haben, die überhaupt keine Verträge abgeschlossen haben. (Zehr richtig! rechts.) Soweit ich unterrichtet bin, liegt es überhaupt nicht in der Absicht der Regierung, die laufenden Verträge zu kündigen, sondern sie will versuchen, noch in diesem Jahre Verträge zu Stande zu bringen, die dann am 1. Januar 1904 in Kraft treten sollen. Jedes weitere Jahr des Bestehens der jetzigen Tarife kostet der deutschen Landwirtschaft ungezählte Millionen. Es wäre deshalb sehr wünschenswert gewesen, wenn wir vor Schluß des Reichstages von der Regierung eine Auskunft über ihre Absichten erhalten hätten. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Nach einer Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Barth, Herold und Gothein über politische und private Moral schließt die Besprechung, und das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Weiterberatung der Krankenkassen-Novelle).  
Schluß 5 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Eine Wahlkreis-Konferenz für den 13. hannoverschen Wahlkreis fand am Sonntag in Lauterberg statt. Die Organisation im Kreise hat erhebliche Fortschritte gemacht. Vom „Vollständer“ wurden 4150 Exemplare verbreitet; von guter Wirkung war auch die Verteilung der Broschüre „Die Kaiserreden“. Der „Vollständer“ hat an den meisten größeren Orten eine befriedigende Abonnentenanzahl erreicht. Beschlossen wurde, sofern es die Verhältnisse gestatten, von Zeit zu Zeit eine Broschüre an die Mitglieder des Wahlkreises zu verteilen. — Für die Reichstagswahl läßt sich als sicher nur voraussetzen, daß eine Stichwahl zwischen Socialdemokrat und Nationalliberalen stattfinden wird; doch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß wir in dieser Stichwahl den Sieg davontrogen.

Die Herren Brauerbeisitzer in Leipzig, welche den Arbeitern ihre Säle verbieten und dann darüber jammern, daß dieselben in richtiger Auffassung der Sachlage das ihnen vorenthaltene Bier auch in andern Wirtschaften nicht trinken würden, wollen auch die Feier der Arbeiterchaft Leipzig vorziehen. Ob das Experiment gelingen und für wen es von Schaden sein wird, dürfte sich bald aufweisen.

Totenliste der Partei. In Rostheim starb plötzlich am Herzschlag der Parteigenosse Karl Jöller. Wenigleich derselbe kein im öffentlichen Leben hervortretender Genosse war, so wußten doch Freunde und Kollegen den unermüdeten, in der Kleinarbeit thätigen Agitator der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung sehr wohl zu schätzen. Lange Jahre war er Kassierer des Metallarbeiter-Verbandes. — In Ettlingen in Baden begraben die Parteigenossen ihr ältestes Parteimitglied, den Genossen Franz Kast im Alter von 76 Jahren. Genosse Kast war in den 80er Jahren, wo er als Vertrauensmann thätig war, der eigentliche Gründer der Parteibewegung in Ettlingen. Er war auch 1888 in dem bekannten Eisenfelder Prozeß angeklagt. Von 1890—1892 war Kast auch Gemeinderat. — In Dortmund starb im Alter von 82 Jahren die treue Gattin unsres alten untergeklärten Karl Wilhelm Tölke. Nur wer die Opfer kennt, welche auch die Frauen unsrer in der Bewegung thätigen, von den Wegern und Behörden verfolgten Genossen bringen müssen, wird die Verdienste der Toten voll zu würdigen wissen.

### Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

— Flugblattverbreitung am Sonntag und Versammlungsverordnung. Die für den Regierungsbezirk Düsseldorf im Jahre 1893 erlassene Polizeiverordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage bestimmt gleich den überall im Königreich Preußen erlassenen Versammlungsverordnungen, daß öffentlich bemerkbare Arbeiten an Sonn- und Feiertagen verboten sind. Wegen dieses Verbot sollten sich die Parteigenossen Dirksen und Kolb dadurch vergangen haben, daß sie eines Sonntagsvormittags im September 1902 in Kettwig bei Werden socialdemokratische Flugblätter verbreiteten. Sie gingen von Haus zu Haus und gaben die Blätter nur in den Häusern ab. Sogar dem Gendarm wurde die Abgabe eines Flugblattes auf öffentlicher Straße verweigert. Das Amtsgericht Werden und das Landgericht Essen verurteilten die Angeklagten zu Geldstrafen, nachdem sie noch festgesetzt hatten, daß der eine Angeklagte die Blätter in der Rocktasche, jedoch sichtbar, trug, während der andre sie in der Hand hielt. Begründend wurde ausgeführt, daß die Thun der Angeklagten sei einerseits geeignet gewesen, die Aufmerksamkeit des Publikums zu erregen und andererseits das religiöse Gefühl des Publikums zu verletzen und die Feiertagsheiligung zu stören. Wer am Feiertag, habe das Verbreiten der Flugblätter übersehen und die Flugblätter wahrnehmen können. Unbedenklich wäre eine öffentlich bemerkbare Arbeit anzunehmen.

Die Angeklagten legten Revision ein, die durch Rechtsanwält Dr. H. Heinemann gerechtfertigt wurde. Es wurde bestritten, daß es sich überhaupt um eine Arbeit handele und daß die eigentliche Thätigkeit der Angeklagten öffentlich bemerkbar gewesen sei. Sie hätten doch die Blätter nur innerhalb der Häuser verteilt.

Der Strafsenat des Kammergerichts gab der Revision statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Der Präsident führte aus: In dem bloßen Gehen auf der Straße mit Flugblättern in der Tasche oder in der Hand sei an sich eine öffentlich bemerkbare Arbeit noch nicht zu sehen; sie könne aber darin gefunden werden, wenn ein gewisses Quantum von Anstrengung dabei in die Erscheinung trete, es sich um bestellte Arbeit handele und die ganze Thätigkeit nicht bloß aus Passion, aus Liebhaberei unternommen werde. Für eine solche Ausnahme reichten die Feststellungen des Vorderrichters nicht aus. Die Sache müsse deshalb in die Vorinstanz zurückverwiesen werden.

— Die Genehmigung zum Rai-Festzug ist auch in Dortmund und ver sagt worden; der Festzug wurde sogar ausdrücklich verboten. Ebenso ist in Pirna das bekannte Verbot aller öffentlichen Auf- und Umzüge sowie aller An- und Besammlungen auf Straßen und Plätzen oder sonst im Freien am 1. Mai wie immer prompt erfolgt. — Solche Verbote, die natürlich immer nur die socialdemokratische Arbeiterchaft betreffen, sind uns in diesem Jahre als Agitationsmaterial besonders willkommen.

— Der Herr Polizeipräsident von Magdeburg hatte gegen den Vorsitzenden des Arbeiter-Sängerbundes dortselbst ein Strafmandat über 20 M. losgelassen, weil die Arbeiterjäger am Grabe der Genossin Rieth zur Verschönerung der Feier ein Lied gesungen hatten. Das Schöffengericht sprach den Empfänger des Mandats nicht nur frei, sondern erlaubte auch auf Übernahme sämtlicher Kosten auf die Staatskasse und Ersatz der dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Ausgaben. — Grund: Der Herr Polizeipräsident hat selbst am 20. Oktober 1898 eine Polizeiverordnung erlassen, in der der Gesang am Grabe gestattet wird, wenn der den Leichenzug begleitende Geistliche einer anerkannten Religionsgemeinschaft keine Zustimmung giebt. Diese aber hatte Prediger Dr. Kramer von der freireligiösen Gemeinde gegeben. — Daß Polizeibeamte diese oder jene Gesetzesbestimmungen nicht kennen, ist ja an sich recht bedauerlich, kommt jedoch so häufig vor, daß man sich darüber nicht mehr verwundert; aber ein Polizeipräsident, der sich an seine eignen Verordnungen nicht erinnert, ist mindestens originell!

— Eine Anklage wegen Nötigung, versuchter Erpressung usw. ist gegen den Arbeitersekretär Limberich in Jserlohnen erhoben worden. Diese Verbrechen soll er als Verfasser mehrerer Flugblätter begangen haben. Auch der Drucker derselben ist wegen Verhülfe angeklagt.

— Drei Wochen Gefängnis bestrahlt erhielt Genosse Günther vom „Vollständer für Anhalt“ in Dessau. Er sollte den Kommissionsrat Granl bestrafen haben, wofür das Schöffengericht auf obige Strafe erkannte. Günther legte Berufung ein, aber die Strafkammer bestätigte das Urteil, da es „hohe Zeit“ sei, den Angeklagten, der sich nicht zu „bessern“ schiene, mit einer empfindlichen Strafe zu bedenen.

— Zwei Redakteure des „Sächsischen Volksfreund“ standen am Montag vor dem Schöffengericht in Riesa: der Genosse Riem und der Genosse Rißjae. Die Verhandlung gegen den Genossen Riem konnte nicht zu Ende geführt werden, da derselbe den Vorsitzenden, Hilfsrichter Rostke, als befangen ablehnte, weil derselbe ihn in einem früheren Urteil als „gewöhnheitsmäßigen Ehrabschneider“ bezeichnet hatte. — Genosse Rißjae, gegen dessen Verurteilung ein solches Hindernis nicht vorlag, wurde zu 500 M. Geldstrafe event. 50 Tagen Haft verurteilt, weil er einem Fabrikanten vorgeworfen hatte, er verfühle durch Lohnabzüge die Lage seiner Arbeiter. — Zehr interessant war die Bemerkung des kaiserlichen Rechtsanwalts, daß eine angegebene Firma in Riesa ihren Rechtsanwält gleich Blanko-Vollmacht zur Klage-Erhebung gegen den bösen „Volksfreund“ gegeben habe, sobald etwas gegen sie darin stehe.

## Sociales.

Zur Frage der grundsätzlichen Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auf die Kleinbetriebe bringt eine neue Entscheidung des Reichsversicherungsamts wertvolles Material. Diefelbe ist auf Beschwerde einer kleinen Möbelfabrikerei gegen ihre Eintragung in das Kataster der Berufsgenossenschaft ergangen. In den regelmäßigen Betriebsstätten der Branche werden zwar keine Maschinen mit elementarer Kraft verwendet, welche die Unfallversicherungspflicht der Betriebe begründen würden, jedoch kommen im Gewerbe auch Arbeiten vor, die sich ohne solche Maschinen nicht ausführen lassen, insbesondere das Schneiden der Hölzer. Dies wird daher in fremden Maschinenbetrieben besorgt und die Angestellten des Kleinbetriebes legen dabei Hand an. Kleinbetrieb und Großbetrieb bezw. elementarer Maschinenbetrieb arbeiten somit ineinander und sind nicht von einander zu trennen. Infolge dessen hat das Reichsversicherungsamt den Kleinbetrieb in seinem ganzen Umfang für versicherungspflichtig erklärt.

Die Entscheidung ist von besonderer Bedeutung für das umfangreiche Gewerbe der kleinen Möbelfabrikerei, die dadurch grundsätzlich der Unfallversicherung unterstellt wird, hat aber noch darüber hinaus Interesse, weil sie zeigt, daß bei dem Miteinanderarbeiten und Durcheinanderschleichen des Groß- und Kleinbetriebes, wie es die kapitalistische Wirtschaft mit sich bringt, eine Trennung des einen vom andern nicht mehr durchführbar ist.

Die Kassenärzte in Wälfhäusern haben jetzt nach Mitteilungen der dortigen Blätter ihre Praxis für die in Frage kommenden Kassen überhaupt niedergelegt. Sie wollen Mitglieder derselben nur dann behandeln, wenn große Gefahr im Verzuge ist. Das erscheint uns allerdings, bei aller Anerkennung der Mäßigung, welche die Ärzte in einem gewissen Stadium des Streites wahrten, ein recht bedenklicher Schritt. Im festzustellen, ob wirklich Gefahr im Verzuge ist oder nicht, muß doch der Arzt zunächst den Kranken aufsuchen; denn unmöglich kann er in seinem Urteil darüber sich auf die doch recht unzuverlässigen Angaben eines Laien stützen. Soll er hernach, wenn der Fall nach seiner Meinung leicht liegt, den Erkrankten wieder seinem Schicksal überlassen? Das wäre nicht nur ein moralisch nicht zu rechtfertigendes Verhalten, sondern es läme auch in Frage, ob gegen einen Arzt, der so handelt, nicht der § 221 des Strafgesetzbuches in Anwendung gebracht werden kann. Es ist das gute Recht der Kassenärzte, zur Erzwungung besserer Anstellungsbedingungen ihren Vertrag mit den Kassen zu lösen; es ist ihr gutes Recht, den Zugang anderer Ärzte fernzubalden. Darüber hinaus erwächst ihnen die Standespflicht, selbst leicht Erkrankte nicht hilflos zu lassen, sondern dieselben — wenn auch zu den in der Privatpraxis üblichen hohen Tagen — zu behandeln. Es ist auch taktisch falsch von den Ärzten, die Behandlung der Kassenangehörigen völlig abzulehnen; sie schädigen auf diese Weise die unglücklichen Kranken und schonen dabei den Kassenkrank der von ihnen bekämpften Institute.

Ein Bevölkerungsrückgang findet in einer großen Anzahl kleinerer Landgemeinden in Sachsen statt. Unter den 264 kleinen Gemeinden befinden sich nicht weniger als 1207, deren Bevölkerungsziffer seit 1890 gesunken ist. Der Gesamt-rückgang erstreckt sich auf über 315 000 Personen. Den Hauptanteil an diesen Gemeinden stellen die landwirtschaftlichen.

Um die Auswüchse des Submissionswesens zu beseitigen hatte der Stadtrat von Ludwigshafen seiner Zeit nach Mannheim Muster das sogenannte Mittelpreis-Verfahren bei Angebots bis zu 4000 M. eingeführt. Im ersten Jahre wurden dabei 1077, im zweiten 2858 M. gegenüber dem niedrigsten Angebot zu-gesetzt. Während man aber in Mannheim das Mittelpreis-Verfahren wieder abgeschafft, beschloß der Ludwigshafener Stadtrat, dasselbe beizubehalten. Wenn das Verfahren auch kein Allheilmittel gegen die vielen Schäden des Submissionswesens sei, wäre es doch geeignet, so manche Auswüchse zu beseitigen. Nicht allein die Arbeit ist gegen früher zufriedenerstellender ausgefallen, es haben auch unter den neuen Bedingungen mehr Firmen die Arbeit erhalten, die früher in den Händen einiger weniger Unternehmer blieb, welche oft zum Schaden der Stadt lediglich ihrer niedrigen Angebote wegen den Vorzug erhielten.

## Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag Herr Dr. Max Osborn einen Vortrag über „Höflichkeit“. Trotz der untrüglichen Temperatur, die durch Ueberfüllung des Saales entstanden war, lauschte die Menge mit gespanntem Interesse den Worten des Referenten. In seiner kraftvoller Weise führte der Vortragende die Antwefenden hinein in die Welt des großen Künstlers. Unter Ergänzung von Lichtbildern zeigte der Referent das gewaltige Schaffen des Meisters. Alles stand unter dem Banne desselben und war wie der Alltagswelt entrückt. Daß bei der Erklärung der Bilder von der tiefen Sprache des Künstlers nichts verloren ging, das dankten die Hörer der freisinnigen Vortragweise des Herrn Dr. Osborn.

## Briefkasten der Redaktion.

„Berlin“. Das betreffende Verbot der Nationalökonomie ist nicht empfehlenswert; es gehört zu den oberflächlichsten kapitalistischen Erzeugnissen. Zur Einführung in das Studium eignet sich besonders: Karl Austen, „Marx' ökonomische Lehren“, gebunden 2 Mark. — Wälder: Karl Marx, „Der Kritik der politischen Ökonomie“, gebunden 4 Mark. Beide Bücher sind bei A. D. Dieb, Stuttgart, erschienen und können durch die Buchhandlung des „Vorwärts“ bezogen werden, aber auch durch jede Buchhandlung in Berlin. — Preußen. Die „Coburger Zeitung“ ist ein auch für bündlerische Interessen einflussreiches national-liberales Organ. In Nr. 97 der hiesigen „Pres. Ztg.“ wird — allerdings ohne den Namen der Zeitung zu nennen — auf dieses Blatt Bezug genommen und dasselbe ausdrücklich als freisinniges Organ bezeichnet. Ein mehrwöchiger Freisinn! Das kommt vom blindwütigen Eifer. — A. S. „Großschwedisch“. Zur ersten Einführung in die sprachliche Geschichte dieses Reiches sind die eigenen drei Bändchen der in Leipzig erscheinenden Sammlung „Volkswörter“ und „Logik“ von Th. Eisenhans, „Deutsche Grammatik“ von Otto von „Andersmannsche Sprachwissenschaft“ von Rudolf Keringer. Preis 0,80 M. des „Stad.“ — B. S. 13. Wälder: Central-Verband der Handlungsgehilfen und -Schülern Deutschlands. Sitz Hamburg. Bezirk Wälder. Bevollmächtigt: Herr. Raab, (Hofstraße 25 II. Zusammenkünfte jeden Donnerstagsabend im „Naderstr.“, Erdingerstraße. — Wissensverbreiter. Postamt Nr. 1. Berlin. Preis nicht hoch. Näheres erfahren Sie im Verlag. — C. S. Der Grundstein zum Reichstagsgebäude wurde im Jahre 1884 gelegt; der Schlüssel am 5. Dezember 1894. Erste Sitzung 6. Dezember 1894. — Guten englischen Unterricht zu den von Ihnen gewünschten Bedingungen würde Herr Sohn durch Frau G. Swienty-Liebnecht, Schöneberg, Schenke 57 III. haben können. — Zur Erledigung Ihres letzten Wunsches wenden Sie sich an ein Kunst-Konservatorium mit civilen Beisitz. — Fahrstuhl. Das erfahren Sie am besten durch jemand, der in diesem Berufe praktisch thätig ist. — M. 99. 100. 1 und 2 Ja

— **N. W. 24.** Wenden Sie sich an den Bandolierfabrik „Bella Sorenti“, Cuijowstr. 131. — **C. S. 22.** 1.—3. Wein. — **Johannsen.** Fragen Sie in einem größeren Strobtuchgeschäft nach. — **Tr. Bernauerstr.** 1.—3. Und unbekannt. — **M. R. 1880.** 1. Wir können kein Urteil über das betreffende Sprach-Heilmittel abgeben. 2. Beschaffen Sie sich dazu ein Heftchenbuch. — **Prinzen-Allee 60.** Nach der Volkszählung von 1900 hatte Breslau 422 738, Dresden 396 147 Einwohner, das wirtschaftliche Weltbild von Groß-Preußen hat eine Einwohnerzahl von 484 970. — **S. C. 50.** Fragen Sie deswegen unter Berufung auf uns an bei Herrn Baumann, Lindenstr. 43 I, er wird Ihnen vielleicht den gewünschten Nachweis geben können. — **E. W. 88.** 1. Wenden Sie sich an die Redaktion der „Ehlichen Kultur“, Kommandantenstraße 14. 2. Gehört zum IV. Reichstags-Wahlkreis. — **S. W. 52.** Die Fragestellung ist unklar. Wir bitten um Ihren Besuch.

**Juristischer Teil.**

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.  
**N. W. 3.** In 30 Jahren seit Rechtskraft des Urteils, oder Vornahme einer Pfändung u. dgl. verfährt eine ausgelegte Forderung. — **Sch. Vn** Grund gegen eine Deiral liegt in der Jurisdiktion nicht. — **S. S. 20.** Nachwächter 12. Reim. — **G. S. 3652.** Wenden Sie sich direkt an das Eisenbahnbüreau. — **V. Feeger.** Wenn die Wohnung gesundheitsgefährlich ist, so können Sie vom Mietsvertrag zurücktreten. — **M. W. 88.** **S. W. 52.** **V. 2.** 1. und 2. Ja. — **Nachträglicher Abonnent.** 1. Reim: das Mädchen soll sich eventuell an das Vormundschaftsgericht mit dem Antrag

um Schutz gegen Mißbrauch des Erziehungsbrechts wenden. 2. Sie sind wohl berechtigt, wenn Ihre Kinder o r dem 16. Krankenhausaufnahme gefunden haben. — **J. B. 100.** Leider steht Ihrer Frau ein entsprechendes Recht nicht zu. — **W. 50.** Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet, wenn der Arzt für Ihr Kind ein Rezept verweigert, das nicht angefertigt werden darf. — **G. G. W. 1.** Ja. 2. Reim. — **M. W. 1.** Langenlothe. Unerhebliche Körperfehler. — **N. 44.** Leider nicht können kein Anspruch zu. — **M. W. 22.** Nach der Gefinde-Ordnung ist die Frau im Recht. — **Ein Sachse.** Der Anspruch ist längst verjährt. — **M. R. 62.** Sie können auf Beilegung des Mißstandes oder auf Aufhebung des Mietsvertrages und Entschädigung klagen. — **S. S. 100.** Die Verjährungsfrist beträgt bei Schadenersatzansprüchen wegen Körperverletzungen drei Jahre. — **Hübeler Chemann.** 1. Ja. 2. Die Klage ist durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht des Bezirks anzustellen, in dem der Chemann wohnt. 3. Der Betroffene soll das Armenrecht erwirken. Die Kosten betragen etwa 300 M. 4. Durch Klage auf der Polizei. 5. Reim. 6. Ja. — **Motorverpflicht.** Wenn Sie die Räume als Werkstatteinnahme gemietet haben und diese sich als nach polizeilichen Vorschriften dazu untauglich erweisen, so ist der Mietvertrag anfechtbar und muß Sie vom Vertrag entbinden. — **N. 100.** Sie sind zur Vornahme des Kindes nicht berechtigt. — **W. Pantow.** § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. — **S. S. 1.** Der Betroffene könnte klagen. Die Alagelassen dürften 20 M. erreichen. — **100. V. W. 1.** und 2. Ja. — **10.** Verjähren Sie es mit einer schlenrigen Eingabe, inwieweit die Reklamationsfrist seit dem Januar vergangenen Jahres verstrichen ist. — **J. 100.** Eine solche Anzeige wäre zwecklos.

**Rob. Buchmann, 21 D. S. S. 10., N. 100:** Reim. — **S. S. 2.** Bei monatweise gemieteten Wohnungen ist bis am 15. zum Ersten zu kündigen. — **S. S. 3.** 1. Reim. 2. Reim. 3. Wenn Gehalt gezahlt wird: Ja. **W. G. 28.** Ja. — **C. S.** Sie sind nicht zur Zahlung verpflichtet, die Armenverwaltung nicht zur Pfändung berechtigt. — **Frage 11.** Die Pfändung ist nach dem Gesetz zulässig. — **N. S.** In einigen Gegenden ja.

**Witterungsbericht vom 29. April 1903, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere (auf 1100 mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (in °C)	Stationen	Barometere (auf 1100 mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (in °C)
Stuttgart	756.0	SW	11	bedeckt	7	Stuttgart	756.0	SW	11	bedeckt	7
Breslau	755.0	SW	8	bedeckt	10	Breslau	755.0	SW	8	bedeckt	10
Berlin	756.0	SW	11	bedeckt	10	Berlin	756.0	SW	11	bedeckt	10
Hamburg	755.0	SW	8	bedeckt	11	Hamburg	755.0	SW	8	bedeckt	11
Wien	757.0	SW	15	bedeckt	11	Wien	757.0	SW	15	bedeckt	11

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 30. April 1903.**  
 Warm und teilweise heiter bei schwachen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.  
 Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Donnerstag, 30. April.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyrenhaus.** Tra Diavolo.  
**Schauspielhaus.** Die Schloßherrin.  
**Deutsches.** Donna Emma.  
**Berliner.** Mi-Heidelberg.  
**Leistung.** Der blinde Passagier.  
**Neues.** Belles und Wellhande.  
**Reichens.** Lutti.  
**Westen.** La Traviata.  
**Central.** Chinesische Fittlerweihen.  
**Thalia.** Der Polkaengel.  
 Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Ballner-Theater.) Die guten Freunde.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt-Theater.) Der ledige Hof.  
**Belle-Alliance.** Maria Magdalena.  
**Carl Weis.** Jugendstürme.  
**Buntes.** Eglantine und Esfart.  
**D'Beaumont.** Freigeislerproben.  
**Luisen.** Cameliendame.  
**Kleines.** Nachtasyl.  
**Trianon.** Die Notbrücke.  
**Casino.** Elternlos, Reichen und Liebesinsel. Spezialitäten.  
**Metropol.** Neues! Allerneuestes!  
**Apollo.** Der Gefundenball. Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten.  
**Palast.** Die neueste Richtung. Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Das Land Tirol. Im Hörsaal um 8 Uhr: Professor Dr. Müller: Kreisläufe im Werden und Vergehen.  
**Invalidenstrasse 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.  
**Central-Theater.** Unter Leitung des Kun. Dir. Hermann. Gastspiel des Fr. Kurelle Revy vom Theater des Westens. Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Fledermaus.**  
 Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. Donnerstag u. Freitag: Gastspiel des Fr. Kurelle Revy:  
**Die Fledermaus.**  
 Sonnabend, zum 107. Male, abends 7 1/2 Uhr: Madame Cherry.  
**Thalia-Theater.** Dresdenstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr.  
**Der Posammen-Engel.**  
 Aufstufungsspiele mit Ges. und Tanz. Tanzparodien. Artisten-Revue. Thierscher als Spreewälder Amme. Sonntagabend 8 1/2 Uhr: Charleys Tante.  
**Residenz-Theater.** Direktion: Sigmund Laufenburg. Abends 7 1/2 Uhr:  
**Lutti (Louie).**  
 Schwank in 4 Akten von Pierre Biber. Morgen und folgende Tage: **Lutti.** Sonntagabend: Sein Doppelgänger.  
**Metropol-Theater.** Mit glänzender Ausstattung.  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
 Revue in 5 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Victor Holländer.  
**Emil Thomas a. G. Josef Josephli. Henry Bender.**  
 Frid-Frid. Flora Siding. Wini Grabitz, 300 Mitwirkende.  
 Im dritten Bild:  
**Eine Sitzung bei Anna Rothe. Grandioses Ballett.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 — Rauchen überall gestattet. —  
**Trianon-Theater.** Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße. Abends 8 Uhr:  
**Die Notbrücke.**  
 Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfack und Francis de Croisset.  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Liebesinsel.

**Urania.**

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: **Das Land Tirol.** Im Hörsaal um 8 Uhr: Prof. Dr. Müller: Kreisläufe im Werden und Vergehen.

**Sternwarte**  
 Invalidenstrasse 57/62.

**Passage-Theater.**  
 Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

**Oskar Klein**  
 (Till Eulenspiegel). **Cake-Walk**  
 der echten Louisianas. Ganz Berlin zerbricht sich schon den dritten Monat den Kopf über **AGA!** die schwebende Jungfrau!

**Castans Panoptikum.**  
 Friedrichstr. 165. Mit seinen weltberühmten Wachfiguren u. unzähligen andern Sehenswürdigkeiten!  
**Neu! Princess Bohatcio,** die Kolossal-Indianer aus Singapore.  
**Neu! Carlo Riego** mit seiner Wiener Elito-Kapelle.  
**Cleo Otero** — Pythia — Anthropos.  
**Avis! Wochentags ab 7 1/2 Uhr** Eintrittspr. nur 25 Pf.

**Belle-Alliance-Theater.**  
 Abends 8 Uhr.  
**Maria Magdalena.**  
 Bürgerl. Schauspiel v. Friedr. Heibel.  
**Der Weichensteller.**  
 Lebensbild in 1 Aufz. v. Claude Roland.

**Luisen-Theater.**  
 Letzte Vorstellung in dieser Saison: Abends 8 Uhr:  
**Die Cameliendame.**

**Buntes Theater.**  
 Köpenickerstrasse 68. Heute: **Geschlossen.** Morgen Freitag:  
 1. Gastspiel des Opern-Ensembles des Theaters des Westens.  
**Zar und Zimmermann.**

**Apollo-Theater.**  
 Täglich 8 Uhr mit grossem Erfolg:  
**Gesindeball.** Gesangs-Parodie mit d. spiritist. Anna Rothe-Parodie. Ferner: Donatelli. — Cake-Walk. — 4 Madcaps. — Seldoms. — Hein. Blank. Killians leb. Bilder. — Kosmograph. In Vorbereitung:  
**Die Liebesinsel.**

**Kleines Theater.**  
 Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr.  
**Nachtasyl.**  
**Neues Theater**  
 Schiffbauerdamm 4a—5. Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Pelleas und Melisande.**

**Sanssouci.**  
 Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns**  
 Norddeutsche Sänger.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanz: Franzosen.**  
 Vereinsbillig gütlich.

**Schiller-Theater.**

**Schiller-Theater O.** (Ballner-Theater). Donnerstagabend 8 Uhr: **Die guten Freunde.** Lustspiel in 4 Aufz. v. Viet. Sardou. Freitagabend 8 Uhr: Zum erstenmal: **Die Hexe.** Sonnabendabend 8 Uhr: **Die Hexe.**  
**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädt-Theater). Donnerstagabend 8 Uhr: **Der ledige Hof.** Schauspiel in 4 Akten v. L. Angenbruder. Freitagabend 8 Uhr: **Die guten Freunde.** Sonnabendabend 8 Uhr: **Die guten Freunde.**

**Casino-Theater**  
 Schillingstr. 37. Nur noch bis 1. Mai! Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr. **Elternlos, Reichen u. Liebesinsel.**  
 Nur noch bis 1. Mai: **Marcelly! Les trois Berg's etc.** Ab 2. Mai: Ganz neues Programm. Zum erstenmal: **Unser Goldjunge.**  
**Carl Weiss-Theater.** Große Franzosier-Strasse 132. **Jugendstürme.** Lebensbild in 5 Akten (7 Bildern) nach ihrem gleichnamigen Roman von H. Anders. Anfang 8 Uhr. Morgen: Derselbe Vorstellungs. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Sinderbergs Vorstellung: **Mar und Moritz.**

**Palast-Theater**  
 Burgstrasse 22. Früher: Rent-Palast. **Rechte Woche!** **Die neueste Richtung.** Schwank in 3 Akten v. Dr. Schweitzer. **Alle Spezialitäten neu!!** Mr. Browns, Bioscope. Vorführung lebender Photographien. **Schluss der Saison:** Donnerstag, den 30. April. Ehren- u. Vorzugskarten werden mit Saisonschluss ungenützlich. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger.**  
 11 u. 8: Bühnengrößen und Anna Poto, das Blumenmedium.  
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

**Logierhäuser**  
**Pensionate, Hôtels**  
 sollten bei grösseren Neuanschaffungen nicht verabsäumen, meine Offerte u. Preise zu vergleichen, da stets **Ungewöhnliches** zu bieten im stande bin. 1327L\*  
**Katalog** (100 Seiten stark) und **Mustersendung** franko.  
 Teppich-Specialhaus **Emil Lefèvre**  
 Oranienstrasse 158 Berlin S. 4

**Meine Damen!**  
 Jetzt **Saccos Blusen Röcke**  
 Reste zu Saccos, Kleidern, Herren-Anzügen etc. billiger. 1370L\*  
**47 Wrangelstr. 47, part.** (Kein Laden.)  
 Hochbahnhof Schlesisch-Thor.

**Königstadt-Kasino.**  
 Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich:  
 Theater- u. Spezialitäten-Vorst. **Nach kurzem Gastspiel: Madame Latouré, die fiesche Soubrette.** Der erste Tote. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**

**Etablissement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz. Jeden Tag:  
**Militär-Konzert.**  
 Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**  
 — Bon Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferrara konzertieren.

**Pariser Weltausstellung 1900.**  
 Von der Internationalen Jury wurde den **Singer-Nähmaschinen** der **GRAND PRIX**

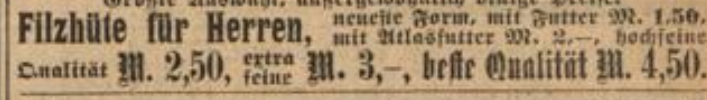
der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt. Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Kunstfäherer sowie industrielle Zwecke jeder Art verbürden Ihren Weltlauf der unübertroffenen Konstruktion, vorzüglichen Qualität und grossen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alte deren Jahre seit ausgezeichnet. Unentgeltlicher Unterricht in d. modernen Kunstfähererei. **Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.** Berlin W., Leipzigerstr. 92. 10112\*

**Special-Hut-Engroslager.**  
**Einzelverkauf zu Fabrikpreisen**  
 im Comptoir Neue Königl. 48, 1 Treppc. **Drittes Haus von Alexander-Platz.** Grösste Auswahl, außergewöhnlich billige Preise. **Filzhüte für Herren,** neue Form, mit Futter M. 1,50, hochfeine Qualität M. 2,50, extra M. 3,—, beste Qualität M. 4,50.



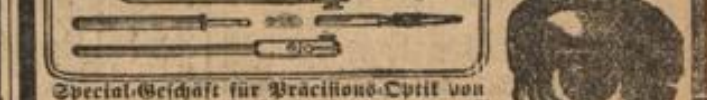
Dieser feine, schwarze Hut mit Futter, Cylinderhüte und Chapeau claires moderne Form, kostet 1,90 M. in großer Auswahl.

**Reisszeuge**  
 und einzelne Teile derselben sind in hervorragender Ausw. erhältlich in dem



Special-Geschäft für Präzisions-Optik von **Carl Buttendorf, Berlin N., Weinbergsweg 15b** nur Weinbergsweg 15b, 6. Laden v. Rosenthaler Thor. **Reisszeuge** für Schüller v. 1,25—10,00, für Techniker v. 7,50—60,— **Brillen u. Pinocenz.** sachmässig angepaßt, von R. 1,00—40,00

**Heize**  
 mit **1396L\***



**Anhaltische Kohlenwerke**  
**MONOPOL**  
 Mariengrube

**Brikets**

**Gebr. Cranz' Festsäle und Garten**  
**Achtung! Köslinerstr. 8. Achtung!**  
 Grösster und schönster Festsaal des Nordens, **Neu!** 1500 Personen fassend. **Neu!** **Naturgarten mit Bühne, 2000 Personen fassend,** stehen den gedulden Vereinen und Gesellschaften zur Verfügung von Sommerfesten etc. zu den coulantesten Bedingungen zur Verfügung. **Achtung!**  
 Erster Pfingst-Feiertag noch frei. **Gebr. Cranz.**

**Herren-Moden**  
 elegante Ausführung geringe Teilzahlung  
**J. Kurzberg, Neue Königstr. 47**  
 direkt am Alexanderplatz.

**Achtung!**  
 Am 1. Mai bleibt mein Geschäft wie bisher geschlossen. Arbeits-Anzüge. **Wilh. Papp, Brunnstr. 113.**

**Möbel-Fabrik**  
**Julius Apelt, Skalfitzerstr. 6,**  
 am Kottbusor Thor.





Eine Mörderfamilie.

Eibing, den 28. April.

Ein sensationelles Raubspiel zu dem Ende vorigen Jahres vor dem hiesigen Schurengericht verhandelten Konradswalder Mordprozess beschäftigte am Sonnabend die Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Im Stuhmer Kreise, der die polnische Sprachinsel Westpreußens umfaßt, wohnten bis Mitte vorigen Jahres in der Nähe der deutschen Ordensfeste Marienburg, und zwar in den Ortshäusern Braunsvalde und Konradswalde, zwei Familien (polnischer Nationalität) Kaminski, von denen namentlich die in Konradswalde residierende „jüngere Linie“ der Schrecken der dortigen Gegend war. Ihr Oberhaupt, der Bestzer Michael Kaminski, ist inzwischen im Justizhause zu Graudenz hingerichtet worden. In demselben Justizhause verblieben jetzt der jüngere Bruder des Hingerichteten, der Bestzer Johann Kaminski, und der Anecht Anton Wichowski des Erstgenannten die ihnen wegen Beihilfe zum Morde zuerkannte Justizhausstrafe von 15 bezw. 11 Jahren. Alle drei Genannten waren beschuldigt, am 6. Februar d. J. die Ehefrau Justine Reimer in Konradswalde ermordet zu haben. Die That gelangte in der Weise zur Ausführung, daß während Michael Kaminski in der Anechtsstube und sich auf diese Weise ein Alibi zu beschaffen suchte, sein Bruder und sein Anecht die Frau, welche mitten in der besetzten Wohnstube saß, von der Dorfstraße aus durch das Fenster mit einer albert Jagdtüte erschossen. Den Anlaß zu der That gab einzig und allein der Umstand, daß Michael Kaminski der Ermordeten einmal aus Schabernack ein paar Rühre vergiftet hatte und nun die Rache der Frau fürchtete.

Der Ankläger sollte der hingerichtete Michael Kaminski gewesen sein. Diese Behauptung erwies sich jedoch in der jetzigen Verhandlung, in welcher der Vater der beiden Mörder und zugleich das Haupt der „älteren“ Linie, der 67jährige Altführer Michael Kaminski, unter der Anklage der Verleitung zum Mord und ein entfernter Verwandter der beiden Familien, der Arbeiter Franz Kaminski aus Marienburg, wegen Unterlassung einer Anzeige dieses Verbrechens auf der Anklagebank saßen, als nicht ganz zutreffend. Dem nach den Angaben des Angeklagten Franz Kaminski war der mitangeklagte Vater Kaminski die Seele des ganzen Mordplanes, und zwar sollte ursprünglich er, Franz Kaminski, denselben zur Ausführung bringen. Als Franz K. Bedenken gegen den geplanten Mord der Frau Reimer äußerte und den Vorschlag machte, das Haus des Weichenstellers Reimer in Brand zu stecken, machte der Alte Einwendungen, indem er sagte: „Die Brandstiftung wollen wir nicht ansühren, weil sonst die Rache umsonst können. Für den Prozeß ist es auch gleichgültig. Das Weib muß aus der Welt.“ Inzwischen hatte der junge (hingerichtete) Michael Kaminski aus einem Nebenzimmer einen Revolver nebst Patronen geholt und übergab Franz K. die Schußwaffe, nachdem er ihn in ihren Gebrauch eingeweiht hatte. „Der Mann der Reimer,“ so erklärte der Alte, „geht morgen bald nach 4 Uhr längs der Eisenbahnstraße. Sie müssen sich morgen früh, wenn der Weichensteller Reimer die Straße abläuft, auf dem Reimerschen Gehöft einfinden und der Frau ein paar Schüsse in den Kopf geben. Mein Sohn Michael wird nach Danzig fahren, wogegen Johann und ich uns in Braunsvalde besorgen werden, daß wir zur Zeit des Mordes nicht am Tatorte gesehen sind.“ Der junge Michael Kaminski (der Hingerichtete) zog nunmehr das Portemonnaie und gab Franz K. 6 Mark Vorschuß, den er auf Ertruden seines Vaters auf 10 Mark erhöhte. Mit den Worten: „Na, morgen oder spätestens Dienstag wird das Werk vollbracht!“ ging K. von dannen. Unterwegs kamen ihm jedoch Bedenken und so reiste er schließlich nach Marienburg zurück, wo er die Wochwaffe und die Patronen in die Nogat warf. Als er am Mittwoch seinen Auftrag noch nicht ausgeführt hatte, kam der alte Michael Kaminski nach Marienburg. Franz K. entschuldigte sich mit der Angabe, daß ihm die Wochwaffe, die er in der Erde vergraben hatte, entwendet worden sei. „Du kommst trotzdem kommen“, erklärte der Alte, „ich werde dir schon eine Schußwaffe besorgen.“ Franz K. lehnte jedoch ab, den Mord oder die Brandstiftung auszuführen. Der Alte mußte nun unverständliche Dinge nach Hause zurückkehren. Ohne mit seinem Vater Rücksprache genommen zu haben, führte dann der jetzt im Justizhause sitzende Johann Kaminski am nächsten Tage die Mordthat aus. Franz Kaminski erhielt erst später durch die Zeugnissen von dem Mord Kenntnis. Er habe deshalb erst nach der am 30. März d. J. erfolgten Zustellung der Klage ein Geständnis abgelegt, weil er gefürchtet habe, von der Kamille Kaminski als der Mörder hingestellt zu werden. Dem alten Kaminski habe er auch versichert, daß er ihm die 10 M. zurückgeben werde, sobald es sein Verdienst gestattete. In abfälligem Tone habe ihm der Alte darauf erklärt: „Also so find Sie gekommen.“ Nachdem habe er den alten Kaminski nicht mehr gesprochen. Die Vernehmung des alten Michael Kaminski bestätigte die Angabe des Angeklagten, worauf Franz Kaminski freigesprochen, der alte Kaminski jedoch wegen Verleitung zum Mord zu dem höchsten zulässigen Strafmaß von fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde mit der Begründung, daß er die Seele des ganzen Mordplanes gewesen sei und es ihm ein leichtes gewesen wäre, seine Söhne von dem Verbrechen abzuhalten.

Damit ist aber die Strafliste der Mörderfamilie noch nicht erschöpft, denn neuerdings ist auch gegen die Schwester des hingerichteten Michael Kaminski, die gegenwärtig mit ihrem Manne in Scheidung liegende Schneiderin Pauline Dobrowski, geborene Kaminski, aus Danzig eine Anklage wegen Beihilfe zu dem vorerwähnten Mord erhoben worden, und zwar schwebt gegen die Frau des Hingerichteten sowie gegen seine jetzt im 17. Lebensjahre stehende, wegen offensichtlich falscher Anschuldigung vorbehaftete uneheliche Tochter Anna Gubion eine Untersuchung wegen Kindesmordes. Schließlich ist dann noch gegen eine weitere Schwester des Hingerichteten eine Untersuchung wegen Mordes, und zwar ebenfalls wegen Kindesmordes, eingeleitet. Das angeblich ermordete Kind der genannten Anna Gubion war aherden die Frucht eines verbotenen Verhältnisses des damals 14jährigen Mädchens mit ihrem Stiefvater, der bestwegen kurz vor seiner Hinrichtung zu einhalbjähriger Justizhausstrafe verurteilt worden war.

Soweit der neueste Bericht des Gerichtsreporters. Dies grauenhafte Elend, das die künftigen Sittenschilderungen naturhistorischer Richter übertrifft, verdient wohl, von Sociologen und Kriminalologen einer Untersuchung auf seine Ursachen hin unterworfen zu werden. Dazu gehörte natürlich die genaueste Kenntnis aller Umstände. Immerhin kann denen gegenüber, die so gern die Großtate als die Frucht eines Verbrechens darzustellen suchen, darauf verwiesen werden, daß solche Bilder tiefer menschlicher Verkommenheit nur ganz selten in den Gerichtssälen der Großstädte entrollt werden. Diese Mörderfamilie lebte am Lande, in der Atmosphäre patriarchalischen Konformismus und strenger Religiosität. Nach der unschönen Lebensgeschichte der Armenhändlerin, über die wir gestern berichteten, heute wieder ein neues grauenhaftes Elend vom Lande! Das heuchlerische Geschwätz von den großstädtischen Kaiserhöfen sollte angehts dieser vernichtenden Zeugnisse endlich verstummen!

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Müllerschnneider. Gestern vormittag hatten sich 5 Streikenden wiederum zu zahlreich wie zu Beginn des nun in die fünfte Woche dauernden Streiks in den „Arminhallen“ versammelt. In dem Stand der Lohnbewegung hat sich in wesentlichen nichts geändert. Am nun eine Pröde zur Verhandlung mit den Unternehmern zu bauen, machte Ritter im Namen der Ordnerverwaltung und der Kommission der Müllerschnneider den Vorschlag, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen. Nachdem das Resultat hiervon vorliegt, soll über die weiteren Maßnahmen beraten werden. Umgehungen mit einzelnen Firmen zu treffen, wird von den Aus-

ständigen nach wie vor abgelehnt. — Der Vorschlag Ritters wurde nach längerer Debatte gegen mehrere Stimmen angenommen. Der Streik dauert fort, bis ein annehmbares Resultat vorliegt und die Organisation darüber Beschluß gefaßt hat.

Die Rabibühner sind vor einigen Tagen in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen sind: Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden und Erhöhung des Stundenlohnes von 80 auf 90 Pf. Die Ursache dieses Vorgehens liegt hauptsächlich in dem Verhalten der Unternehmer gegen die Rabibühner. Mehrere waren kürzlich an ihre Arbeitgeber herangetreten, um mit diesen ein regelrechtes Vertragsverhältnis herbeizuführen, ähnlich wie es bei den Maltern und Zimmerern besteht. Das Weitergehen ging auch dahin, noch die Rabibühner und Cementierer in den Vertrag mit einzubeziehen. Die Unternehmer lehnten den angebotenen Vertrag jedoch mit der Motivierung ab, daß sie bei der Lohnfestsetzung freie Hand behalten wollten, mit anderen Worten: Sie behalten sich vor, die Löhne zu einem ihnen günstigen Zeitpunkt beliebig zu reduzieren. Daraufhin stellten die Rabibühner die Forderung auf 60 Pf. Stundenlohn. Ihnen folgten jetzt die Rabibühner mit den oben angegebenen Forderungen, weil sie sich sagen: Wenn die Unternehmer keinen festen Vertrag wollen, sondern der freien Vereinbarung den Vorzug geben, dann ist es ein gutes Recht der Arbeiter, die günstige Konjunktur nach Möglichkeit auszunutzen, um dadurch später zu erwartende Abzüge vorzubeugen. In der Versammlung am Dienstag wurde Rieder zum Leiter des Streiks ernannt. Derselbe teilte mit, daß die neuen Forderungen bislang von 7 Firmen bewilligt sind. Beisitzend wurde, bei jeder der übrigen Firmen die Forderungen einzeln zu stellen und dort, wo keine Einigung erfolgt, die Sperre zu verhängen. Rabibühner und Spanner werden sich bei dieser Lohnbewegung gegenseitig unterstützen. Wegen Nichtbewilligung der Forderungen sind bis jetzt gesperrt die Firmen: Liebig, Guittler u. Soltwedel, Schmidt u. Weimar und Neugebauer u. Schöblich.

Nahrleger und Helfer! Sämtliche Rohrleger und Helfer der Firma Bechem u. Post, Steglitzerstr. 4, haben am Mittwoch die Arbeit niedergelegt, weil der Tarif nicht innegehalten wurde. Zugang nach dem Comptoir sowie nach allen Bauten der genannten Firma ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Die Müllerschnneider erklärten sich in einer am Dienstag abgehaltenen Vertrauensmänner-Sitzung in Princip dafür, daß, falls es zwischen der Wirtschaftsgenossenschaft und ihren Aussehern nicht bald zu einer Einigung kommt, den Streikenden event. durch einen allgemeinen Ausstand zur Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen zu verhelfen.

Zum Streik der Müllerschnneider ist zu berichten, daß im Gegensatz zu den Behauptungen der Centrale die Beteiligung der Frauen am Streik weiter schreitet. Am Mittwoch früh 7 Uhr meldeten sich 114 Frauen zur Kontrolle. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts wurden seitens der Ausständigen angebahnt. Infolgedessen hat zwischen den Vertretern des Verbandes und Herrn Ring-Düppel sowie dem zweiten Vorsitzenden der Centrale eine längere Verhandlung stattgefunden, die infolgedessen nicht ganz ergebnislos verliefen ist, als Herr Ring das Versprechen gab, daß er noch vorher mit dem Direktor des Gewerbegerichts, Herrn v. Schulz, eine Rücksprache halten wolle und sodann dem Verbande weitere Mitteilungen machen würde.

Stuttareure. Die Streikkontrolle wird für Freitag, den 1. Mai, von 9 Uhr an in unserer Mafseier-Versammlung, „Sandsouci“, Kottbuxerstr. 4a, ausgeführt.

Russisches und Freiwald a. D. Daß die Polizei bei jedem Streik mit großem Eifer die Interessen der Unternehmer schützt, den streikenden Arbeitern alle nur denkbaren Schwierigkeiten macht, ist hinlänglich bekannt. Was aber die Polizei in Konradswalde aus Anlaß des Zieglerstreiks für angedrückt hält, dürfte selbst in Breiten verzeihen dürfen. — Man schreibt uns aus Freiwald: Am Sonnabend, den 25. d. M., kamen hier 13 polnische Arbeiter an, die in den Ziegeleien als Streikbrecher Verwendung finden sollten. Die Angenommenen wurden durch die Streikenden von der Sachlage unterrichtet und wollten nun unter keinen Umständen die Arbeit antreten, sondern sofort wieder abreißen. Als die Polen in den Eisenbahnzug einsteigen wollten, kamen zwei Polizeibeamte und trieben dieselben vom Bahnhof. Dann wurden die Arbeiter unter polizeilichem Geleit nach dem Rathaus geführt, dort von 6 bis 8 Uhr in Verwahrung gehalten und dann von dem Arbeitgeber nach seinem Werke gefahren. Der Wagen wurde von der Polizei begleitet, eine große Menschenmenge sammelte sich anlässlich dieses Ereignisses an, um dem ungewohnten Aufzuge zuzuschauen.

Nach dieser Darstellung haben also die Beamten die polnischen Arbeiter gegen deren Willen nicht nur an der Arbeit gehindert, sondern auch in „Gewahrsam“ genommen, und zwar lediglich deshalb, um sie den Unternehmern, bei denen die Polen gar nicht arbeiten wollten, zuzuführen. Wenn diese Darstellung zutreffend ist, dann haben die Beamten die wirklich weitgehenden Befugnisse, welche der Polizei in Preußen zustehen, weit überschritten. Die Beamten haben sich — die Nichtigkeit der Darstellung vorausgesetzt — der Freiheitsberaubung schuldig und dadurch strafbar gemacht. Daß die Streikleitung Anzeige erstattet und so eine Verurteilung der Schuldigen herbeiführt, ist schon deshalb notwendig, damit den Beamten einmal recht verständig eingeschärft wird, wo ihre Befugnisse aufhören und die unantastbare Freiheit der Staatsbürger anfängt.

Deutsches Reich.

400 Arbeiter in Polen befinden sich seit Montag im Streik. Von den Streikenden gehören etwa 100 der russischen Organisation, die übrigen dem polnischen Verbands an. Die Ausständigen verlangen nur eine geringe Lohnaufbesserung, doch wurden die den Unternehmern zur Anerkennung vorgelegten Tarife nicht anerkannt, so daß die Gesellen zum Streik gezwungen waren. Die Situation ist für sie eine sehr günstige; schon am Dienstag haben 19 Unternehmer die Forderungen bewilligt und dürfte, da mit den maßgebenden großen Firmen Einigungsverhandlungen schweben, der Streik bald beendigt sein. Zugang ist jedoch streng fernzuhalten.

Die Hasenarbeiter in Danzig streiken bereits seit dem 15. April, weil die „Liberalen“ Needer den Tarif, der drei Jahre bestanden hat, kündigten und vor dem von den Arbeitern angerufenen Einigungsamt erklärten, sie würden überhaupt nie mehr auf einen neuen Tarif eingehen, sondern sich die Freiheit sichern, die einzelnen Arbeiter nach der jeweiligen Leistung zu entlohnen.

Der Streik der Steinseher und Verfassungslosen in Lübeck ist mit einem teilweisen Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Alle drei Kategorien (Steinseher, Hammer und Hilfsarbeiter) erhalten zwei Pfennige Lohnzulage pro Stunde, außerdem ist für Ueberlandarbeit Fahrgeleitsfähigkeit zugestanden. Die Organisation ist als Vertretung der Arbeiterkategorie anerkannt und mit dieser auch der Tarif auf die Dauer eines Jahres abgeschlossen worden.

Die Arbeiter in Stuttgart streiken, weil die Meister die aufgestellten Forderungen nicht bewilligen wollen. Diese sind: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 10 Proz. Lohnerhöhung, Mindestlohn im ersten Geschäftsjahre 35 Pf., bis zum 21. Lebensjahre 40 Pf., darüber 44 Pf. für die Stunde usw. Von 186 im Verband konstituerten Gesellen sind 117 in den Streik getreten. Einige Geschäftsinhaber haben bereits bewilligt.

Ausland.

Die Glasarbeiter des Isergebirges (Böhmen) stehen wieder einmal im Streik, um eine geringe Aufbesserung ihrer Löhne durchzusetzen. Die Fabrikanten verweigern jedes Entgegenkommen und

wollen, falls die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen wird, ihre Betriebe für die Streikenden auf längere Zeit sperren.

Der dänische Gewerkschaftskongress. Die jährliche General-Versammlung des Verbandes der dänischen Gewerkschaften tagte am 24. und 25. April zu Kopenhagen. Anwesend waren 400 Delegierte. Der Tätigkeitsbericht, den der provisorische Vorsitzende E. M. Olsen erstattete, wurde einstimmig gutgeheißen. Bezüglich des Kampfes um das Koalitionsrecht der Hasenarbeiter wurde eine Resolution angenommen, worin die Art, wie der dänische Arbeitsmanns-Verband gegen die Errichtung von „Hasenzünften“ in den verschiedenen Städten kämpft, als zweckmäßig anerkannt und der Verband aufgefordert wird, in gleicher Weise weiter zu arbeiten. Des weiteren wurde ein Beschluß gefaßt, wonach kein Mitglied in mehr als einer dem Verbande angeschlossenen Organisation sein kann und worin bestimmte Regeln für den durch Berufswechsel notwendig werdenden Uebertritt aus einer in eine andre Gewerkschaft aufgestellt werden. Der Tätigkeitsbericht der Arbeitervertreter im Reichstage und in den kommunalen Körperschaften für die Gewährung von Zuschüssen für die Arbeitslosenklassen wurde von der Generalversammlung Anerkennung gezollt und die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Kollektiv- und Gemeindeglieder aufgefordert, von ihren politischen Vertretern die Förderung dieser wichtigen Sache zu verlangen. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, die den geschäftsführenden Ausschuss verpflichtet, auf eine Verbesserung des Herbergsweines hinzuwirken. Die Statuten des Verbandes der Gewerkschaften wurden dahin abgeändert, daß in Zukunft die ordentliche Generalversammlung nur alle zwei Jahre stattfinden soll, wogegen die Repräsentantschaft auf 120 Mitglieder erweitert wurde. Als Vorsitzender des Verbandes der Gewerkschaften wurde E. M. Olsen, als Sekretär J. Wald Olsen und als Kassierer E. Svendsen gewählt.

Von einem Hasenarbeiter-Streik in Montreal (Kanada) bringt „W. T. B.“ diese Meldung: Montreal, 29. April. Die hiesigen Hasenarbeiter sind gestern in den Ausstand getreten. Am Nachmittag verlegten die Ausständigen die nicht der Arbeiterunion angehörigen Arbeiter, welche beim Löschen der Dampfer „Carriganhead“ und „Alexandrian“ beschäftigt waren. Dann zündeten sie die Ladung des der „Verland-Linie“ gehörigen Dampfers „Alexandrian“ an, die jedoch durch Matrosen gerettet wurde. Während der Nacht waren 600 Mann Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Stelle. Nachrichten des offiziellen Korrespondenzbureaus über angebliche Ausschreitungen streikender Arbeiter sind, wie die Erfahrung lehrt, immer mit Mißtrauen aufzunehmen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen und Genossinnen des II. Wahlkreises werden ersucht, die bei diesjähriger Mafseier nur solche Lokale in der Nähe der Volkshäuser zu berücksichtigen, welche Abkommen des „Vorwärts“ und in deren Räumen Plakate zur Mafseier angebracht sind.

Die Vertrauensleute.

Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim. Das socialdemokratische Central-Wahlkomitee für den Wahlkreis Nieder-Barnim hat sich nunmehr konstituiert und den Genossen Freiwaldt-Panlow zum Obmann gewählt. Sämtliche Korrespondenzen und sonstige Mitteilungen sind zu richten an Georg Freiwaldt, Panlow, Floraftr. 36. (Telephon-Amt Panlow Nr. 82. Dreifler.) J. A. des Central-Wahlkomitees: G. Freiwaldt.

Die Parteigenossen an der Ostbahn werden ersucht, sich an der am 1. Mai stattfindenden Mafseier so zahlreich wie möglich zu beteiligen. Diefelbe findet in Bruchmühle bei Friedersdorf an der Ostbahn statt. Anfang nachmittags 3 Uhr. Festrede abends 7 1/2 Uhr. Referent: Genosse Moriz Pothar-Berlin. Genossen, da dieses die erste Mafseier ist, welche wir in dem einzigen uns zur Verfügung stehenden Lokale abhalten, so ist es Pflicht der Genossen, dieselbe unter allen Umständen zu besuchen.

Freibenan. Die hiesigen Genossen begehren die Mafseier im Lokal des Socialdemokratischen Wahlvereins „Zur grünen Linde“ (Wilhelmstraße), Kaiser-Allee, Ecke Stubenrauchstraße. Es wird eine Festrede über „Die Bedeutung des ersten Mai“ gehalten. Weiter wird Konzert, Gesang, humoristische Vorträge und Tanz geboten. Das Entree beträgt 20 Pf.; Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Parteigenossen! Nehmt regen Anteil an der Feier des Achtstundentages und agitiert auch noch recht fleißig für weiteren Besuch.

Wilmersdorf. Sonntag, den 3. Mai, findet eine Flugblattverteilung statt. Die Parteigenossen und Genossen werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: August Rausch, Ullandsstr. 70, Emil Witte, Berlinstr. 40, Wilh. Rudloff, Brunnhaldtr. 14, Paul Hilpert, Aufstufendamm 120.

Die Samme-Liste Nr. 18794 zur Reichstagswahl 1903 ist verloren gegangen. Gezeichnet waren 5,80 M. Der Finder wird gebeten, dieselbe bei Stebler, Pfalzburgerstr. 67, abzugeben.

Die Mafseier in Schmögen wird im Saal des Gastwirts Köhnhardt, Warnemündenerstr. 6, abgehalten. Die öffentliche Fest-Veranstaltung mit einem Vortrage des Genossen E. Erdner-Berlin beginnt um 7 Uhr. Nachher gemütliches Beisammensein mit Tanz, zu dem Eintrittskarten beim Vorstand zu haben sind. Regere Beteiligung wird erwartet.

Weißensee. Die Parteigenossen veranstalten ihre diesjährige Mafseier im Schloß Weißensee. Die Genossen, welche den Tag durch Arbeitsruhe feiern, sind verpflichtet, die Versammlung am Vormittag im Schloß zu besuchen. Näheres im Inserat der heutigen Nummer.

Erker. Am Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 2 Uhr, findet bei Lehmann am Stroh und um 6 Uhr nachmittags in Fangschleuse bei Schulz eine Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen über „Socialdemokratie und Reichstagswahl“ sprechen wird. Um zahlreichen Besuch ersucht. Der Einberufer.

Mariendorf und Umgegend. Die Mafseier findet in folgenden Lokalen statt: R. Adel, Tempelhof, Germaniastr. 20; Mariendorf bei Hermann Weichardt, Feldstraße, Ecke Ring-Gasse; Marienfelde bei Dietmann (früher Leinshelm), Großbeerenstraße. Von nachmittags 3 Uhr ab gemütliches Beisammensein. Den Damen steht die Kaffeelücke von 3 Uhr ab zur Verfügung. Abends 8 Uhr finden Versammlungen statt. Um recht rege Beteiligung an der Feier wird gebeten.

Der Vorstand des socialdemokratischen Wahlvereins.

Die Mafseier in Teltow verspricht in diesem Jahre glänzend zu werden. Eingeleitet durch einen Vormittags-Konkurs im Derschen Lokal (Zehlendorferstraße) findet die eigentliche Feier in dem neu gewordenen Parteilokal Schweizerhaus Seehof bei Teltow (E. Belling) statt.

Nachmittags 1/3 Uhr Volksversammlung; dem schließt sich ein populäres Konzert der gesamten Stadtlapelle an. Tanz, Schautruppen, Kinderbesichtigungen, humoristische Vorträge werden dazu beitragen, den Tag würdig zu begehen. Parteigenossen, welche Lustige machen, sind uns herzlich willkommen.

In Zehlendorf findet am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, Mosenstraße 88, Anglerstr. (Zusatz: Berlin), eine Gewerkschaftsversammlung sämtlicher Gewerkschaften statt. Das Referat hält Genosse Fuchs. Von nachmittags 4 Uhr ab Zusammenkunft mit Familien daselbst.

Wilmersdorf. Freitag, den 1. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale von Van Bismarckstraße 10, öffentliche Mafseier. Tagesordnung: Der 1. Mai und seine Bedeutung für die Arbeiter-

**Schaft.** Referent: Julius Hildebrand. Ferner veranstaltet der Musikverein nachmittags von 3 bis 7 Uhr in Wöllsteins Lustgarten ein Garten-Freikonzert und von 7 Uhr ab im Saal eine Abendfeier, bestehend aus Festrrede, Konzert, turnerischen Aufführungen, Gesang und Tanz.

**Grünau.** Am Freitag, den 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Duchauffour, Köpckestr. 79, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Georg Bernhard spricht über: Die Bedeutung des 1. Mai.

**Bezirk Waidmannslust.** Am 1. Mai abends 8 Uhr, bei A. Kuhn, Waidmannslust: Volks-Versammlung. Tagesordnung: Bedeutung des 1. Mai. — Am 3. Mai, nachmittags 3 Uhr, bei H. Koll, Dalldorf: Volks-Versammlung. Referent: Frau Emma Jhrer. — Die am 2. Mai fällige Wahlvereins-Versammlung fällt aus. Es ist Pflicht der Genossen, für guten Besuch beider Versammlungen kräftig zu agitieren.

**Friedrichsfelde.** Allen Genossen und Gewerkschaftlern zur Kenntnis, daß am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Dube eine Volks-Versammlung stattfindet. Referent: Genosse S. Schubert. Nachmittags von 3 Uhr an: Allgemeine Mai-feier, bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Maimarkt in der Versammlung.

**Ober-Schöneweide.** Die Maifeier ist auch in diesem Jahre verboten worden. Deshalb findet abends 7 1/2 Uhr in Wilhelmshof eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Emil Kirbig referiert. Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein. Die Genossen, welche die Arbeit ruhen lassen, gehen nach Köpenick zur Vormittagsversammlung.

## Lokales.

**Die am 2. Mai erscheinende Extra-Nummer unseres Blattes wird nachmittags von 4 Uhr ab an die Expeditionen ausgegeben.**

### Städtische Socialpolitik.

Die sociale Fürsorge der städtischen Verwaltung für die in den Betrieben der Stadt beschäftigten Arbeiter gerät doch recht oft ganz erheblich in die Brüche. So ist jetzt auf den Nieselgütern eine Frage aktuell geworden, die sich ganz natürlich entwickelt hat, bei der man aber nicht recht weiß, wo ein noch aus.

Es befinden sich da auf einzelnen Gütern, namentlich den älteren, eine Anzahl Gutsarme, d. h. alte Arbeiter, die weil arbeitsunfähig, ein schmales Gnadensbrot von der Stadt erhalten. Als sie noch arbeitsfähig waren, erhielten sie neben dem Lohn das sogenannte Deputat (freie Wohnung, Kartoffeln, Milch, Gartenland etc.). Das Deputat, namentlich freie Wohnung, ist ihnen zumeist geblieben. Aber auf diese Weise sind nun die für die thätigen Arbeiter vorgesehenen Wohnungen knapp geworden. Anstatt nun neue Wohnungen zu bauen, sinnt man darüber nach, wie man wohl diese alten Leute aus dem Gutsbezirk abziehen könnte. Soweit es sich um Personen handelt, die auf Grund des neuen Ortsstatuts von 1901 ein Aufgehört haben, glaubt die Verwaltung sehr leicht in der Lage zu sein, dieselben aus dem Gutsbezirk auszuweisen, obwohl gerade die Festsetzung des Ruhegeldes auf Grund der im Gutsbezirk bestehenden Verhältnisse (Wert der Wohnungsmiete etc.) erfolgte, so daß diese Leute, wenn sie aus Döbber, wo die Angelegenheit zur Zeit am brennendsten ist, abgeschoben werden und nach dem benachbarten Groß-Lichterfelde ziehen, ganz erheblich höhere Kosten für Wohnungsmiete aufwenden müssen. Wie man die höheren aber, in Döbber sind es zur Zeit ca. 17, die durch Gemeindebeschlüsse Anspruch auf freie Wohnung haben, los werden will, ist räthselhaft. Den Unterstützungswohnort haben die Ersteren sowohl als auch die Letzteren im Gutsbezirk. Sollte es nun wirklich durch Überredung gelingen, die Leute zu veranlassen, nach einem andern Ort zu ziehen, so kann sehr leicht, ja es ist doch fast mit Sicherheit anzunehmen, der Fall eintreten, daß die Leute der öffentlichen Armenpflege anheimfallen. Daß es der Stadt Berlin nicht möglich wäre, wenn solche Zustände eintreten sollten, bedarf keiner Erläuterung.

Es muß übrigens einmal auch an dieser Stelle ausgesprochen werden, daß, wenn die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht zu ihrem Recht kommen, dies in vielen Fällen an der Gleichgültigkeit, wenn nicht gar Böswilligkeit der Herren Beamten liegt. So haben z. B. die Stadtverordneten-Versammlung und der Magistrat beschlossen, daß dem Arbeiter im Erkrankungsfall in der Regel mindestens 6 Wochen die Differenz zwischen Krankengeld und Arbeitslohn ausgezahlt wird. Was haben nun die Herren Beamten aus diesem wohlmeinenden Beschlusse gemacht?

In der Sanitäts-Deputation kam die Sache kürzlich zur Sprache. Wer nach überstandener Krankheit nicht wieder in den Betrieb eintritt, bekommt überhaupt nichts! Die Differenz wird nicht etwa jede Woche mit dem Krankengeld ausgezahlt, sondern erst, wenn die Krankheit überstanden ist. Daß der erkrankte Arbeiter das Geld während der Krankheit am notwendigsten, nämlich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit braucht, dieser Bedanke scheint den Herren gar nicht zu kommen. Meldet sich der Arbeiter gesund und tritt er wieder in Arbeit, so erhält er die Differenz auch noch nicht etwa ohne weiteres, sondern er muß erst ein Wittgesuch einreichen, dessen Bewilligung von der guten Führung des Arbeiters abhängig ist. Mit andern Worten: Wer bei seinem Vorgesetzten nicht gut angefahren ist, bekommt nichts. So wird die von den Gemeindebehörden beschlossene Wohlthat durch untergeordnete Organe für die Arbeiter zur Zuchttrute gemacht! Daß die Differenz nicht allwöchentlich an die erkrankten Arbeiter ausgezahlt wird, wird von den Beamten auf betriebstechnische Gründe zurückgeführt. Ob die Herren Verständnis dafür hätten, wenn man ihnen ihr pränumerando zu zahlendes Gehalt während der Krankheit nicht auszahlen würde?

Unsere Genossen, welche in den einzelnen Verwaltungsdeputationen sitzen, werden gut thun, ein wachsameres Auge auf diese Dinge zu richten.

**Die juristische Sprechstunde fällt am 1. Mai des Arbeiter-Festtages wegen aus.**

**Parl.-Deputation.** Die Mitglieder der Parl.-Deputation unter Anwesenheit des Oberbürgermeisters nahmen kürzlich am Denkmal Friedrichs d. Gr. eine angelegte Probebest. in Augenschein. Wie bekannt, bilden die Linden nach ihrer Umgestaltung das Schmerzenskind der städtischen Behörden, die angelegten Rasenstreifen hinderten das Publikum nicht, beim Passieren des Kaisers über dieselben hinwegzutritten und rücksichtslos die jungen Kräuter niederzutreten. Dieses rücksichtslose Vordringen dieser Sorte von Publikum veranlaßte den Polizeipräsidenten, die Rasenstreifen durch Waschleinen abzusperren, so daß die Linden in dem jetzigen Zustande einem großen Trockenplatz gleichen. Um diesen lächerlichen Zustand zu beseitigen, beauftragte die Parl.-Deputation den Gartendirektor Nöckig, probeweise eine niedrige lebende Hecke anzulegen. Nach der Beschäftigung wurde einstimmig beschlossen, in der Straße unter den Linden in ihrer ganzen Länge an beiden Außenseiten der Rasenstreifen eine lebende Hecke von ungefähr 80 Centimeter Höhe und 80—100 Centimeter Breite anzulegen, um so das Durchbrechen des Publikums zu verhindern. Die Arbeiten sollen unverzüglich in Angriff genommen werden. Im weiteren wurde beschlossen, die Kosten für die Pflanzung der Hecke auf dem Württembergplatz in nächstjähigem Etat einzustellen. Das Verlangen des Herrn Person, zwei Bäume vor seinem

Gaule, Bellevuestraße, zu entfernen, wurde abgelehnt. Der Friedrichshain wird in diesem Jahre durch Aufstellung weiterer 18 Vogel-Lampen in seinem jetzt noch dümmeln Teile erleuchtet werden.

**Die Benutzung der Krankenhäuser Berlins durch auswärtige wohnende Kranke, meist durch Vorort-Bewohner, hat ihr Gegenstück in der Benutzung der Vorort-Krankenhäuser durch Berliner Einwohner. Ein lehrreiches Beispiel hierfür ist das Verhältnis, das in diesem Punkte zwischen Berlin und Charlottenburg besteht. Die städtischen Krankenhäuser Berlins nahmen, nach dem neuesten Bericht der städtischen Krankenhaus-Deputation, im Etatsjahre 1901/02 aus Charlottenburg 240 Kranke auf. Andererseits gewährte das städtische Krankenhaus von Charlottenburg in demselben Jahre, nach dem Verwaltungsbericht des Charlottenburger Magistrats, 203 Berliner Aufnahme. Hierbei ist zu beachten, daß viel öfter Berlin für Charlottenburger als Charlottenburg für Berliner der Beschäftigungsort ist, nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung das eine 13 512 mal, das andere nur 5643 mal. Bemerkenswert ist auch, daß in Charlottenburg seit drei Jahren die Krankenaufnahmen aus Berlin im Steigen sind; im Jahre 1890/1900 hatten erst 106 Berliner dort Aufnahme gefunden. In Berlin dagegen sind seit vier Jahren die Krankenaufnahmen aus Charlottenburg im Sinken; im Jahre 1898/99 waren noch 309 Charlottenburger aufgenommen worden. Die Gesamtzahl der Aufnahmen auswärtiger Kranken ist übrigens in der Charlottenburger Anstalt verhältnismäßig noch größer als in den Berliner Anstalten. Im Jahre 1901/02 hatte Charlottenburg unter 4402 Aufnahmen 450 von außerhalb (10 1/2 Proz.), Berlin dagegen unter 30 788 Aufnahmen 2582 von außerhalb (rund 8 Proz.). Doch haben sich auch in Charlottenburg die auswärtigen Kranken in den letzten Jahren ähnlich wie in Berlin vermindert. Im Jahre 1898/99 zum Beispiel waren die Aufnahmen von außerhalb in Berlin noch 11 Proz., in Charlottenburg noch 12 Proz. aller Aufnahmen gewesen.**

**Die Betriebs-Krankenkasse der Straßenbahner** faßte in ihrer Generalversammlung am Dienstag folgende Hauptbeschlüsse: 1. Zum 1. Oktober d. J. sämtlichen Vertrauensärzten zu kündigen und freie Arztwahl einzuführen. 2. Den Anschlag an die Centralcommission der Krankenkassen zu vollziehen und damit an dem Apotheken-Voylott teilzunehmen.

Von den Delegierten wurden diese Beschlüsse einstimmig gefaßt, dagegen erklärte sich allerdings der Betriebsvertreter Richter, welcher 70 Stimmen, also ein Drittel der abzugebenden Stimmenzahl repräsentierte. Belamlich bewies die Betriebsleitung schon bei der kürzlich stattgefundenen neuen Delegiertenwahl, daß sie den längst erstrebten Neuerungen auf diesem Gebiet nur geringe Sympathie entgegenbringt, um so wohlthuernder berührt die feste Haltung der Delegierten. Letztere zeigte sich außerdem noch darin, daß die Delegierten einer freundlichen Einladung des Herrn Richter, an einem am selben Abend stattfindenden Feste des sogenannten Arbeitervereins teilzunehmen, überhaupt keine Beachtung schenkten. Gleich nach Schluß der Versammlung fand dann noch eine Nachsitzung statt, in welcher sich die Delegierten im Beisein des Verbandsvertreter's über verschiedene Angelegenheiten unterhielten.

**Eine militärische Heldenthat** findet ein Nachrichtenbureau folgendenmaßen: „Als gestern die Franzer zur Ablösung mit klingendem Spiel die Schloßbrücke passierten, wollten zwei Wurfgeschosse der Militär-Centrale noch schnell vor der Truppe ihr auf der Lustgartenseite haltendes Gefährt erreichen. Einem derselben gelang es, der zweite versuchte auf den Ruf seines Kollegen noch gleich hinter dem führenden Offizier hindurch zu huschen; ein Schutzmann hatte sich schon vergeblich bemüht, seiner habhaft zu werden, fast war der Junge durch, da packte ihn die eiserne Faust des linken Flügelmannes. Einen Augenblick schwebte der kleine blaubejahte Bengel in der Luft und gleichzeitig traten ihn ein paar feste, flache Säbelhiebe des Offiziers über den Rücken, ein Auf von der Hand des Grenadiers und er stog in die weit geöffneten Arme der heiligen Hermandad, die dann für seine weitere Expedition sorgte. Humpelnd, heulend, sich den Rücken reißend und dabei laut versichernd, er würde nie wieder „mang die Soldaten gehen“, eilte er später zu seinem Wägelwagen, der auf der Kaiser Wilhelm-Brücke seiner harzte, um dort unter dem Hohngeächel seiner Kollegen und den Flüchen seines Aufsichters nicht gerade sanft empfangen zu werden.“

An diesem Akte von Militärjustiz Kritik über, hieße in diesem Falle wirklich den für sich selbst sprechenden Sachverhalt ab-schwächen!

**Schlimme Folgen** hat die gerade vor einem Jahr erfolgte Verhaftung ihres Ehemannes für die Frau des Erfinders Hermann Ganswindt gehabt. Die Verhaftung wurde damals in Gegenwart der Frau Ganswindt und ihrer sieben unmündigen Kinder vorgenommen, und nicht nur dem Verhafteten, sondern auch seiner Frau wurden fast alle Geldmittel beschlagnahmt, das Ganswindtsche Etablissement verpfändet. Frau Ganswindt bekam eine so nachhaltige Nervenerschütterung, daß sie seitdem fortgesetzt an beängstigenden Träumen litt, in denen sie wähnt, daß sie und ihre Kinder von der Polizei getötet würden. Am 17. April, am Jahrestage der Verhaftung, erschütterte die Erinnerung an die Verhaftung sie so sehr, daß sie vorgeht niederlam. Nach der Entbindung stellten sich alsbald Fieberphantasien ein, die sich alle auf die erschütternden Erlebnisse beziehen. Die Kranke, jetzt Mutter von acht Kindern, die im 37. Lebensjahre steht, bisher nie krank war und von zwei Spezialärzten behandelt wird, liegt fast hoffnungslos danieder.

**Durch das Plagen einer Kreisfuge tödlich verunglückt** ist heute morgen der 35 Jahre alte Arbeiter Karl Engel aus der Faldensteinstraße 28, der in der Baumaterialienhandlung der Gebrüder Kreisfuge auf dem Köpenicker Grundstück in der Greifswalderstr. 180/87 beschäftigt war. Als Engel ein neues Stück Rundholz zum Zerhacken anlegte, sprang die Kreisfuge in drei Teile, die mit großer Wucht auseinanderflogen. Ein Stück traf ihn an der Stirn und spaltete ihm den Kopf, so daß aus der kaffenden Wunde das Gehirn heraussaß; der Unglückliche war sofort tot und seine Leiche wurde nach Aufnahme des Thatbestandes nach dem Schauhaus gebracht. Er hinterläßt seine Frau mit drei Kindern.

**Ein Opfer des Straßenverkehrs** ist die 52 Jahre alte Arbeiterfrau Henriette Donnerdich aus der Reichenbergerstr. 84 geworden. Auf dem Heimwege von ihrer Arbeit ist sie geriet sie vor einigen Tagen, als sie am Kottbuser Thor ein... Straßenbahnwagen auswich, unter einen Omnibus, von dem ein Vorderrad ihr über die Brust ging und sie so schwer verletzte, daß sie jetzt im Krankenhaus am Urban starb.

**Als Leiche wiedergefunden** wurde die 48 Jahre alte Arbeiterwitwe Ida Ritter geb. Veder aus der Meyerstr. 14, die seit dem 3. d. M. verschwunden war. Frau Ritter war seit dem Tode ihres Mannes, der vor zwei Jahren starb, schwermüthig, doch schien sich ihr Leiden in der letzten Zeit gebessert zu haben. Während ihre beiden erwachsenen Söhne am 3. d. M. auf ihrer Arbeitsstelle waren, verließ sie die Wohnung und kehrte nicht wieder zurück. Vorgestern, Dienstag, landete man ihre Leiche am Plan-Fluss am dem Landwehrkanal.

**Polizeilich beschlagnahmt** wurden die Leichen der 38 Jahre alten Ehefrau Auguste des Straßenbahnschaffners Jühlendorf geb. Reysbach vom Kuffen-Weg 55 und des 70jährigen Arbeiters Friedrich Müller aus der Weberstr. 13. Frau Jühlendorf, die morgens noch gesund gewesen war, wurde von ihrem Manne bei der Heimkehr vom Dienste schwerkrank angetroffen und starb gleich darauf unter den Händen der Ärzte. Müller klagte nur wenige Minuten über Kopfschmerzen, verlangte ein Glas Wasser, stiel damit, nachdem er es kaum an die Lippen gesetzt hatte, um und verschied auf der Stelle.

**Ein schwarzer Radfahrer in Friedenau.** Gestern hat im Sportpark Friedenau ein schwarzer, der Regier. Vendecki, welcher in Frankreich seit Jahren Distanzfahrten und Dauerrennen mit wechselnden Erfolgen bestritten hat, sein Training hinter Motorführung aufgenommen. Der Regier dürfte an einem der nächsten Rennen im Sportpark Friedenau teilnehmen.

## Aus den Nachbarorten.

**Saal-Abtreiberei durch einen städtischen Nieselgut-Administrator.**

Seit September vorigen Jahres stellt der Gastwirt Walde in Großbeeren der Arbeiterschaft seinen Saal zur Verfügung. Inzwischen hat jedoch Herr Walde sein Wort gebrochen und seinen Entschluß, seinen Saal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht mehr herzugeben, im „Teltower Kreisblatt“ veröffentlicht. Die Arbeiter-Radfahrer Berlins und Umgebung, welche sich als sehr wertvolle Bundes- und Kampfgenossen bei allen Wahlen bewährt haben, erhielten von der Saalverweigerung Waldes Kenntnis und machten am 26. April bei einem Ausfluge nach Mariensfelde, wo sich so ganz per Zufall etwas über 250 Arbeiter-Radler und -Radlerinnen zusammenfanden, den Versuch, den Wirt eines Besseren zu belehren und den Saal zurück zu erobern. Fünf bewährte Genossen, darunter auch ein Stadterordneter, radelten dem langen Zuge in schnellem Tempo voraus, um in ruhiger Weise mit dem Wirt zu verhandeln. Herr Walde blieb jedoch bei seinem Entschlusse, weil er, wie er sagte, dem Herrn Amtsvorsteher Giese, welcher als städtischer Nieselguts-Administrator ein Berliner städtischer Beamter ist, sein Wort gegeben habe, seinen Saal zu Arbeiterversammlungen nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Darauf aufmerksam gemacht, daß er doch auch der Arbeiterschaft sein Wort sogar schriftlich gegeben habe, seinen Saal herzugeben, rückte er, sichtlich verlegen, mit der Sprache heraus und erklärte, daß ihm der Herr Amtsvorsteher sogar damit bedroht habe, ihn seine Konzeption bis auf 10 Uhr zu beschneiden, wenn noch ferner Arbeiterversammlungen bei ihm stattfänden. Inzwischen war der lange Radlerzug eingetroffen und vor dem Lokal abgefahren, untern Bescheid abwartend. Herr Walde, auf das gute Geschäft, das er allein durch die Arbeiter-Radfahrer machen würde, aufmerksam gemacht, erklärte, nach den Stahtrahreiter'schmungelnd, daß die Arbeiter als Gäste ihm herzlich willkommen seien. Sein dem Amtsvorsteher gegebenes Wort müsse er indes halten.

Für diese Freundlichkeit bedanken wir uns; ohne einen Tropfen Bier getrunken zu haben, radelten wir nach Teltow-Seehof, wo uns der Wirt vom Schweizerhaus, Herr Karl Belling, welcher seinen Saal aus freiem Antriebe der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt hat, aufs freundlichste bewirtete und ein einträgliches Geschäft machte. Dies der Arbeiterschaft zur Kenntnis.

**Friedenau.** Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung wählte zunächst den Geh. Kanzleirat Homuth zum Schöffen und erteilte die Genehmigung zur Erhöhung der Hundesteuer auf 20 M. Den nächsten Punkt, die Nachbewilligung von 60 000 M. für den Gymnasialbau, bezeugnete der Vorsteher treffend als eine schlechte Nachfeier zu der kürzlich stattgehabten Einweihung des Gebäudes. Den Gemeindevertretern blieb nichts übrig als in den sauren Apfel zu beißen. Weiter genehmigte die Versammlung das vorgelegte Projekt zu einem Volksschulgebäude auf dem 608 Quadratmeter großen Grundstück zwischen Schloß- und Abingaustraße. Das Grundstück ist groß genug, um das Schulhaus späterhin so auszubauen, daß es 74 Klassen aufnehmen, also ca. 3500 Schülern Unterkunft bieten kann, was die Höchstzahl sein dürfte, die bei vollständiger Bebauung unres Vorortes in Betracht kommt. Der zunächst zur Ausführung empfohlene Bau soll 24 Klassen enthalten, welche mit den schon bestehenden 24 zusammen vorläufig bis 1910 ausreichen werden. Der Gemeindevertreter Schreiner wünschte die Klassenzimmer so groß zu bauen, daß sie bis 70 Schüler fassen könnten. Auf den Einwand, daß das im Interesse des Lehrers folge nicht angängig sei und die Klassen des Gymnasiums ja auch nur 30—50 Schüler aufweisen, meinte der bildungsfeindliche Herr, daß es sich hier ja nur um eine Volksschule handle. — Das ist auch der Standpunkt der ostelbischen Junker!

**Groß-Lichterfelde.** Der von den zunächst beteiligten Interessenten, den Bodenspekulanten und Bau-Unternehmern einerseits und den hiesigen Villenbesitzern andererseits geführte Kampf um die Bau-Ordnung hat nun in einer jüngst stattgefundenen Versammlung durch fast einstimmige Annahme einer Resolution zu Gunsten der landhausmäßigen Bebauung vorläufig sein Ende erreicht.

Als bemerkenswert und die Zustände in unserer Gemeinde kennzeichnend muß eine Behauptung des Rechnungsrates Gebauer in jener Versammlung bezeichnet werden, daß der Amtsvorsteher durch die aus Villenbesitzern bestehende Majorität der Baukommission sich habe verleiten lassen, in ungeschicklicher Weise einem Baumeister die Baugenehmigung zu verweigern. Nach den bisher gemachten Erfahrungen bei allen andern Anlässen weit geringfügigerer Natur mußte man annehmen, daß der Gemeinde- und Amtsvorsteher in der Gemeindevertreter-Sitzung vom Montag zu dieser Behauptung Stellung nehmen und sich rechtfertigen werde. Das ist nun wieder alle Erwartung nicht geschehen und es ist an der Richtigkeit jener Behauptung wohl nicht mehr zu zweifeln. — Das neu zu errichtende Amtsgerichtsgebäude soll zum 1. April 1905 bezogen und in seinem Äußeren dem örtlichen Charakter entsprechend ausgeführt werden. Die für Errichtung eines eigenen Pöhlitz-Lehrzimmers notwendig werdender Kosten von ca. 600 M. wurden bewilligt.

Ein Antrag der Verkehrsvereinigung um Bewilligung eines Beitrages von 100 M. hatte ein eigenartiges Ergebnis. Während Schöffe Lange den vollkommen zutreffenden Standpunkt vertrat, daß man sich doch an die Grundbesitzspekulanten, die in erster Linie durch die geschaffenen Verkehrserschwerungen und Verbesserungen Millionen ergattern, wenden möge, konnten einige andre Gemeindevertreter nicht umhin nach Art der amerikanischen Auktion sich gegenseitig in der Erhöhung dieses verlangten Zuschusses zu überbieten.

Die Verkehrsvereinigung erhält statt der verlangten 100 — 180 M.

## Gerichts-Zeitung.

### Commercielle Hypothekenbank.

Der Zusammenbruch der Commerciellen Hypotheken-Aktiendank wird wahrscheinlich die 7. Strafkammer des Landgerichts I vom 1. Mai ab mehrere Wochen lang beschäftigen. Die Commercielle Hypotheken-Aktiendank wurde im April 1867 in Köpenick mit einem Grundkapital von 800 000 Thaler gegründet, und zwar wird behauptet, daß die Verhältnisse der Bank von Anfang an nicht sonderlich gut gewesen seien. Im Jahre 1876 erhielt die Bank das Recht, den 15fachen Betrag des Grundkapitals an Hypothekenscheinen auszugeben, ihr Geschäftsgang war aber so schlecht, daß sie von diesem Recht nur in geringem Umfange Gebrauch machen konnte. Mehrere Jahre hindurch konnte sie keine Dividende zahlen. Im Jahre 1885 genehmigte die Regierung die von der Generalversammlung der Aktionäre beschlossene Zusammensetzung der Aktien von 3 Millionen auf 2 400 000 M. Der daraus sich ergebende Nachschuß von 600 000 M. wurde als Special-Reservefonds gebildet. Im Mai 1888 fand im Auftrage des Landwirtschaftlichen Ministeriums eine außerordentliche Revision statt. Dann wurde die Beschaffung neuer Kapitalien, die Bildung einer „Immobilienbank“ und die Verlegung des Hauptsitzes nach Berlin in Betracht gezogen. Durch Konvertierung der Pfandbriefe wurde eine Zins-erparnis von jährlich 70 000 M. ermöglicht, und darauf in Höhe von 933 600 M. auf dem Immobilienbesitz fundierte Schuldscheine ausgedruckt, wofür in gleicher Höhe Pfandbriefe aus dem Verle-

gegogen wurden. Die Aktionäre hatten außerdem Zugahlungen in Höhe von 1 077 873 M. zu leisten.

Der jetzt angeklagte Kommerzienrat Johann Wilhelm Schulz ist Anfangs 1890, etwa 1/2 Jahr nach dem Direktionsantritt des jetzt angeklagten Karl Friedrich Komoid Direktor der Bank geworden. Im Jahre 1890 wurde unter ihrer Regie die Immobilien-Verkehrsbank gegründet sowie die Niederlassung in Köslin aufgegeben und der Sitz der Gesellschaft nach Berlin verlegt. Der Zweck der neugegründeten Immobilien-Verkehrsbank war, der Kommerzienbank unentbehrbare Grundstücke abzunehmen, zu demselben Zweck wurde bald darauf die Gesellschaft m. b. H. „Schulz und Komoid“ gegründet. Im Jahre 1897 wurde in der Behrenstraße an der Ecke der Markgrafenstraße ein neues Direktionsgebäude mit einem Kostenaufwande von 2 611 000 M. errichtet. Der Verwaltungsaufwand der Bank betrug im Jahre 1900 rund 750 000 M.

Schulz und Komoid sind, ehe sie Direktoren der Kommerzienbank wurden, jahrelang bei der Preussischen Hypothekbank tätig gewesen. Sie haben die Sandensche Schule durchgemacht und wie der Kommerzienrat Sanden auch ihrerseits eine Reihe von Tochtergesellschaften gegründet, um umfangreiche Terrain speculationen, den An- und Verkauf von Aktien usw. zu ermöglichen. So wurden außer der Immobilien-Verkehrsbank und Schulz und Komoid die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekbank, die Immobilien-Erwerbs-Gesellschaft und die Vereinigung für Grunderwerb begründet. Der Sitz der Strelitzbank war in Rostock und eine Zweigniederlassung in Berlin. Die Zulassung der Aktien und Pfandbriefe der Strelitzbank zum Handel an der Berliner Börse begegnete großen Schwierigkeiten, sie wurde erst im Besonderenwege durchgesetzt. Die im Jahre 1897 von der Kommerzienbank beantragte weitere Zulassung von 50 Millionen Prozentiger Pfandbriefe der Strelitzbank wurde vom Versteher-Kollegium abgelehnt. Daraufhin sollen Schulz und Komoid ihren gesamten Aktienbesitz von über 4 000 000 M. zum Kurs von 140 Proz. an die Immobilien-Verkehrsbank verkauft haben, welche die dazu erforderlichen Mittel gegen Hinterlegung einer entsprechenden Anzahl Hypotheken wieder von der Kommerzienbank erhielt. Sämtliche Tochtergesellschaften waren in dem Prachtgebäude der Kommerzienbank untergebracht und wurden von den Direktoren Schulz und Komoid vollständig beherrscht. Sie sollen ungeschmäht mit dem Gelde der Kommerzienbank sehr umfangreiche Terrain speculationen für eigene Rechnung betrieben und Pfandbriefe ausgegeben haben, für welche die vorgeschriebene Deckung nicht vorhanden war. Ferner sollen sie Hypotheken auf extraloge Grundstücke oder noch im Bau begriffene Häuser als Pfandbrief-Deckung aufgeführt und diese Unterlagen in den Bilanzen falsch angegeben haben. Das Aktienkapital der Kommerzienbank ist im Laufe der Zeit auf 15 Millionen Mark erhöht worden. Sie soll schon 1897 im Vermögensverfall gewesen, dieser Zustand aber durch allerlei künstliche Mittel verdeckt worden sein. Insbesondere wurden Grundstücke weit über ihren Wert beliehen, Geld zur zweiten Stelle gegeben sowie Gasthöfe und ländliche Grundstücke beliehen. Der Zusammenbruch des ganzen künstlichen Gebäudes erfolgte beim Zusammenbruch der Sanden-Banken. Im Frühjahr 1901 fand ein riesiger Rückfluß von Pfandbriefen der Kommerzienbank statt; der Kurs mußte schließlich gesenkt werden und die von der Behörde vorgenommene Revision brachte dann die faulen Zustände, die in der Kommerzienbank herrschten, zu Tage. Die künstlich gehaltenen Kurse, welche kurz vor dem Zusammenbruch noch 144 Proz. notierten, wurden völlig wertlos.

Schulz und Komoid haben sich nun wegen Betruges, Untreue, Bilanzverschleierung, Verletzung des Aktiengesetzes und des Hypothekengesetzes auf Grund der §§ 263, 73, 74, 47 und 49d des Strafgesetzbuches und der §§ 249, 249b Nr. 1 des alten, der §§ 312 und 314 Nr. 1 des neuen Handelsgesetzbuches zu verantworten. — Neben ihnen haben infolge der von ihnen für die Kommerzienbank abgegebenen Taxen auch der königliche Rat Herrmann Bohl, St.-Richterfeld und der Stadtbauinspektor a. D. Arnold Hanel in Köln-Vindthal wegen Beihilfe zur Untreue auf der Anklagebank Platz zu nehmen. — Die Verhandlung findet unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Heidrich im großen Schwurgerichtssaale statt. Die Anklage wird durch den Staatsanwalt Weck und Assessor Dr. Müller vertreten werden, als Sachverständige fungieren Banddirektor Boesgermann und die gerichtlichen Sachverständigen Reuter, Ohme, Bachmann, Kruse und Huske. Die Verteidigung wird von dem Justizrat Bronker, Rechtsanwält Leonh. Friedmann, Justizrat Dr. Sello und Rechtsanwält Dr. Werthauer geführt.

Die Presse und der Paragraph vom großen Unfug. Leipzig, 28. April. Der Kaufmann Kästner hatte im Jahre 1878 einen Geldbrief mit angeblich 25 000 M. von anwärts an seine Frau in Leipzig geschickt und dann von der Post Schadenersatz verlangt, obwohl der Brief überhaupt kein Geld enthalten hatte. Er wurde 1879 wegen Betrugsversuches verurteilt. Erwidert mag noch werden, daß K. im Jahre 1891 von der „Victoria“ 13 000 M. als Versicherungssumme für einen Unfall erhalten hat und daß er später noch einmal angeklagt, verurteilt zu sein. Im vorigen Jahre schrieb er nun einen anonymen Brief an den „Vorwärts“, in welchem der Anonymus angab, er habe damals das Geld aus dem Briefe gestohlen und es bei Börsenspekulationen verloren. Jetzt bereue er die That; er bitte, den Herrn Kästner zu ermitteln und ihm den beigelegten Rest der Summe zu übermitteln. Falls dies nicht möglich sei, bitte er, das Geld der Parteikasse zu übergeben. Der Brief wurde vom „Vorwärts“ abgedruckt und an die Staatsanwaltschaft abgeliefert. Es stellte sich nun bald heraus, daß Kästner selbst der Absender des Briefes war und die Absicht hatte, sich dadurch zu rehabilitieren, um seinen Prozeß gegen die „Victoria“ vor dem Kammergericht günstig zu beeinflussen. Das Landgericht I in Berlin hat nun am 1. November v. J. Kästner wegen großen Unfuges zu sechs Wochen Haft verurteilt. Es wurde dabei ausgeführt, der Angeklagte sei sich wohl bewußt gewesen, daß die Veröffentlichung des Briefes eine große Verunreinigung der Bevölkerung wegen der Erschlitterung des Vertrauens in die Justiz bewirken werde. Thatsächlich sei der Brief durch viele Blätter gegangen. — Auf die Revision des Angeklagten hat das Reichsgericht heute das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. In der Begründung wurde ausgeführt, zur Anwendung des § 360 11 Str.-G.-B. genüge es nicht, daß die Nachricht geeignet war, die Ruhe des Publikums zu gefährden. Der Begriff des großen Unfuges sei eine groß ungebührliche Handlung, durch welche das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit belästigt wird, derart, daß in dieser Belästigung und Gefährdung zugleich eine Verletzung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zur Erscheinung kommt. Nicht jede Belästigung des Publikums — auch durch die Presse — falle unter den § 360 11. Daß durch die Handlung des Angeklagten der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung verletzt oder gefährdet worden sei, könne aus dem Urteil der Vorinstanz nicht entnommen werden.

Der gefühlsvolle Oberamtsrichter. Dem Oberamtsrichter M. Reiffel in Holsfeld, jetzt in Naiba, war seiner Zeit von den „Bamberger M.“ vorgeworfen worden, er und seine Frau hätten ihr Dienstmädchen menschenunwürdig behandelt, als diese bei ihnen ein Aufgebot u. s. w. Reiffel hatte den verantwortlichen Redakteur Karl Schmidt in Bamberg wegen Verleumdung verklagt. Das Schöffengericht verurteilte Sch. zu 150 M. Geldstrafe, während das Landgericht Bamberg auf ererbene Berufung hin ein freisprechendes Urteil fällte. Dagegen legte M. Revision beim Obersten Landesgericht ein. Dieses verhandelte am 25. April über die Sache und kam zu einer Verwerfung der Revision, da die zweite Instanz das Gesetz auf die festgestellten Thatsachen, die der Nachprüfung durch die Revisionsinstanz entzogen sind, richtig angewendet habe. Der Revisionskläger hatte sich auf den Zweifelsfall stützen wollen, der unter den Gerichten und darüber herrscht, ob ein Beweismittel als erbracht auch dann anzusehen ist, wenn Lebenssachen sich anders verhalten, als behauptet wurde, wenn also der Wahrheitsbeweis nur zum Teil gelungen ist. Ferner war behauptet, durch Einwirkung einzelner subjektiver Urteile und Bemerkungen habe Redakteur Schmidt einen Mangel an Objektivität bewiesen, aus dem die Absicht der Verleumdung hervor-

gehe. Mit diesen Einwürfen hatte der Revisionskläger jedoch kein Glück, und somit hat nun auch die letzte Instanz bestätigt, daß der königl. bayrische Oberamtsrichter Reiffel sein Dienstmädchen „in menschenunwürdiger Weise“ behandelt.

## Verfassungen.

Vierter Wahlkreis. Durch eine Kreisversammlung, die am Dienstag bei Keller, Koppentstraße, stattfand, wurde seitens unserer Parteigenossen im vierten Berliner Reichstags-Wahlkreise die eigentliche Wahlbewegung eingeleitet. Der große Saal, aus dem die Tische infolge des kolossalen Andranges entfernt werden mußten, und die umfangreiche Galerie waren bis in den letzten Winkel gefüllt. Der Reichstags-Abgeordnete und socialdemokratische Kandidat des Kreises, Genosse Paul Singer, mit lautem Beifall begrüßt, sprach in einem zweifelhafte pointenreichen Vortrage über die bevorstehende Reichstagswahl und die gegnerischen Parteien. Einleitend hat er, zu entschuldigen, wenn er bis zur Wahl nicht wieder im Kreise sprechen werde, denn er wolle hinausgehen ins Land, um dort für unsere Partei zu wirken, wo wir keinen geeigneten Sitz hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Dann folgte, Schlag auf Schlag, eine vernichtende Kritik der konservativen Partei, die dem anwesenden Schriftsteller Wegner als Kandidaten im Kreise aufgestellt hat und in ihrem Flugblatt die Socialdemokratie sowie Singer als Vertreter des internationalen Kapitals in hinlänglich bekannter dummer Weise verunglimpft und Wegner als wahrhaften Förderer des Volkswohls empfiehlt. Wegner hob hervor und wies unter häufigen stürmischen Beifallsbezeugungen der Versammlung im einzelnen nach, daß die konservative Partei stets in erster Reihe stand, wenn es die wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Entrechtung und Anechtung der großen Volksmassen galt. Wegner erinnert u. a. an die Unsturzvorlage und an die Zuchtbandvorlage. Es erscheine ihm als der Gipfel der Unberücksichtigung, daß die Partei in ihrem Wahlflugblatt für den vierten Wahlkreis behauptet, sie sei für den Ausbau der deutschen Volksrechte. (Stürmischer Beifall.) Auch über die Freisinnsmänner, namentlich über Eugen Richter und seine Getreuen, die in dem großen parlamentarischen Kampfe um die Volkswohlfahrt den Brotwucherern eine Stütze boten, sagte Wegner manch treffendes Wort, indem er besonders auch die principiellen Gegensätze zwischen Liberalismus und Socialismus betonte. Dann verbreitete er sich in populärer Darstellung über die Bedeutung von Handelsverträgen, die uns nicht vom Ausland abschließen, und führte weiter aus, daß der neue Reichstag außer über diese hochwichtige Angelegenheit auch noch über manches andere zu befinden haben werde, was die Freiheit und Wohlfahrt des Volkes angehe. An dem nimmermatten Wozsch des Militarismus und Maximismus, an die Aufgaben der Socialreform, an die auf Vernichtung des Koalitionsrechts abzielenden Bestrebungen der Sozialdemokratie müsse bei der Wahl gedacht werden und nicht zuletzt an die Propagierung der socialistischen Ideen und an die Gefahren, die unzweifelhaft dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht drohen, das noch auszudehnen wir bestrebt seien. Wegner schloß mit einem flammenden Appell zum Eintritt in den Wahlkampf, der zu führen sei, als wäre der vierte Kreis zum erstenmal zu erobern. Er gehe in den Kampf draußen im Lande mit dem Bunde, am 16. Juni Berlin nicht nur als Hauptstadt der Hohenzollern, sondern auch als Hauptstadt der Socialdemokratie wiederzugewinnen und im vierten Wahlkreise von einem Siege mit einer Stimmenzahl zu hören wie nie zuvor. (Dauernder, lang anhaltender Applaus.)

Der konservative Kandidat Herr Wegner nahm das Wort, um allerlei zu reden von seiner Liebe zu den Hohenzollern, die Preußen-Deutschland zu einem großen Staate gemacht hätten, von der Notwendigkeit einer großen Flotte, vom Volke Juda, das immer noch die Unterjochung der Welt anstrebe, und dergleichen mehr. Er behauptete, für manche Socialreform zu sein und schloß mit einem Hoch auf den deutschen Arbeiterstand, der ihn wählen möge. Damit sicherte sich der Herr einen stürmischen Beifall, der fast mit Elementen grausamen Hohns durchsetzt war. Die Versammlung hatte ihn, abgesehen von einigen selbstverständlichen, schnell vorübergehenden Protestkundgebungen mit anerkanntem Wohlwollen zugehört.

Für den Genossen Singer war es natürlich leicht, die zumeist aus einem A.-D.-Kreis für konservative Kandidaten geschöpften Beisetzungen des Gegenkandidaten abzustumpfen. Unter andern bemerkte er, daß der Maximismus in Deutschland nicht etwa aus der Notwendigkeit des Schutzes überreicher Interessen geboren sei, sondern aus dem Wunsche, auch auf dem Wasser eine starke Macht zu bilden, und weil man sich gern den Admiral des Atlantischen Ozeans nennen möchte. Herr Wegner werde wohl mit seinem Liebesgittern um die Stimmen der Arbeiter im 4. Wahlkreis kein Glück haben. Er ähnele kaum dem Wattenfänger; die Hölle, die er geblasen, werde seinen Arbeiter hinter ihn herziehen. Ein Konservativer als Socialreformer sei übrigens eine groteske komische Figur. (Stürmischer Beifall.)

Das Wahlmitleid bilden außer den Vertrauensleuten die Genossen Bader, Biese, Lefebvre, Blume, Mann (Osten) und Freland, Erbe, Weise, P. Hoffmann und Jaed (Südb.). Mit einem dreimaligen Hoch auf die Socialdemokratie und Singer trennte man sich.

Um was kämpfen wir bei der Wahl? lautete das Thema, über das der Reichstags-Abgeordnete Ledebour in einer auch von Frauen sehr stark besetzten Volksversammlung für den sechsten Wahlkreis referierte, die am Dienstag in der Brauerei Königsstadt tagte. Der Referent wies nach, daß es sich bei dieser Wahl nicht nur um die materielle Wohlfahrt des deutschen Volkes, sondern auch um die Erhaltung und die sehr notwendige Erweiterung der politischen Rechte handelt. Denn Deutschland ist kein Volksstaat, in dem die Souveränität des Volkes zur Geltung kommt, sondern ein Staat, der noch vollständig von Beamten beherrscht und regiert wird. Der Referent beleuchtete die Wahl-agitation, wie sie von den Gegnern betrieben wird. So hat der Allgemeine Verein der Handels- und Gewerbetreibenden mit dem Kandidaten der konservativ-antisenarischen Wismaschpartei Herrn Ulrich an der Spitze in einer Vereins-Versammlung zu den Wahlen Stellung genommen und hierzu die Kandidaten eingeladen, um sie auf die Forderungen des Vereins zu verpflichten. Obwohl von vornherein feststand, daß Einwendungen gegen diese Forderungen nicht zugelassen werden, brachte es der Vorsitzende des Vereins doch fertig, den socialdemokratischen Kandidaten — der nebenbei zur Zeit gar nicht in Berlin war — weil er der Einladung nicht gefolgt ist, in der ungebührlichsten Weise herabzuwürdigen. Die Forderungen des Vereins der Gewerbetreibenden lauten lediglich darauf hinaus, den Konsumgenossenschaften und den Rabatt- und Sparvereinen das Lebenslicht auszublauen. Nachdem der Referent darauf hingewiesen, daß er selbstverständlich jederzeit gerne bereit sei, in einer Volksversammlung, aber nicht in einer Versammlung, wo dem Gegner das Wort nicht gestattet werde, sich mit seinem Gegenkandidaten Herrn Ulrich auseinanderzusetzen, gab er seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die freisinnige Volkspartei bisher noch keinen Kandidaten im sechsten Wahlkreise aufgestellt hat. Es wäre nur zu wünschen, daß dies bald geschieht und diese Partei nicht wieder wie bei der letzten Nachwahl, überhaupt auf eine Kandidatur in diesem Kreise verzichtet. Der Referent wies durch die Vorgänge an den verschiedensten Gebieten nach, daß die freisinnige Volkspartei längst alle ihre Ideale vergessen, auf ihre früheren Forderungen verzichtet und immer mehr reaktionären und volksfeindlichen Bestrebungen huldigt, so daß die Socialdemokratie auch noch verpflichtet ist, für die ehemaligen Forderungen der bürgerlichen Demokratie einzutreten. In seinen weiteren Ausführungen unterzog der Referent den Militarismus zu Wasser und zu Lande mit seinen materiellen und sittlichen Schäden für das Volk einer eingehenden Kritik und schließlich forderte er die Versammelten auf, in jeder Weise im Interesse der Partei zu wirken, um am 16. Juni durch eine un-

geheure Stimmzahl den Beweis zu erbringen, daß die deutsche Arbeiterklasse gar nicht daran denkt, das Nichts zwischen sich und der Socialdemokratie zu zerbrechen.

Im Anschluß an den Vortrag, der wiederholt durch stürmische Zustimmungskundgebungen unterbrochen wurde, wendete sich Genosse Frau Weich namentlich an die Frauen mit der Aufforderung, gerade jetzt für ihre Interessen einzutreten. Sie verwies darauf, daß die Frauen, die völlig rechtlos sind, die unter den schlechten Verhältnissen ebenso sehr wie die Männer leiden, von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben. Sie erinnerte daran, daß Millionen erwerbsfähige Frauen und Mädchen von dem Unternehmertum in der schlimmsten Weise und noch mehr als die Männer ausgebeutet werden und die notwendigsten Schuhmacherregeln, wie sie von der Socialdemokratie gefordert, von den bürgerlichen Parteien und der Regierung abgelehnt wurden. Die Rednerin forderte schließlich die Frauen auf, sich dem Frauen-Wahlverein anzuschließen, um, obwohl derselbe infolge der reaktionären Gesetzgebung nur einige Monate bestehen wird, zu bestimmen, daß die Frauen den festen Willen haben, mit allem Nachdruck für ihre politischen Rechte einzutreten, im übrigen aber dafür zu sorgen, daß am 16. Juni ein Reichstag gewählt wird, der dem Grundsatze huldigt: Gleiches Recht für alle!

Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte noch eine kurze Diskussion im Sinne des Referats.

Gegner hatten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort gemeldet. Nachdem der Vorsitzende Marx noch erwidert hatte, eine recht rege Thätigkeit zu entfalten, erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung mit begeisterten Hochs auf die volksbestreitende Socialdemokratie und den Kandidaten Genossen Ledebour.

Berliner Naturheilverein II. Heute abend 8 1/2 Uhr. Böhmischer Besatzung, Landsberger Allee 11: Großer Vortrag von Hl. R. Rube über: „Die moderne Heilung des Menschengeschlechts oder das neue Jahrhundert.“ Gäste haben Zutritt.

## Eingegangene Druckschriften.

Die Mainnummer des „Zübb. Postillon“ liegt uns vor. Wieder hat der wichtige Buche es verstanden, dem Kaiserlichen des Proletariats in Wort und Bild treulich gerecht zu werden. Auf der Titelseite bedrängt ein Arbeiter den Kopf der Kolossalstatue der Freiheit, die sich vom besten Hintergrunde in düsterer Bronze gewaltig abhebt, mit den weißen Blumenstrahlen des Males.

In den heiligen Hammurabi wendet sich der Zeichner, der in kühner Weise auf der Innenseite ein Bild der Wahlfahrt entwirft, während die Schützengemeinde der edlen Königstreu des deutschen Ordnungsbürgers ein stimmungsvolles Denkmal setzt.

Krieg und Frieden — eine Salpurvis-Phantasie. Proletariats-Kalender, ein prächtiges, langliches Heftchen wären aus dem trefflichen Inhalte herauszuheben. Alles in allem bietet die Mainnummer des „Zübb. Postillon“ wieder einen berechtigen Beweis für die unerschöpfliche Fülle von Anregungen, die die Bild- und große Zeichnung aus dem Kaiserthedenken zu schöpfen verleben.

## Vermischtes.

Opfer der See und des Sturmes. Am Strande bei H o r s i sind über 30 Leichen von Verunglückten, welche die See ans Ufer geschleudert hat, aufgefunden worden. Die Nationalität und die Namen der Verunglückten konnten nicht festgestellt werden, da jegliche Anhaltspunkte fehlten. Höchstwahrscheinlich werden die Leichen in H o r s i befristet werden.

Frankfurt a. M., 29. April. Die Maschine des um 7 Uhr 43 Minuten morgens hier fälligen Schnellzuges Nr. 30, Heidelberg-Frankfurt a. M., ist heute auf der über den Rhein führenden Eisenbahnbrücke entgleist. Der Zug konnte erst am andern Ende der Brücke zum Stehen gebracht werden. In die Holzverkleidung der Brücke wurden mehrere Löcher gerissen; der Kohlenbelag fiel zum Teil in den Fluß. Die Passagiere verließen den Zug auf der Brücke. Der Materialschaden ist unbedeutend.

Eine ländliche Hochzeit. Ein hereditäres Zeugnis von der so viel besungenen Kollage der Landwirtschaft legte eine am Freitag, den 24. April, in Groß-Geblen bei Celle abgehaltene Hochzeit ab. Es wurden alda verzehrt: 7 Schweine, 3 Kälber, 1 Rind, das nötige Federvieh, 180 Kuchen und 50 Löffel.

Der verschwundene Sohn des Polizeipräsidenten. Das Elternhaus heimlich verlassen hat der 19 1/2 Jahre alte Sohn Jedso des früheren vieler Polizeipräsidenten v. Puttkamer, welcher vor einiger Zeit in gleicher Eigenschaft nach Stettin versetzt worden ist. Der Knabe war bereits einmal und zwar im Dezember vorigen Jahres von Hause geflüchtet, doch konnte er damals in Breslau angehalten und zurückgeführt werden. Auf die Ermittlung des jugendlichen Abenteurers, der den Eindruck eines 16- bis 17-jährigen macht, ist seitens der Angehörigen eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt worden.

Humor der Entbehrenden. Die „Neue v. Landeszeitung“ freilich nachfolgendes Geschichtchen wieder auf. Als vor ungefähr 11 Jahren ein magerer Eisenbahnwärter im 47. Lebensjahre starb, widmeten ihm damals vermutlich seine Kollegen einen Vers an der Wand des Antikloales, wo er in der Nähe geessen hatte. Der Vers lautete:

„Hier starb ein armer Diätar,

Er hungerte 47 Jahr.

Als ihn begraben die Geschwister,

Wurden aufgebessert die Minister.“

Diese ehemaligen Diätare hatten einen Anfangsgehalt von 65 M. Natürlich wurde diese Zuschuß, nachdem sie ein höherer Beamter entdeckt hatte, eiligst überflüssig.

Ein guter Rat. In einem Eisenbahnwagen auf der Strecke nach B. entstand zwischen zwei alten Damen ein Streit um das Öffnen des Fensters. Die eine behauptete, sie würde den Tod davon haben, wenn der Konduktur das Fenster aufmache; die andre erklärte, sie werde vom Schläge getroffen, wenn das Fenster noch länger geschlossen bleibe. Der von beiden Seiten als Schiedsrichter angerufene Konduktur wickte sich weder zu raten, noch zu helfen, als ein mitfahrender Passagier auf einen rettenden Gedanken kam. „Machen Sie das Fenster nur auf, Herr Konduktur,“ sagte er; „dann stirbt die eine; nachher machen Sie es wieder zu, dann stirbt die andre; auf diese Weise bekommen wir endlich Ruhe.“

Orkan in Sebastopol. Während bei uns endlich einmal wärmeres, regenloses Wetter eingetreten ist, hat sich gestern eine Sturm- katastrophe in Sebastopol abgespielt. Wie gemeldet wird, brach dort gestern, nachdem noch morgens warmes, sonniges Wetter geherrscht hatte, plötzlich ein starker Orkan aus, der die Dächer von Häusern abriß und Räume entwurzelte. Eine Barkasse, auf der sich eine Anzahl von Personen befand, wurde ins Meer entführt; zur Rettung der letzteren ging ein Torpedoboot in See.

Erdbeden. Prag, 29. April. In Böhmen und Umgebung wurden in den letzten Tagen mehrere Erdstöße wahrgenommen, darunter gestern nachmittag ein sehr heftiger.

Pferdehänderei aus Langeweile. Wie sehr sich die Offiziere der chinesischen Besatzungen langweilen, beweist die Meldung, daß die thörichte, zwecklose Pferdehänderei der Distanztruppe nun auch am Peiho eingeführt worden ist. Bei dem Distanztruppe handelte es sich um möglichst schnelle Zurücklegung des 126 Kilometer weiten Weges zwischen Tientsin und Peking. Dieser Weg ist jetzt in 7 1/2 Stunden zurückgelegt worden. Die deutschen noch in Tientsin befindlichen Offiziere haben diesen Fernritt veranstaltet, zu dem nur chinesische Ponies verwendet werden durften, und an dem 19 deutsche, 6 französische, 6 japanische Offiziere und 7 deutsche, englische und belgische Militärs aus Tientsin teilnahmen. Als die vier ersten Ionen Militärs an, der fünfte war ein deutscher Offizier. Die Sieger hatten unterwegs nur zwei bis dreimal eine halbe bis eine Minute lang gehalten und ihre Pferde etwas getränkt, während die deutschen Offiziere, die 10-15 Minuten Pause gemacht hatten, um etwas zu sästern, diesen Zeitverlust nicht hatten wieder einbringen können. Vier Pferde gingen ein auf dem Ritt, bei zweien wurde der Ritt aufgegeben.

# Mai-Feier der Parteigenossen Weichensees.

Vormittags 10 Uhr: Versammlung der Gewerkschaften.

Von nachmittags 4 Uhr ab:

## Grosses Garten-Konzert.

Gesangsaufführungen vom Gesangsverein „Freie Sänger Weichensee“. — Feste. In beiden Sälen: Tanz. Deren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pfennig nach. Eintritt 20 Pf. — Kaffeelücke von 3 Uhr an geöffnet. (Alter 60 Pf.)

## Socialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Freitag, den 1. Mai 1903:

# Mai-Feier

in der Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214-219 und in Hermann Thielers Festsälen, Bergstr. 151-152.

## Grosses Konzert.

Auftreten der Gesellschaft Strzlewicz. Gesang und turnerische Aufführungen.

Die Vorstellung findet bei gütiger Unterstützung in der Vereinsbrauerei statt.

In beiden Lokalen: **Grosser Ball.** 292/10 Herren zahlen 30 Pf. nach. Entree 20 Pf.

## Köpenick. — Maifeier 1903.

Freitag, den 1. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Hotel „Kaiserhof“, Grünstraße 35:

Öffentliche Versammlung für Frauen und Männer.

Nachmittags-Feier in Scheers „Wilhelmsgarten“ und „Hotel Kaiserhof“.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

Am 1. Mai, vorm. 10 Uhr, in Witten Volksgarten, Berliner-Strasse Nr. 40:

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften am Ort.

Abends: **Mai-Feier** der Parteigenossen.

Restaurant Ernst Rentner. Tegel, Berlinerstr. 87.

## Orts-Krankenkasse

für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-Genossenschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Die im November v. J. vorgenommenen Wahlen sind für ungültig erklärt worden.

Die Wahlen der Delegierten für das Jahr 1903 an den nachstehend bezeichneten Tagen und Orten statt.

A. Für Arbeitnehmer:

1. Mittwoch, den 13. Mai cr. im Restaurant Wiegand, Straauerstr. 57,

von 8-9 Uhr abends: Abt. Krankenkassen (Wahl von 14 Vertretern).

2. Freitag, den 15. Mai cr., abends, im Restaurant Armuthallen, Kommandantenstr. 20,

von 6-7 Uhr: Abt. Berufs-Genossenschaften (Wahl von 23 Vertretern);

von 7-8 Uhr: Abt. Versicherungsanstalten (Wahl von 106 Vertretern);

von 8-9 Uhr: Abt. Anwälte, Notare (Wahl von 91 Vertretern);

von 9-10 Uhr: Abt. Gerichtsvollzieher (Wahl von 5 Vertretern).

B. Für Arbeitgeber:

Donnerstag, den 11. Mai cr., abends, im Kassenlokal, Straauerstr. 56, vorn I rechts,

von 7-7 1/2 Uhr: Abt. Krankenkassen, Berufs-Genossenschaften und Versicherungsanstalten (Wahl von 65 Vertretern);

von 7 1/2-8 Uhr: Abt. Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher (Wahl von 48 Vertretern).

Wahlberechtigt und wählbar sind Kassenglieder bezw. Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Als Legitimation gilt das Mitgliedsbuch. 273/12

Der Vorstand: G. Bauer, W. Ohse, Vorsitzender, Schriftführer.

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

Land 2 Mark

# Köpenick!

Die Zahlstelle Köpenick des Deutschen Maurer-Verbandes

veranstaltet

am 1. Mai, nachmittags 1 Uhr,

im Restaurant „Wilhelmsgarten“ durch Köpenick nach dem „Mägdehof“

einen Festzug mit Musik

und ladet hierdurch die Genossen ein, an demselben zahlreich teilzunehmen.

187/9

Achtung! Achtung!

**Cementierer.**

Zur Maifeier ersuchen wir die Kollegen Berlins und der Vororte am 1. Mai, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Versammlung bei Nümann, Brunnenstr. 188, pünktlich zu erscheinen, da Maifakten außer in der Versammlung nicht abgegeben werden.

Etwaige Gemahregelungen bitten wir, sich in ihrem eignen Interesse am 2. Mai im Bureau zu melden.

10356

Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Nochmals weisen wir darauf hin, daß die Versammlung am 1. Mai in der Brauerei Friedrichshain vormals Lipps, Am Friedrichshain, vormittags 10 Uhr, stattfindet, zu der einen regen Besuch erwartet

34/8

Die Lohnkommission. J. A.: Karl Heidemann.

Bank-Abteilung der Firma

Oscar Bräuer & Co. Nachf. G. m. b. H.

Centrale: W. Friedrichstrasse 181,

I. Filiale: NW. Wilsnackerstr. 63,

II. Filiale: O. Andreasstrasse 46a,

III. Filiale: SO. Oranienstrasse 177

empfehlen sich zum An- u. Verkauf von börsengängigen Effekten u. Staatspapieren zu constanten Bedingungen.

Kostenlose Einlösung von Coupons u. Dividendscheinen.

Umwechslung fremder Geldsorten.

== Lose sämtlicher Lotterien erhältlich. ==

Müggelschloßchen.

Gesellschaften, Vereinen und Familien empfehle mein zu Landpartien

vorzüglich geeignetes Etablissement unter constanten Bedingungen. Säle

und Hallen für circa 3000 Personen. Garten und zugehöriger Wald circa

60 000 Personen. A. Endrigat.

# Gelegenheits-Partie

10381

Gelegenheits-Partie

Gardinen

abgepasste Fenster.

weiss und creme

Shawlänge pro 3 Mtr. Pstr. M. 250

Shawlänge pro 3,20 Mtr. Pstr. M. 325

Shawlänge pro 3,65 Mtr. Pstr. M. 485

Eleg. Secces. M. 200

Tüll-Stores M. 200

Gestickte echte Spachtel-Stores M. 600

Goldfarb. echte Band-Stores M. 650

Nach auswärtig per Nachnahme.

Gardinen-Special-Haus

Emil Lefèvre

Oranienstr. 158, Berlin S.

Gardinen-Katalog mit ca. 450 Abbildungen gratis und franco.

Verlag von Max Richter, Berlin SO. 36.

Sieben erschienen: Preis 1 Mark.

Die Harnleiden, ihre Verhütung, Behandlung u. Beseitigung v. Dr. med. Schaper, Königsplatzstr. 37.

Hamdop. Arzt, spec. für Haut- u. Harnleiden. Frauenkrankheiten.

Reste

Spottbillig für elegante Herrenanzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw.

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland, Berlin C, Köpfiger 2.

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**

**Parcellenlokal,** aufgehendes, mit Berechen, verkauft Todesfalls halber Witwe Ida Wöhe, Hochtstraße 30.

**Bücher-Verkauf,** handschriftlich, halber jeden Preis verkauft. Königsbergerstraße 30, Bücherei. 857b

**Die besten und billigsten Parzellen** verkauft Gastwirt Girk, Dübahn-Borori Friedersdorf. 185b

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\*

**Hochbornahme** Herren-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Stoffen herabgehend 18-33, Weißleiber 7-11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag, Deutsches Verkaufshaus, Sägerstraße 63, 1. Treppe. 1601a\*

**Herrenanzüge,** Sommerpaletots, Reisenanzüge, nur einzeln, spottbillig. Alttauerstraße 3, parterre links. 900b

**Krawattenstoffe** große Auswahl, Halberstädterstraße 30. 1589a\*

**Weide** Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hufschütz, Comptoir Kaiserstraße 2A, früher Bernauerstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.

**Teppiche** (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hagedorfer Markt 4, Bahnhofs Böde. 119/5\*

**Spottbillig** Teppiche, Betten, Gardinen, Stores, Vorhänge, Tischdecken, Steppdecken, Böden, Sommerpaletots, Anzüge, Remonturarbeiten, Regulatoren, Uhrketten, Möbel, Spiegel, Bildr. Leihhaus Reichenbergerstraße 6, Teilzahlungen gestattet. 98/12\*

**Möbelangebot.** Im Kautions-Röschspeicher, Mühlernstraße 25, Hochbahn-Haltestelle Wödenbrücke, sollen verschiedene gediegene Ruhbaumöbel-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochfeine Salonarranguren, Panzerstühle, Ruhbaumplanen, Büttelstühle, Ankleiderstühle, Ruhbaumkuffeln, Schreibstühle 26,00, handgenomene Kuchenteller mit prachtvollem Dinandbede 22,50, hochgelegener Salonstimmwagen 30,00, prachtvolle Salon-Teppiche, schon 18,00, Zimmerteppiche 8,00, reichgefilzte Liebergardinen, Spachtelstores, Kuchengardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, Glühbirnen 5,00, verschiedene Gelegenheiten spottbillig. Briefe, Kautionsnotar. 1534a\*

**Wingelischen,** Bobbin, Schneidnähler, ohne Anzahlung. Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstraße 60/61, Franzlauerstraße 59/60, und Große Frankfurterstraße 43. 195\*

**Serrenrad,** tabellös, sofort (Belegheitslauf) zu verkaufen, 60,00, Krümmung, Neue Hofstraße 47, Vorderhaus III. 1034b\*

**Kaufgelegenheit.** Metallarbeiten, zwei neue hochlegante, 110,00, inklusive rote Poliermaschinen. Je eine prachtvolle Kuchenteller, hellblau, rosa, elfenbein, spottbillig. Haggold, Kartgrabenstraße 18. 1038b

**Kartoffel,** Heringsgeschäft, Rolle einzeln veräußert. Neue Jakobstraße 27. 1037b

**Edelkaffee,** gegenüber großer Bau, wegen Krankheit billig veräußert, volle Kaufsumme nicht erforderlich, Kurstraße 14. 1032b

**Zwei** Mark einviertelbüchend Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Gardinenhemden, Normalgröße, Ausstattungen sowie elegante Kleiderstoffe spottbillig. Badischefabrik Wöhl Salomonstr., Dirschstraße 21, Nähe Polzeiprähium. 90/18

**Verkauf** sofort zwei Kleiderpinde, Versto, Tischensche, Kuchenteller, Stühle, Bettstellen, Säulenstimmwagen, Spiegel, Spiegel, Regulatoren, Bilder, Nähmaschinen, Betten, Gardinen, Kuchenteller, spottbillig, Waidenstraße 27, vorn I. 69/2

**Fahrräder,** verkaufen! Eingig größte und einwandfreieste Bezugsquelle für jedermann bekanntlich Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. Den Umständen nach überliche Billigkeit garantiert! Unsere Reifenslager bieten vollste Gewähr zur Erfüllung jedeswünsches, welcher beim Fahrradverkauf gestellt werden könnte. Gebrauchte und verlassene Fahrräder in sämtlichen Preislagen und Marken vertreten. Sieben Brennstoffräder, mehrere Germaniaräder, Dürkoppäder, Prestoräder, Opelräder, Adleräder, Juwelier, Streicher, Sportdrehrad, Damenräder in überaus großer Auswahl, spottbillige Preise. Ungedruckte Fahrräder einzeln halbescheines Angebot! Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. 105/1

**Belanntmachung!** Betten, Bettmöbel, Kuchenteller, verkaufen zum Schließungsbücherei des Leihhauses Weg neuzugeln. 137\*

**Weidenweg 19,** Wandtebe, verkauft spottbillig Gardinen, Teppiche, Vorhänge, Nähmaschinen, Wanduhren, Tischuhren. 137\*

**Vollständiges** Werkzeug, Tisch, Augen, Messer, für Gravuren ist zu jedem Preise zu verkaufen. Seidner, Lindenstraße 33 I. 1044b

**Landen,** langfristige Berliner Bausparbank, verkauft Banerzinsbuch, Ober-Schönhauser, Ostend, bis abends 6 Uhr.

**Eingabengeld,** Straßassen, Klagen usw. Verlo, Brunnenstraße 97.

**Rechtsbureau,** Prozeßbeistand, Eingabengeld, Steuerberatung, Materleistung, Fall, Brunnenstraße 1001b

**Patentanwalt** Dammann, Drogenstraße 57, Morikplatz, Rat in Patentfachen. 883b\*

**Rechtsbureau,** Langjährige Erfahrung, Gruner Weg vierundzwanzig (Andersplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengeld, Materleistung. 1007b\*

**Leihhaus** Hoffenerstraße 33.

**Kunststofferei** von Frau Stoddy, Steinmehlststraße 48, Duergebäude hochparterre.

**Restaurations,** Stehbierhallen, klein und groß, richtet komplett ein, auch auf Teilzahlung, monatlich 30 Mark. Schlüter, Rixdorf, Berlinerstraße 18. 900b

**Jede** Nähmaschine unter Garantie repariert, ersetzt eine neue. Naaste, Reparaturinstitut, Kommandantenstraße 41. 932b\*

**Wardhauslegikon** und alle anderen Bücher, reichhaltig antiquarisch. Köpenickerstraße 56, I. Amt VI, 3397.

**Fahrradgerüst,** auch defekt, Stahl, Schützinger Allee 163a. 94/2\*

**Zahl** und Vereinszimmer, bis 300 Personen, lassen, zu Veranlassungen und Festlichkeiten frei. G. Jannasch, Inselstraße 10. 1635a\*

**Vereinszimmer,** großes frei, Simonstraße 23, III. 1612a\*

**Vereinszimmer** mit Piano einige Tage frei. Gefangenen werden unentgeltlich eingeladen. Restaurant Löwenstraße 10. 1002b\*

**Allen** Freunden und Genossen zur gefälligen Nachricht, daß ich am 1. Mai mein Germania'sches Bureau eröffne. Max Böhmke, Germania-Kaufhaus, Kautions-Allee 90. 1018b

**Rehme** die Beleidigung gegen Herrn Paul Damm mit Bedauern zurück und erkläre ihn für einen ehrenhaften Mann. Richard Klebel.

**Aufpöckeln** Matratze 3,00, Sofa 5,00, Gervasa, Steinmehlststraße 27.

**Kanarienvogel** taugt Reichenberger 7, Konopla. 99/1

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Vollfänger-Gesellschaft** Remondosky Deufelstraße 28. 480\*

**Stellenangebote.**

**Rebentier** für jedermann! Prospekt gegen Retourmarke. Herrn. Wolf, Friedland, Blücherstraße. 792b

**Neu!** Kautions, 20 bis 30 Mark Verdienst. Prinzessinnenstraße 17, Vorder. 1112

**Meisterer** Gesangsverein sucht für Freitag tüchtigen energischen Dirigenten. Offerten erbitten an D. Klippe, Geimstraße 19. 1049b

**Geübte** Kautionsarbeiterinnen, auch zum Lernen, finden hier, Kommandantenstraße 29 Beschäftigung. J. Pajak.

**Schriftsteller** verlangt Wilmersdorferstraße 130, H. Bögel. 1133

**Tüchtige** Arbeiterinnen im Hause finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Max Wundheim, Franzlauer Allee 89, Wohnungen im Comptoir, II. 137

**Sticker** Händelweber-Arbeiterinnen, Gr. 50-60 und Gr. 65-120, welche große Posten liefern können, finden gegen Vorlage von Probearbeit dauernde Beschäftigung bei Händel u. Wendel, Leipzigerstraße 82. 961b

**Arbeiterinnen** auf Baumgarten-Düsen (Roll und hochgeschlossenen) verlornt Dandorfstraße 80 im Laden. Dauernde Arbeit. 162\*

**Im** Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

**Schriftsteller,** geübte, verlangt. Hecker, Hecker, Brünzentr. 32

**Korbmacher,** tüchtig auf Gehell, bekommt Stellung. Robert Wengler, Kopenhagen. 1372b\*

**Beleuchtungsbranche**

Tüchtiger Fachmann, mit Fabrikation von Beleuchtungskörpern für Gas und Elektrisch vollkommen vertraut und befähigt, in einem größeren Betriebe den technischen Leiter zu unterstützen und zeitweise selbständig zu vertreten, findet dauernde Stellung. Nur tüchtige Kraft findet Berücksichtigung. Ausfällige Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche unter N. U. 0700 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

**Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!**

Folgende Firmen sind geberet: Deins u. Sohn, Reichenbergerstraße 113a. Berliner Holz-Comptoir, Kautionsplatz 9. A. Keller, Königsbergerstr. 4. Ad. Doh, Andersstr. 32. R. Köpfer, Gruner Weg 30. H. Großhans, Köpenickerstr. 19. J. Selber u. Pfaffen, Franzlauer Allee 117. Aug. Heinemann, Schlüter 71. Th. Beyer, Oranienstr. 153. E. Hecker, Demminstr. 6.